Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E | Vertrieb: ASH Krebsmühle 6370 Oberursel 5 | Nr. 19/Jahrgang 3 | April '86 | 3.00 DM

Selbsthilfe-Drahtseilakt über politisch-institutioneller Vereinnahmung und Selbstausbeutung

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Selbsthilfe in der Klemme

Red. Heidelberg **Sind unsere Alternativen wirklich nur so gut wie der böse Kapitalismus, der uns umgibt?**

Auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung des Ruhrgebiets im Zuge der Technologieentwicklung und -verwertung, die unsere Region „links" liegen und verarmen läßt, weil andere Gebiete, die nicht mit sogenannten Altlasten verseucht und z.B. streiksicherer und (s. die Blüte des Spät(h)-Kapitalismus) daher für die High Tech-Multis attraktiver sind, entwirft Michael Krummacher ein recht düsteres Bild für die Zukunft unserer Alternativen. Wir, die schon jetzt vielfach einen Eiertanz zwischen allen (Sozial-)-Politikrichtungen aufführen, die unserer „Selbsthilfe" verdächtigen Beifall zollen, könnten degenerieren zu entpolitisierten Beschäftigungstherapien für Randgruppen, könnten uns von der herrschenden Sozialpolitik instrumentalisieren lassen oder werden im günstigsten Fall „Räuberhöhle" zur politischen Stabilisierung bestimmter Gruppen und Szenen.
Wenn nicht die „Organe der inneren Sicherheit", legt dann die wirtschaftliche Entwicklung den subservisen Sumpf trocken?

Selbsthilfe zwischen politisch-institutioneller Vereinnahmung, Selbstausbeutung und emanzipativer Gemeinwesensarbeit, unser Schwerpunktthema auf den Seiten 3 bis 5.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Diesmal mit CONTRASTE-Beilage: BUNTE SEITEN

In dieser Ausgabe:

Kurz notiert
Unter dieser neuen Rubrik berichten wir ab sofort auch über die vielen kleinen Dinge.
Vorschläge zur „Zukunft der Netzwerkarbeit" macht Elmar Sing (Netzwerk Bodensee/Oberschwaben) in seinem Beitrag auf **Seite 2**

Alternative Bibliothek gegründet
Über dieses neue Projekt, daß sich vorgenommen hat, Theoriedefizite abzubauen, berichtet Gunar Seitz auf **Seite 5**

Thema Generationswechsel
In unserer Serie dokumentiert die Redaktion Frankfurt auszugsweise ein betriebsinternes Diskussionspapier aus der Krebsmühle, entstanden im Dezember 1985 **Seite 6**

Neue Märkte für Biogemüse
Ein Beitrag der Redaktion Berlin zur aktuellen Situation der Berliner Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft und die 4. Folge unserer Rubrik Kollektiv & Recht, diesmal zum Thema „Geringfügige und kurzfristige Beschäftigung" **Seite 7**

Frauen und Ökonomie
Können Frauenprojekte, und damit ein wesentlicher Teil der autonomen Frauenbewegung, auch in einer möglichen schwarzen Zukunft überleben, wenn sie/wir die ökonomischen Fragen rechts und links liegen lassen? Mit dieser und weiteren Fragen beschäftigt sich Agnes Lewe in ihrem Beitrag auf **Seite 9**

Utopie der vernetzten Finanzszene
Michael Makowski zum Thema „Grünes Umbauprogramm". In diesem Beitrag geht es nicht um eine genaue Analyse dieses Umbauprogrammes, sondern um bestimmte konzeptionelle Überlegungen und um Strategien zur gesellschaftlichen Veränderung **Seite 11**

Vom Sondertopf zum Eintopf
Über den Stand der Diskussion um den NRW-Staatsknetetopf berichtet Ursula Brockner vom Kölner Netwerk auf **Seite 13**

Sonst noch:
Ökofonds NRW, Wandel & Zukunft der Projektberatung (Seite 12), Notizen aus der Kulturszene, Rezensionen, Kleinanzeigen...

CONTRASTE - DISKUSSIONSFORUM:

Programmschlacht

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Red. Heidelberg **PROGRAMMSCHLACHT: im nächsten Monat findet der Programmparteitag der GRÜNEN Bundespartei statt, auf dem die GRÜNEN sich u.a. auch mit dem Thema Selbstverwaltung auseinandersetzen wollen. In unserem CONTRASTE-Diskussionsforum auf Seite 10 stellen wir einen Beitrag von Kurt Regenauer (Netzwerk Franken) vor, der neben anderen Stellungnahmen verschiedener Netzwerker (Bonn, Bremen) Diskussionsgrundlage für den etwa halbseitig geplanten Selbstverwaltungsteil im künftigen Grünen Programm sein soll.**
Die „Programmschlacht" eröffnet Jochen Reinalda mit einer ersten Stellungnahme: „Ach du GRÜNE Neune!". CONTRASTE will sich in seiner Mai-Ausgabe mit weiteren Beiträgen aus den Projekten und Netzwerken in die GRÜNE Diskussion einschalten und Stellung beziehen. Beiträge zum Thema Programmschlacht erwartet die Redaktion Heidelberg bis zum 15. April (Redaktionschluß für die Mai-Ausgabe!).

Fortsetzung Seite 10

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 24.– für Kollektive oder Arbeitslose, Studenten und Schüler / sonst DM 36.– (incl. Versand).
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: . . . . . .Geldinst.: . . . . . .

Konto-Nr.: . . . . . .BLZ.: . . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** wiederrufe.

Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorrauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Kurz notiert

Red. Bremen **Bremen: Ausbildungsverbund gegründet**
Acht Betriebe und Projekte der BiS (Arbeitsgemeinschaft Betriebe in Selbstverwaltung) haben sich zu einem Ausbildungsverbund zusammengeschlossen, der innerhalb der BiS und in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk für ca. 20 Menschen Ausbildungsmöglichkeiten schaffen will. Aufgrund der finanziellen Situation sind staatliche Hilfen beantragt worden. Ausgebildet werden sollen Tischler, Vollkornbäcker, Zweiradmechaniker, Landschaftsgärtner, Druckformhersteller und Drucker. Bereits jetzt wird schon in den Bereichen Hauswirtschaft, Elektrik, Verwaltung und Maurerhandwerk ausgebildet. Zweck des Verbundes ist, dort, wo nicht alles im eigenen Betrieb geleistet werden kann, mit und in anderen Mitgliedsbetrieben für Ergänzung zu sorgen. Der Bremer Verbund e.V. möchte gerne mit anderen, auch bundesweit, Erfahrungen austauschen. Kontakt: BDP/BDJ, Am Hulsberg 136, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/490357.

München: Ausbildung in selbstverwalteten Betrieben
Auch in München hat sich eine Initiative gegründet, die an Ausbildung interessiert ist. Ähnlich wie in Bremen ist ein Forderungskatalog an die Stadt München zur finanziellen Unterstützung formuliert worden, insbesondere in Richtung der Gestellung von Räumlichkeiten, Zuschüsse, Übernahme der Ausbildungsvergütungen usw. Zur Zeit führen die interessierten Betriebe eine inhaltliche Auseinandersetzung über dieses Thema. Was ist das besondere an Ausbildung in selbstverwalteten Betrieben und was passiert mit den ausgebildeten Menschen, nach dieser Ausbildung? Kontakt: Netzwerk München, Kistlerstr. 1, 8000 München 90.

Niedersachsen: Kapriolen in Sachen Staatsknete
Im Herbst 83 stellten die GRÜNEN im niedersächsischen Landtag einen Antrag auf Förderung von Arbeit und Ausbildung in selbstverwalteten Betrieben. Im Februar 84 zog eine neu gegründete Arbeitsgemeinschaft AG Staatsknete nach, mit einem Antrag, der als Petition im Landtag verhandelt wurde. Er wurde abgelehnt. Die CDU setzt weiter auf Technologieparks und legte 80 Mio. DM für ein Ergänzungsschulprogramm auf den Tisch. Die SPD lehnte ebenfalls ab, schob aber einen Antrag auf 10,1 Mio. DM zur Förderung von Frauenhäusern, Arbeitslosencentren und Sozialstationen nach. Ebenfalls wurden 1 Mio. DM für soziokulturelle Centren beantragt sowie 65 Mio. DM zusätzliche Wirtschaftsförderung. Allerdings stehen Landesregierung und Kommunen im Widerspruch. So wurden inzwischen Förderungsmöglichkeiten in Neustadt a. Rbg., Osnabrück, Landkreis Cloppenburg, Stade, Wolfsburg und Hannover Stadt durchgesetzt. Auch die GRÜNEN wurden aktiv und formulierten regionale Wirtschaftsförderungsprogramme für selbstverwaltete Betriebe und Projekte, so geschehen oder in Vorbereitung im Landkreis Cuxhaven, Delmenhorst, Nienburg, Göttingen, Hildesheim. Ob und inwieweit sich 1986 noch etwas tut, wird sich zeigen. Zumindest gründete sich inzwischen NIPBIS, Verein Niedersächsicher Projekte und Betriebe in Selbstverwaltung, zu erreichen über Heinrichstraße 21, 2800 Bremen 1.

Wehdel – Fünf Jahre Vernetzung im Elbe-Weser-Dreieck
Im März 1986 feiert der Nettzwerg fünfjähriges Bestehen. 1981 wurde auf einem selbstorganisierten Vernetzungstreffen beschlossen, eine regionale Zeitung zu gründen, die über alle Formen von Gegenbewegungen, politischen und kulturellen Initiativen, alternative Projekte, antimilitaristische, umweltpolitische Aktivitäten berichten sollte, und dies unter dem besonderen Spezifikum einer „Provinz". Der Nettzwerg, Mitglied im Netzwerk Bremen/Nordniedersachsen, hat eine Auflage von über 100 Stück und erscheint zweimonatlich. Redaktion: Karin Schwiebert-Draeger, Am Knick 4, 2858 Wehdel.

München – Stadtbote gegründet
Die Münchner Scene ist um eine Zeitung reicher, den Stadtboten. Nach einigen gescheiterten Zeitungsprojekten gibt es heute in München für Bürgerinitiativen, politische Gruppen und engagierte Menschen wieder ein Forum. Zunächst als Rundbrief konzipiert, soll der Stadtbote 14-tägig mit mindestens 8 Seiten erscheinen. Anschrift: Jürgen Stintzing, Gollierstr. 43, 8000 München 2.

Göttingen: Neue Bundesarbeitsgemeinschaft
Ende Februar hat sich die Bundesarbeitsgemeinschaft selbstverwalteter Gartenbaubetriebe in Göttingen gegründet. 20 Betriebe aus dem Bundesgebiet wollen durch diese Gründung eine Alternative zum Gartenbau- und Landschaftsbau-Verband bilden. Ziel ist u.a. auch die praktische und theoretische Weiterbildung. So wird die Arbeitsgemeinschaft im Sommer den Arbeitsschwerpunkt Tonteichbau behandeln. Für die Winterhalbjahre sind theoretische Veranstaltungen geplant, zu denen entsprechende Fachleute geladen werden sollen. Ein ausführlicher Bericht wird in einer der nächsten Ausgaben der CONTRASTE folgen. Wer an Kontakten interessiert ist, wende sich an Grüner Garten, bei den vier Linden 34, 2800 Bremen 1.

Wir möchten auch über die vielen kleinen Dinge berichten. Wer Beiträge für die Rubrik „kurz notiert" hat, sende sie bitte an die Redaktion Bremen. Bei längerenArtikeln wendet Euch bitte an die Regionalredaktionen.

Rundbrief Alternative Ökonomie 34
Im April erscheint der neue Rundbrief Alternative Ökonomie mit folgendem Inhalt:
- Protokolle des Seminars zur Dortmunder Konsumgenossenschaft
- eine Rezension von W. Engelhardts Allg. Ideengeschichte des Genossenschaftswesens
- Bericht über Genossenschaften heute „im Land der Rochdale Pioniere" – Bericht einer Englandfahrt
- über die Situation der selbstverwalteten Betriebe im „Musterländle"
- Staatsknete in Hamburg
- Modell für eine alternative Beteiligungsgesellschaft
- Thesen zu Selbstverwaltung als Entwickliungstendenz des Arbeitsrechts

und das Vorbereitungsmaterial für das nächste Seminar des Theoriearbeitskreises „Lösungsmöglichkeiten & Gruppenprobleme in selbstverwalteten Projekten"

Zu beziehen ist der RB über Vorauszahlung von DM 8,– auf das Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1529 11–751 (Kontoinhaber: Ingrid Wolschin). Der Abopreis für 4 Ausgaben beträgt DM 28,–. Noch zu haben sind RB 32 und 33.
Alternative Ökonomie der AG Spak
c/o Tagungshaus Läufertsmühle
6934 Neckargerach, Tel.: 06263/16 43

Zusammenschluß bayerischer Bildungsinitiativen (ZBB)

Neuer Zusammenschluß

Red. Heidelberg Neben Volkshochschulen und Bildungswerken sind in den vergangenen Jahren auch kleine basisorientierte Bildungsinitiativen entstanden, die Mitte März 1986 den ZUSAMMENSCHLUSS BAYERISCHER BILDUNGSINITIATIVEN (ZBB) in Müchen gründeten.

Von „Alternativen Volkshochschulen" über selbstverwaltete Tagungshäuser in der Provinz, Sprach- und Mediengruppen bis zu Initiativen mit sozialem Engagement und politischer Bildung reicht die Palette der Mitgliedsgruppen.

Der ZBB fördert und unterstützt Bildungsinitiativen, die sich mit ihrer Bildungsarbeit an den Grundsätzen einer demokratischen, ökologisch orientierten, ganzheitlichen und selbstbestimmten Jugend- und Erwachsenenbildung orientieren.

Im Sommer 1984 reifte der Entschluß, sich auf bayerischer Ebene zu Austausch und gegenseitiger Unterstützung zusammenzuschließen. Regelmäßige Treffen und Tagungen zur Utopie der eigenen Arbeit, zum pädagogischen Hintergrund und dem politischen Selbstverständnis bereiteten den Zusammenschluß vor.

Als vordringliche Aufgabe sieht der Verein den regelmäßigen Austausch unter den Mitgliedern, die Herausgabe eines gemeinsamen Programms, fachliche Fortbildung der Mitarbeiter und Erschließung neuer Zuschußquellen.

Der Verein ist unter folgender Anschrift zu erreichen:
ZBB
Kistlerstr. 1/1
8 München 90

Ein vergessener Nachschlag vom Netzwerk-Bundestreffen Nov. '85

Zukunft der Netzwerkarbeit

Red. Bremen **Die CONTRASTE Redaktion hat aus verständlichen Gründen auf den Abdruck der Protokolle vom Bundestreffen der Netzwerke in Berlin im Nov. '85 (vgl. CONTRASTE Febr. '86) verzichtet. Diesem Beschluß ist leider auch ein auf dem Bundestreffen nicht mehr behandelter Vorschlag von Elmar Sing (Netzwerk Bodensee-Oberschwaben) zum Opfer gefallen, der zum Ziel hat, ideenreich der etwas müde gewordenen Netzwerksau auf die Sprünge zu helfen:**

Warum eigentlich nicht?

1. Öffentlichkeitsarbeit
- (Selbstfinanzierte) **Netzwerk-Sondernummer** der **CONTRASTE** mit Beiträgen möglichst aller Netzwerke zum halbjährlichen Bundestreffen in hoher Auflage für alle Netzwerk-Mitglieder und als Werbeträger für Interessierte.
- **Gemeinsame Mitgliedskampagnen** aller Netzwerke mit koordinierter Pressearbeit, Veranstaltungsreihen (mit Prominenten), Benefizkonzerte und -tourneen etc.
- (Inter-)Nationaler **Netzwerk-Kongreß** zu „Arbeitslosigkeit, Selbsthilfe und Selbstverwaltung" im Vorfeld von Bundes- und Landtagswahlen.

2. Vereinsarbeit
- **Erste Priorität für Vereinsmitglieder:** bevorzugte Förderung bei langjähriger Mitgliedschaft, Vorrang bei Teilnahmebeschränkungen und Ermäßigungen bei Veranstaltungen, Seminaren und Projektberatungen.
- **CONTRASTE**-Netzwerk-Sondernummer an alle Vereinsmitglieder mit Aufforderung zum Feedback, danach entsprechende Gratis-Abos nur an interessierte Mitglieder.
- Herausgabe eines **Netzwerk-Verein-Handbuchs** als Loseblattsammlung durch eine bundesweite Koordinationsstelle mit aktuellen Beiträgen zu Steuer- und Rechtsfragen, mit Checklisten und Planungsrechnungen, zu ABM-Stellen und Finanzquellen etc. Erarbeitet durch die professionellen Projekt- und Unternehmensberater im/neben dem Netzwerk für die ehrenamtlichen Berater (in der Provinz).

3. Förderung
- Aufbau einer **Direkt-Kreditvermittlung** durch **alle** Netzwerke mit landesweiten Haftungsassoziationen als „Filialen" der Berliner Zentrale, z.B. auch als Anlagemöglichkeit für eventuell freiwerdende Ökobank-Treugelder.
- Unterstützung der **Ökobank**, um a) das Schlimmste zu verhindern, b) die bestehenden Gestaltungsmöglichkeiten (Regionalstruktur) auszuschöpfen und c) im Falle des Scheiterns bei der Verwendung der Treugelder mitreden zu können.
- Erweiterung der Förderungsmöglichkeiten durch **Fremdmittel**: Kampf gegen Ökofonds-Kürzungen, koordinierte Verhandlungen über staatliche, halbstaatliche, kirchliche und private Förderungsprogramme auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene.

4. Bildungsarbeit
- (Selbstorganisierte) Fortführung der **Berater-Seminare** des **ZERP** durch die Netzwerke, um a) die Selbstqualifikation der Projektberater im Selbstverwaltungsbereich zu gewährleisten, b) die Projektberatung durch Kooperation und Koordination zu verbessern (z.B. Betriebsvergleiche) und c) die Berater als zentrale Ansprechpartner der Projekte und des Staates in einen politischen Diskussions- und Arbeitszusammenhang einzubinden.
- **Regionale Fortbildungs- und Qualifikationsseminare** für Projekte aus diesem Beraterkreis in Zusammenarbeit mit den regionalen Netzwerken und Erarbeitung von Merkblättern, Betriebsstatistiken, Checklisten etc.
- Bestandsaufnahme und Koordination bereits existierender **Archive zur Geschichte der alternativen Ökonomie**, gemeinsamer Archivschlüssel und Verzeichnis dieses dezentralen „Gesamt-Archivs", Forschungsstätte und nach der Revolution „Institut für Selbstverwaltungswissenschaften".

5. Strukturpolitik
- **Quantitative und qualitative Bestandsaufnahme** der Projekte und Initiativen in den Netzwerk-Regionen nach gemeinsamen Kriterien, deren solide Datenbasis z.B. Betriebsvergleiche in der Projektberatung erst ermöglichen.
- Entsprechend die **Ermittlung des realen Kredit- und Zuschußbedarfs** im Selbstverwaltungssektor als Grundlage einer realistischen Lobbypolitik für die Projekte und Initiativen bezüglich Staatsknete etc.
- Schließlich die **Erarbeitung eines Strukturplans** in und für die Netzwerk-Regionen, an dem sich einerseits die Förderung durch Netzwerk, Direkt-Kreditvermittlung, Ökofonds, Ökobank etc. und andererseits die Forderungen eines Selbstverwaltungs-Wirtschaftsprogramms orientieren müssen.

Elmar Sing

Das nächste Bundestreffen zum Debattieren kommt bestimmt. Geplant ist es für Mai/Juni in Düsseldorf oder am Bodensee. Liebe Netzwerker in der Provinz/Metropole, habt's Ihr Euch schon geeinigt?

J.S.

Selbsthilfe in der Klemme

Selbsthilfe zwischen politisch-institutioneller Vereinnahmung, Selbstausbeutung und emanzipativer Gemeinwesensarbeit

Red. Heidelberg **Ziel dieses Beitrages ist es, einige aktuelle Tendenzen der Alltagswirklichkeit und Alltagsprobleme von Selbsthilfeprojekten (und entsprechender ‚Mischformen') im Sozial- und Kulturbereich herauszuarbeiten und politisch zu bewerten. Grundlagen bilden einerseits eine mehrjährige Auseinandersetzung mit den Erscheinungsformen, Ursachen und Folgen der Strukturkrise des Ruhrgebiets (vgl. M. Krummacher, Th. Rommelspacher, M. Wienemann 1985), andererseits mein Erfahrungsaustausch mit Sozialarbeitern/Sozialpädagogen über die Selbsthilfepraxis im Ruhrgebiet im Rahmen von Weiterbildungsseminaren. Da der Beitrag von den sozialen Problemen und sozialpolitischen Entwicklungen der niedergehenden Industrieregion Ruhrgebiet geprägt wird, können die Aussagen nicht umstandslos auf andere Regionen übertragen werden. Andererseits ist zu vermuten, daß es sich im wesentlichen um allgemeine Entwicklungstendenzen handelt, die im Ruhrgebiet lediglich besonders deutlich hervortreten.**

Situation im Ruhrgebiet

Schrumpfungsregion als Rahmenbedingung der Selbsthilfebewegung

Im Ruhrgebiet als altindustriellem Montanrevier hat die Bündelung von Strukturproblemen und Krisenerscheinungen im vergangenen Jahrzehnt in mehrfacher Hinsicht zu einer negativen Abkoppelung von der Bundesentwicklung geführt. Die Merkmale sind:

- Trotz scharfer Rationalisierung und der Durchsetzung neuer Technologien in Teilbereichen der Wirtschaft, bestehen Wachstums- und Produktivitätsrückstände sowie Kapitalabwanderungstendenzen.
- Das Ausmaß der Arbeitsplatzvernichtung und Massenarbeitslosigkeit übersteigt seit einem Jahrzehnt den Durchschnitt der meisten Ballungsräume und des Bundesgebietes bei weitem.
- Bestimmte Bevölkerungsgruppen (z.B. Hochqualifizierte, Jüngere, Wohlhabende) wandern seit langem ab, bei der verbleibenden Bevölkerung bestehen Überalterungstendezen.
- Die Armutsgruppen der Bevölkerung wachsen seit einigen Jahren sehr rasch an (z.B. Dauerarbeitslose, Rentner, Leistungsgeminderte, alleinstehende Mütter).
- Bei nach wie vor extremer akuter Umweltbelastung spitzt sich die Altlastenproblematik (Industrie- und Giftmüll der Vergangenheit) als ökologisches und fiskalisches Kardinalproblem zu.
- Die Finanzsituation der Kommunen ist katastrophal; gleichzeitig nimmt der sozialpolitische Handlungsbedarf ständig zu.

Hinsichtlich seiner Lebens- und Arbeitsbedingungen zählt das Ruhrgebiet (gemeinsam mit dem Saargebiet) schon jetzt zum Schlußlicht aller Verdichtungsräume der Bundesrepublik. Es ist davon auszugehen, daß sich dieser Niedergangsprozeß künftig fortsetzt und mit den bekannten wachstumsorientierten Krisenlösungsmustern nicht aufzuhalten ist. Es vollzieht sich ein langfristiger qualitativer ökonomischer Schrumpfungsprozeß, ein grundlegender wirtschaftlicher Bedeutungsschwund der Region gegenüber anderen Regionen mit tiefgreifenden ökonomischen, politischen, räumlichen, sozialen und alltagskulturellen Auswirkungen.

Aus dieser allgemeinen Situationsbestimmung resultieren vier wichtige Rahmenbedingungen der Selbsthilfebewegung im Ruhrgebiet:

Erstens: wachsende Armut; Die bundesweite Tendenz zu verstärkter sozialer und sozialräumlicher Ungleichheit ist im Ruhrgebiet besonders ausgeprägt. Dabei nehmen mit zunehmender Dauer des regionalen Niedergangs zwei Bevölkerungssegmente ganz besonders zu; zum einen die Gruppen der unstetig Beschäftigten und Jobber mit unregelmäßigen Arbeitsverhältnissen, unterprivilegierten Arbeitsbedingungen, hohem Arbeitsplatzrisiko und mangelhafter materieller und sozialer Absicherung; zum anderen die gesellschaftlich ausgegrenzten Gruppen der langfristig vom formellen Arbeitsmarkt verdrängten Arbeitslosen, großen Teilen der nicht registrierten „stillen" Arbeitsmarktreserve an Hausfrauen, Jugendlichen und zwangsweisen Frührentnern aus den Unterschichten, weiter die verdrängten Ausländer sowie schließlich die immer größer werdende Zahl der Penner, Säufer und Kleinkriminellen. Da bei langanhaltender Verdrängung vom formellen Arbeitsmarkt die materiellen und sozialen Filtermechanismen gegen Verelendung (wie z.B. Arbeitslosengeld und andere Sozialversicherungsleistungen, Ersparnisse und Konsumaufschub, Verwandschafts-, Kollegen- und Nachbarschaftshilfe) versagen oder brüchig werden, ist bei diesen Gruppen ein hohes Risiko zur materiellen, sozialen und psychosozialen Verelendung vorprogrammiert (vgl. H. Wupper, M. Krummacher, F. Schrooten 1986, S. 53 ff.).

Zweitens: Entstehung von Elendszonen; Aufgrund der historischen Entwicklung des Ruhrgebiets, baulich-räumlichen Besonderheiten und Merkmalen des Wohnungsmarktes (insbesondere Mietunterschiede) besteht im Ruhrgebiet traditionell eine ausgeprägte Tendenz zur sozialräumlichen Trennung der verschiedenen Sozialschichten. Unter den aktuellen Bedingungen der andauernden Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation, der Ausdünnung der sozialen Sicherungen, der Ausgrenzung gesellschaftlicher Teilgruppen und ergänzender Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt (z.B. mangelnde Instandsetzung) führt dies mittel- und langfristig zur Herausbildung kleinräumiger Armuts- und Elendsinseln, in denen sich die Merkmale des Niedergangs, wie hohe Arbeitslosigkeit, starke Anteile ökonomisch und sozial benachteiligter Gruppen, Abwanderungen, Verschlechterung der Wohnungs- und der privaten Infrastrukturversorgung sowie eine allgemeine (‚sozial'-) staatliche Benachteiligung überlagern und gegenseitig hochschaukeln. Im Rahmen dieser Inseln bestehen deutliche Anzeichen einer sozialräumlichen Ausgrenzung und Gettoisierung der Armutsgruppen.

Drittens: Finanzmisere der Kommunen; Die steuerlichen Folgen der Langfristkrise des Ruhrgebiets, die Konsequenzen der Bevölerungsumstrukturierung für die Einnahmesituation der Kommunen, die offenkundige Tendenz, Bundes- und Landeshaushalte zum einen zu Lasten der sozial benachteiligten Gruppen, zum anderen aber auch zu Lasten der Kommunalhaushalte zu sanieren sowie der starke Anstieg von Sozialhilfeempfängern haben zu einer ausgeprägten Verschlechterung der Finanzsituation der Kommunen geführt. Da große Teile städtischer Haushaltsausgaben gebunden und kaum beeinflußbar sind und darüber hinaus politisch bestimmte Ausgabefestlegungen bestehen (z.B. bei der Wirtschaftsförderung zugunsten des Kapitals), konzentrieren sich die Einsparungsbemühungen auf ganz bestimmte Bereiche. Hauptsächlich betroffen sind ganz wesentlich das städtische Personal (der Personalabbau der Ruhrgebietskommunen entspricht und übersteigt z.T. den Arbeitsplatzabbau in der Privatwirtschaft), weiter sind in der einen oder anderen Weise zahlreiche Bürgerdienste betroffen (Leistungseinschränkungen und/oder Gebührensteigerungen) darunter besonders auch die kommunale soziale Daseinsvorsorge. Hier besteht die offenkundige Tendenz einer Rückkehr kommunaler Sozialpolitik zur Armutsverwaltung sowie der grundsätzlichen Bevorzugung der jeweils kostengünstigsten „Lösung".

Viertens: Selbsthilfe als notwenige Arbeit; Die bislang genannten Rahmenbedingungen verstärken insgesamt eine bestimmte Richtung der Selbsthilfebewegung, d.h. die Selbsthilfe als Notlösung des Überlebens, weil andere Möglichkeiten der Bedarfsbefriedigung entweder nicht angeboten werden oder nicht bezahlt werden können. Selbsthilfe wird für immer mehr Menschen im Ruhrgebiet zur notwendigen Arbeit, weil Unterbeschäftigung, niedriges Einkommen und Langzeitarbeitslosigkeit zusätzliche Selbsthilfearbeit zur Sicherung der eigenen materiellen Reproduktion und des persönlichen Selbstwertgefühls erfordert. Das bedeutet nicht, daß es sich dabei immer um schlechte Lösungen handelt; klar ist aber, daß diese Form der Selbsthilfe kein Reich der Freiheit mehr ist und ihren autonomen Charakter, der Freiwilligkeit voraussetzt, zu verlieren droht (vgl. auch U. Hellweg, V. Löffelholz, A. Colberg 1984).

Der verdächtige Beifall aller Politikrichtungen zur Selbsthilfe

Der Selbsthilfebegriff wird in der Öffentlichkeit seit einiger Zeit ausgesprochen positiv besetzt. Er gilt als Symbol für Kreativität, Dynamik, als Bereitschaft für unkonventionelle Problemlösungen und nicht zuletzt als Symbol für Verantwortungsbewußtsein (anderen und dem Staat nicht zur Last fallen). Bei dieser Ausstrahlungskraft des Selbsthilfebegriffs kann es nicht verwundern, daß inzwischen alle Politikrichtungen der Selbsthilfebewegung Beifall zollen. Liberale und konservative Politikströmungen einerseits, grün-alternative Strömungen andererseits, tun sich dabei aufgrund ihrer weltanschaulichen Grundlagen nicht sehr schwer (s.u.). Schwerer hatte und hat es dagegen die Sozialdemokratie (und die Gewerkschaften), zumal die Selbsthilfebewegung mit ihrer Orientierung an den kleinen sozialen Bezugsgruppen bei gleichzeitigen Vorbehalten gegenüber den anonymen ‚Wohltaten' des Sozialstaates nicht nur der weltanschaulichen Orientierung der Sozialdemokratie an Großverbänden und Staat (als Marktkorrektiv) entgegenstehen, sondern weil die Entwicklung der Selbsthilfebewegung in der 2. Hälfte der 70er Jahre auch ein deutlicher Ausdruck der Abwendung von der bürokratisch-anonymen Sozialstaatspolitik der sozialliberalen Koalition und ihres Abwirtschaftens gewesen ist.

Die einmütige Zustimmung zur Selbsthilfebewegung erscheint mir nicht nur verdächtig, weil damit schwerer unterscheidbar wird, was gemeint ist, wenn von Selbsthilfe die Rede ist (so ist z.B. das Leitprinzip sozialarbeiterischen Handelns ‚Hilfe zur Selbsthilfe' zu einer nichtssagenden Worthülse verkommen, deren sich jedermann bedient); sie erscheint mir vor allem verdächtig, weil die Geschichte sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik zeigt, daß allgemeine Zustimmung zu einer Basisbewegung noch immer bedeutet hat, daß diese zahnlos zu werden droht, daß sie für nützlich für die eigenen politischen Interessen gehalten wird, kurzum, daß sie vereinnahmt und instrumentalisiert werden soll. Eine erste, wenngleich nicht hinreichende Voraussetzung dem zu entgehen, bildet Klarheit über die unterschiedichen politischen Interessen und Absichten mit denen die Selbsthilfebewegung besetzt wird. Deshalb an dieser Stelle eine kurze Charakterisierung der wichtigsten Positionen (vgl. auch W. Beywl, H. Brombach 1984, J. Merchel 1984).

Gemeinsamer Bezugspunkt bildet in der einen oder anderen Weise das **Subsidiaritätsprinzip** (Merchel schlägt deshalb vor, von ‚alter' und ‚neuer' Subsidiarität zu sprechen). Nach diesem Leitbild der Sozialverfassung sollen die jeweiligen Sozialebenen in der Rangfolge Individuum, Familie, soziale Bezugsgruppe, Wohlfahrtsverbände, verschiedene Staatsebenen erst dann soziale Leistungen erbringen, wenn die jeweils niederen (subsidiären) Sozialebenen eine soziale Sicherung nicht erbringen **können**. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sind die ‚freie' Entfaltung der Persönlichkeit am privaten Markt und in der Gesellschaft, die **Selbstverantwortung** und **Selbsthilfe** der Individuen und ihrer Familie bzw. engeren sozialen Bezugsgruppen vorrangig, die Fremdhilfe darunter insbesondere die Staatshilfe nachrangig. Nachdem das von der katholischen Soziallehre formulierte Subsidiaritätsprinzip in der Vergangenheit stets von liberalen und konservativen Sozialstaatsauffassungen vertreten wurde, wird es heute – wenngleich höchst unterschiedlich auch von anderen Strömungen reklamiert.

Wenn heute die **christdemokratisch-liberale** Bundesregierung das Subsidiaritätsprinzip verficht, dann sind gemeint:

- Selbsthilfe und Ehrenamt anstelle Sozialstaatsverantwortung und Reprivatisierung sozialer Risiken (Sozial-Sparpolitik zugunsten anderer Ausgabeprioritäten);
- Selbsthilfe und Ehrenamt anstelle des ‚Rechts' auf Arbeit und Lohn (Flexibilisierung der Arbeit und Auflösung des tarif-, arbeits- und sozialrechtlich gesicherten ‚Normalarbeitsverhältnisses');
- Selbsthilfe zur Bestärkung liberal-konservativer Ideologien und des Leistungsanreizmechansimus (‚natürliche' Ungleichheit als Ausdruck unterschiedlicher Leistung, private Bedarfsdeckung am Markt, Rückbesinnung auf Familie, Heimat, Lokalität gegenüber den Bedrohungen und der Anonymität der ‚Moderne').

Entgegen dem häufig unternommenen Versuch **grün-alternative Selbsthilfeorientierung** und konservativ-liberale als gleichermaßen reaktionär abzustempelm, meint die grün-alternative ‚neue' Subsidiarität wesensgemäß gerade nicht Sozialabbau und Entmündigung der Sozialschwächeren, sondern Minderheitenschutz und Bemündigung der Individuen. Ihre Vorstellungen sind:

- Selbsthilfe zum Abbau von Sozialbürokratismus, zum Abbau der Entmündigung der Sozialschwachen sowie zum Abbau fremdbestimmter Bevormundung durch berufliche Spezialisten;

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 3

- Selbsthilfe und Selbstorganisation zur Entfaltung der Persönlichkeit in überschaubaren Kollektiven (gleichberechtigte Einbeziehung, Selbstaktivität und Selbstbestimmung in der Gruppe);
- Recht auf Entfaltung der kleinen Lebenskreise gegenüber dem Staat und den halb-staatlichen Großorganisationen;
- Bevorzugung selbstorganisierter, bedürfnisorientierter Problemlösungen.

Während die konservativen und alternativen Positionen zum Subsidiaritätsprinzip wesentlich weltanschaulich begründet sind, ist die **sozialdemokratische Annäherung** an das Subsidiaritätsprinzip m.E. vor allem pragmatisch interessensorientiert und wird bislang nur mühsam weltanschaulich überformt. Für sie gilt zusammenfassend:

- Subsidiarität und Selbsthilfe beziehen ihre Berechtigung in aller erster Linie daraus, billiger zu sein als entsprechende staatliche Leistungen sowie daraus, soziales Unruhepotential zu beschäftigen und politisch ruhig zu stellen (gilt vor allem für sozialdemokratische Kommunalpolitiker).
- Darüber hinaus ist die Selbsthilfebewegung für 'moderne' Sozialdemokraten attraktiv aufgrund ihres innovatorischen Potentials, ihrer Fähigkeit zur Erprobung neuartiger Problemlösungen ('Pilotfunktion') sowie aufgrund der Begleiterscheinung der Entstehung eines „zweiten" nicht profitorientierten Arbeitsmarktes, der außer der Bereitstellung einer beschränkten Anzahl von Arbeitsplätzen zugleich gesellschaftlich notwendige Bedürfnisse abgedeckt. (In NRW wurden diese Funktionen bislang vor allem im Städtebau- und im Umweltministerium erkannt, während deren Förderungsimpulse von den Ruhrgebietskommunen eher zögernd aufgegriffen wurden. Allerdings scheint sich in dieser Hinsicht auch in den Kommunen ein Wandel anzubahnen).
- Das Anliegen neben der politisch-pragmatischen Annäherung auch eine weltanschauliche Annäherung vorzunehmen (Johanno Strasser postuliert z.B. die Formulierung eines „sozialistischen Subsidiaritätsprinzips"), ist in der Sozialdemokratie nach wie vor umstritten. Außer dem Versuch, weltanschaulich an der sozialdemokratischen Genossenschaftstradition (als Ausdruck von Selbsthilfebewegung) anzuknüpfen, dominiert meist die Formulierung eines pragmatischen **'Mischprinzips'**: Markt und traditioneller Sozialstaat sollen ergänzt werden durch eine staatlich geförderte und **kontrollierte** Selbsthilfebewegung, wobei eine klare Aufgabenverteilung (wer legt diese eigentlich fest?) zwischen den beiden Leistungsträgern Staat und Selbsthilfebewegung ein „Höchstmaß an Effizienz" ermöglichen soll (vgl. M. L. Weinberger 1984).

Die Instrumentalisierungsabsicht wird bei einer derartigen Funktionszuweisung offenbar. Im Ergebnis der angestrebten Aufgabenverteilung und der staatlichen Förderung soll ausgerechnet ein Wesensmerkmal der neuen Selbsthilfebewegung gekappt werden, nämlich ihr autonomer Charkater gegenüber politisch-institutioneller Bevormundung und Kontrolle.

Wasser in den grünen Wein

Von der angeblichen Selbstverwirklichung und Gesellschaftsveränderung durch Selbsthilfeprojekte

In der grün-alternativen Szene, auch in Kreisen mit ausgeprägter Selbsthelfererfahrung und in zahlreichen Selbsthilfeprojekten halten sich hartnäckig einige höchst idealistische Vorstellungen von der inneren Arbeitsorganisation in Selbsthilfeprojekten, ihrer Unabhängigkeit gegenüber Institutionszwängen sowie ihren gesellschaftspolitischen Wirkungen, die nach meinen Recherchen und nüchterner Erfahrungsberichte einbezogener Selbstarbeiter/Sozialpädagogen mit der Alltagsrealität solcher Projekte nur wenig zu tun haben. Bei der Kritik derartiger Einschätzungen geht es mir nicht um den besserwisserischen Verweis auf das „Machbare" (davon gibt es ohnehin zuviel), sondern um die Anregung, anstelle über vermeintliche Möglichkeiten über die tatsächlichen Möglichkeiten und Grenzen von Selbsthilfeprojekten als Handlungsform einer emanzipativen Gemeinwesenarbeit nachzudenken.

Zunächst sei an die o.g. Rahmenbedingungen erinnert, nach denen sich die Selbsthilfebewegung im Ruhrgebiet unter den Bedingungen wachsender Armut, der Entstehung von Elendszonen, der Finanzmisere der Kommunen und der Selbsthilfe als notwendiger (statt freiwilliger) Arbeit ausbreitet. Jüngere Untersuchungen (vgl. z.B. MAGS 1984, H. Wupper, M. Krummacher, F. Schrooten 1986, S. 132 ff) und eigene Recherchen zeigen, daß der Bereich der Selbsthilfeprojekte und selbstverwalteten Kleinbetriebe im Ruhrgebiet in letzter Zeit stark zugenommen hat, wenngleich diese aufgrund der polizentralen Struktur der Region nach wie vor nicht so präsent und sichtbar und zudem zersplitterter als in anderen Ballungsregionen sind. Eine eindeutige Trennung 'reiner' Selbsthilfeprojekte von Projekten mit gewerblichen und berufsmäßig organisierten Teilaspekten ist dabei weder sinnvoll noch möglich, weil sich die Projekte im Sozial-, Erziehungs-, Gesundheits- und Kulturbereich vielfach durch Überschneidungen auszeichnen und die Übergänge zwischen reinen Selbsthilfegruppen, institutionalisierten mit Unterstützung beruflicher Spezialisten und 'Staatsknete' arbeitenden Gruppen und Mischformen aus Selbsthilfe- und Gewerbebetrieben außerordentlich fließend sind.

Hinsichtlich ihrer **inneren Arbeitsorganisation** werden den Selbsthilfeprojekten außer einer teilweisen persönlichen materiellen Existenzsicherung und der Stabilisierung des Selbstwertgefühls in etwa folgende Vorzüge zugesprochen:

- solidarische Selbstverwirklichung und Autonomie anstelle fremdbestimmter Ausbeutung und/oder sozialbürokratischer Bevormundung,
- basisdemokratische, antihierarchische Entscheidungsstrukturen,
- selbstbestimmte Arbeitsbeziehungen und -bedingungen bei gleichzeitiger Aufhebung herrschender Merkmale von Ungleichheit in der Arbeit: Lohnunterschiede, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, Trennung von Profis, Laien und Klienten, Trennung von Arbeit und Freizeit,
- Kooperation statt Konkurrenz mit vergleichbaren Projekten,
- insgesamt Lern- und Experimentierfelder für alternative Lebens- und Arbeitsformen.

Ohne den emanzipativen Charakter der darin zum Ausdruck kommenden Zielsetzungen in Frage zu stellen, muß ohne jede Häme festgestellt werden, daß von einer derartigen Idylle in den meisten praktisch arbeitenden Projekten keine Rede sein kann.

Selbstverwirklichung und Autonomie scheitern allzuoft am Angewiesensein auf 'Staatsknete' oder an Kapitalmangel und dem dadurch bedingten politischen und/oder ökonomischen Anpassungsdruck. Der Charakter der notwendigen Arbeit hat vielfach den Zwang zur Selbstausbeutung bei miserabler Entlohnung und schlechten Arbeitsbedingungen zur Folge. Die Erfahrung lehrt auch, daß formell antihierarchische Entscheidungsstrukturen allzuoft von informellen Hierarchien und heftigen Gruppenkämpfen überlagert werden, die im Ergebnis ebenso starr und repressiv wie formelle Hierarchien sein können. Auch stellt sich ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen 'professionellen' und Laien-Selbsthelfern häufig nicht her, weil der Expertenstatus und die (vielfach produzierte) 'Unersetzlichkeit' der Profis dem ebenso entgegen stehen wie das begrenzte Engagement und das Zeitbudget der Laien. Kooperation statt Konkurrenz zwischen vergleichbaren Selbsthilfegruppen scheitern oft an der Kirchturmsmentalität der Selbsthelfer und funktioniert auch ansonsten in der Regel nur solange, wie keine Förderkonkurrenzen und deutlich abgegrenzte Einsatzfelder bestehen. Anderenfalls führen der Zwang der materiellen Verhältnisse auch hier zu institutionen- und marktbegingten Konkurrenzen um Positionen, Ressourcen und Klienten.

Gemessen am emanzipativen und solidarischen Anspruch wiegt schließlich ein Problem der Selbsthilfepraxis besonders schwer: Auch in diesem Berich setzen sich die Cleveren, die Informierten, die Leistungsfähigen sehr viel besser durch als die sozial-, bildungs- und statusmäßig benachteiligten Bevölkerungsgruppen, denen sich die Chance zur Selbsthilfe vielfach gar nicht erst bietet. Dabei handelt es sich kaum um eine Frage des 'guten' oder 'bösen' Willens der Beteiligten, sondern um materielle und sozialisationsbedingte Chancenungleichheit in bezug auf die Voraussetzungen und Möglichkeiten zur Selbsthilfe.

Hinsichtlich ihrer **gesellschaftspolitischen Auswirkungen** werden der Selbsthilfebewegung aus grün-alternativer Sicht häufig folgende Systemwirkungen zugesprochen:

- Sie sei Ausdruck antistaatlicher, gesellschaftskritischer Inseln und demonstriere bereits duch ihre Existenz die Forderung nach staats- und kapitalunabhängigen Freiräumen.
- Durch die praktischen Anwendungsbeispiele einer konkreten Alternativkultur würden starke gesamtgesellschaftliche Sogwirkungen zur Gesellschaftsveränderung ausgelöst.
- Ihre zunehmende Verbreitung böte die Chance einer schrittweisen systematischen Gesellschaftsveränderung; indem sich die autonomen Selbsthelferinseln netzartig ausbreiteten, würden sie schließlich zum gesellschaftsprägenden Faktor.

Der dahinter stehende Kerngedanke einer aktiven Nischenstrategie lautet in etwa: Nachlassender Kapitalverwertungsdruck und staatsfreie Räume sind Voraussetzung und Chance für eine gebrauchswert- und bedürfnisorientierte Aneignung und Gestaltung sozialer und räumlicher Lebenszusammenhänge infolge des dadurch entstehenden Machtvakuums. Deshalb gälte es, aktiv die entstehenden Nischen zu besetzen und im Sinne einer Gegenmachtsorientierung zu erweitern, um so die etablierten Ökonomie-, Politik- und Sozialformen schrittweise zurückzudrängen und schließlich zu überwinden. Dieser Grundgedanke, der auch in der Tradition der Frühsozialisten und des Genossenschaftswesens zu finden ist, ist zweifelsohne attraktiv, weil er nicht auf die bloße Wiederherstellung vergangener Herrschafts- und Wachstumsmuster setzt, weil er Gesellschaftsveränderungen nicht auf eine unerreichbare zukünftige Gesellschaft verweist, weil er aktive Handlungsorientierungen bietet, machbar erscheint und in dem sich ausbreitenden Geflecht der Selbsthilfebewegung hierfür konkrete Ansatzpunkte findet.

Die Haupteinwände gegen diese zwar bestechende, tatsächlich jedoch unrealistische Vorstellung der sich ausbreitenden 'autonomen Inseln' als Strategie der Gesellschaftsumwälzung beruhen wiederum auf der Alltagsrealität der Selbsthilfebewegung, wie sie in einigen Aspekten bereits eingeschätzt wurde.

Zunächst sei aber ganz grundsätzlich betont, daß der Glaube an die 'pädagogische Kraft des guten Beispiels' bzw. der Beispielcharakter der Selbsthilfebewegung als Motor für Gesellschaftsveränderungen zwar viele historische Vorläufer hat, in der gesellschaftlichen Wirklichkeit jedoch kaum erfolgreich war. Dies gilt z.B. genauso für die Ideengeschichte der Frühsozialisten wie für die – bezogen auf ihren **engeren** Zielsetzungen durchaus erfolgreichen – Genossenschaftsbewegungen.

Wenn ich die Entwicklungstendenzen längerfristig arbeitender Selbshilfeprojekte richtig interpretiere, dann gilt m.E. mit hoher Wahrscheinlichkeit, daß die 'reine' bzw. autonome Selbsthilfe in aller Regel nur ein Durchgangsstadium bildet: Entweder die Projekte wursteln auf der Basis unbezahlter Sozial- und Kulturarbeit ohne weitergehenden Nutzen vor sich hin (Nachbarschaftshilfe im engen Wortsinne nehme ich aus) und gehen auf Dauer ein oder sie professionalisieren sich, bieten marktgängige Waren und Dienste an, werben 'Staatsknete' ein und binden sich an etablierte Träger. Der Selbstverwaltungs- und Unabhängigkeitsanspruch kann damit auf Dauer nicht durchgehalten werden. Man muß diese Entwicklungstendenz gar nicht kritisieren, man muß sie aber sehen. Einerseits sind es die materiellen Zwänge auf Seiten der Selbsthilfeprojekte, die diese Entwicklung provozieren (schließlich ist auch gar nicht einzusehen, warum z.B. ein Frauenhaus auf der Basis unbezahlter Frauenarbeit aufgebaut und betrieben werden sollte). Andererseits ist es gerade die Kreativität und Effizienz von Selbsthilfepro-

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fortsetzung

Drei Schlußfolgerungen

jekten, die dazu führt, daß sie vom Staat, großen Trägern oder dem Markt einvernahmt werden.

Für ziemlich problematisch halte ich dagegen folgende Tendenz: Es ist auffallend, daß außerhalb von Selbsthilfeprojekten viel über deren gesellschaftspolitische Veränderungspotentiale räsonniert wird, innerhalb von Projekten dagegen wenig oder gar nicht. Das geht oft so weit, daß die Frage nach dem politischen Anspruch abgewehrt oder mit Worthülsen beantwortet wird. Darin dürfte zum Ausdruck kommen, daß die meisten Projekte derart mit Alltagszwängen, dem Prozeß der Selbsterhaltung und Institutionalisierung beschäftigt sind, daß der ursprüngliche alternativpolitische Anspruch nur noch als moralische Restgröße verbleibt, die mit der Alltagswirklichkeit nicht mehr in Einklang gebracht werden kann. Sollte sich dieser Entwicklungsstrang auf breiter Basis durchsetzen, wird die Selbsthilfebewegung m.E. nicht nur ein irrelevanter Faktor für Gesellsschaftsveränderungen sein, sondern auch aufhören, Salz in der Suppe der etablierten Sozialarbeit zu sein.

Der abschließende Versuch, einige Schlußfolgerungen zusammenzufassen, steht unter dem Vorbehalt, daß ich mich nicht als selbsternannter 'Ratgeber' der Selbsthilfebewegung empfinde. Dennoch drängen sich für mich drei Schlußfolgerungen meines Beitrags auf.

Erstens

Angesichts Massenarbeitslosigkeit, mangelnder Zugangsmöglichkeiten zur traditionellen Erwerbsarbeit und Sozialstaatsdemontage wird Selbsthilfe für immer mehr Menschen zur ergänzenden oder ausschließlichen notwendigen Arbeit. Mit dieser Entwicklungstendenz der Krisenökonomie werden nicht nur der autonome und emanzipative Charakter der Selbsthilfe infrage gestellt, es werden gleichzeitig – und zwar massenhaft im Sozial- und Kultursektor – Billiglohnverhältnisse ohne sozialrechtliche Absicherungen und entpolitisierte Beschäftigungstherapien für randständige Gruppen eingeführt. Generell läßt sich diese Tendenz wohl nur über eine radikale Umverteilung der traditionellen Erwerbsarbeit beheben, die den Zugang zum traditionellen 'Normalarbeitsverhältnis' bei erheblich kürzerer Arbeitszeit wieder eröffnet (auf eine Auseinandersetzung mit der Problematik des 'Normalarbeitsverhältnisses' muß aus Platzgründen verzichtet werden). Einstweilen ist es m.E. notwendig, daß die Selbsthilfebewegung und ihre infrage kommenden Bündnispartner dafür streiten, daß der Sozialstaatsabbau gestoppt, daß der Charakter der gesellschaftlich notwendigen Arbeit der Selbsthilfe mit Anspruch auf 'Normal'-Bezahlung anerkannt wird und das Prinzip 'Gleicher Lohn und gleiche Rechte für gleiche Arbeit' auch in diesem Sektor Geltung erlangt (vgl. auch U. Hellweg, V. Löffelholz, A. Colberg 1984).

Zweitens

Der Vereinnahmungsdruck auf die Selbsthilfebewegung von Seiten etablierten Parteien und herrschenden Politikströmungen ist offenkundig. Dabei gibt es in der Stoßrichtung der Instrumentalisierung ohne Zweifel wichtige politisch-ideologische Unterschiede. Seitens der herrschenden Logik geht es jedoch wesentlich um die Privatisierung sozialer Risiken, das Einsparen von Personal und Finanzen, die Konfliktunterbindung und Entpolitisierung von Konfliktherden, die Ausnutzung des Kreativitätspotentials der Selbsthelfer bei ihrer gleichzeitigen Kontrolle und Einbindung. Es wäre unsinnig von Selbsthilfeprojekten zu erwarten, daß sie sich einer Zusammenarbeit mit etablierten Parteien und Institutionen gänzlich verweigern (die Alternative besteht in der Anpassung an das Marktprinzip). Umso wichtiger ist es, daß sie nicht blind in die Instrumentalisierungsfalle tappen, daß sie vor Verhandlungen eine 'konkrete Analyse der konkreten Situation' und insbesondere der beteiligten Interessen betrieben haben, daß sie den Preis für Zusammenarbeit möglichst hoch und die Kontrollzugeständnisse möglichst niedrig halten und sich vor allem nicht gegenseitig ausspielen lassen.

Drittens

Die Alltagsrealität von Selbsthilfeprojekten zeigt, daß dies kein Reich der Freiheit, der Selbstverwirklichung, der Aufhebung existenter gesellschaftlicher Widersprüche sind und, daß vor allem die Vorstellung von sich ausbreitenden 'autonomen Selbsthilfeinseln' als Strategie zur Gesellschaftsveränderung nicht tragfähig ist. Demgegenüber kann nicht bestritten werden, daß Selbsthilfeprojekte für zahlreiche Individuen und Personengruppen materielle und persönliche Stabilisierung ermöglichen, die ihnen die herrschenden Verhältnisse längst nicht mehr bieten, daß sie ein erhebliches Maß an bedürfnis- und emanzipationsorientierter Kreativität und Fantasie freisetzen, daß ihnen als Lern- und Experimentierfelder alternativer Arbeits- und Lebensformen auch das Recht auf Fehler und Irrtümer zusteht. Insgesamt bleiben sie allerdings in die bestehenden Markt-, Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen verstrickt. Sie können im günstigen Fall von einzelnen Gruppen und Szenen bewußt als „Räuberhöhle" genutzt werden, die neben ihrer materiellen Existenzsicherung auch zu ihrer sozialen und politischen Stabilisierung sowie zur Steigerung ihrer politischen Konfliktfähigkeit beiträgt. Damit wäre auch aus der Sicht emanzipativer Gemeinwesenarbeit viel erreicht. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß der emanzipationsorientierte Anspruch nicht als gepachtete politische Moral an sich herumgetragen wird, sondern immer wieder in bewußter, kollektiver Reflexion der eigenen Situation und der das Projekt umgebenden Verhältnisse und Interessen überprüft und konkretisiert wird. Diese Anregung zu einer intensiveren politischen Reflexion und Diskussion möchte ich auch auf die Auseinandersetzung von Gemeinwesenarbeitern mit der Selbsthilfebewegung übertragen.

Michael Krummacher

Dieser Beitrag ist ein Vorabdruck in geringfügig veränderter Form aus dem im Mai 1986 erscheinenden Jahrbuch III der Gemeinwesensarbei der AG SPAK.
Der Autor, Dr. phil. Michael Krummacher, ist Politologe und ist beschäftigt im Weiterbildungszentrum der Ruhr-Universität Bochum, u.a. mit der Weiterbildung für Sozialarbeiter/Sozialpädagogen.

Zitierte Literatur

W. BEYL, H. BROMBACH, Neue Selbstorganisation zwischen kultureller Autonomie und politischer Vereinnahmung, in: aus politik und zeitgeschichte, B 11/1984, S. 15 ff

U. HELLWEG, V. LÖFFELHOLZ, A. COLBERG, Zwischenräume, in: Verein für kooperatives Planen, Bauen, Leben, Hg., Zwischenräume, Berlin 1984, S. 10 ff

MINSTERIUM FÜR ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES (MAGS), NRW, Hg., Alternativbetriebe in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1984

M. KRUMMACHER, TH. ROMMELSPACHER, M. WIENEMANN, Niedergang einer alten Industrieregion. Analysen zur Perspektive des Ruhrgebiets, in: Arbeitsgruppe Ruhrgebiet, Arbeitsgruppe München, Regionalentwicklung zwischen Technologieboom und Resteverwertung, Bochum 1984, S. 17 ff

J. MERCHEL, 'Alte' und 'neue' Subsidiarität, in: Neue Praxis, H. 4/1984, S. 301 ff

M.L. WEINBERGER, Seltsame Koalition zwischen rechts und links bei der „Selbsthilfe", in: Frankfurter Rundschau v. 30./31. 1. 1984

H. WUPPER, M. KRUMMACHER, F. SCHROOTEN, Projekt Stadt im Umbruch – Beispiel Bochum. Arbeitsbericht 3. Soziale Umbruchtendenzen. Arbeitslosigkeit, Armut, Selbthilfe, Bochum 1986

AG SPAK

Kittlerstr. 1, 8 München 90

Neu

Hillenbrand, Luner, Oelschlägel (Hg.)
JAHRBUCH GEMEINWESENARBEIT 3
Stadtplanung und Regionalentwicklung
ISBN 3-923 126-36-0, M 71
erscheint im Mai 1986
ca. 280 Seiten – ca. DM 24,–

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise stellt die Zukunft ganzer Regionen in Frage und damit die Existenzgrundlage ihrer Bewohner. Die Notwendigkeit einer an den Bedürfnissen orientierten Stadt- und Regionalplanung lassen Konzepte der Selbsthilfe, genossenschaftliche Organisation u.a. bereits heute überlebensnotwendig werden und geben der Gemeinwesenarbeit einen neuen Stellenwert. Der Band beleuchtet die praktischen Voraussetzungen für Gemeinwesenarbeiter, die sich heute mit Planungsvorhaben auseinandersetzen, von den verschiedensten Seiten her.

Hg.: Oelschlägel
JAHRBUCH GEMEINWESENARBEIT 1
Beiträge zu einer Bestandsaufnahme - Praxis, Probleme, Trends -
243 Seiten
M 59 DM 22,–

Hg.: Hillenbrand, Luner, Oelschlägel
JAHRBUCH GEMEINWESENARBEIT 2
Neue soziale Bewegungen
265 Seiten
M 65 DM 22,–

IMPRESSUM

CONTRASTE erscheint monatlich

Redaktionsschluß:
jeweils zum 15. des Monats

Herausgeber: Peter Haß
Lochmühlstr. 43, 6 Frankfurt 56

Eigenverlag
Die Anzeigenpreisliste (Nr. 1/85) ist über die Vertriebsanschrift zu erhalten.

Redaktionen:

Bremen
Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, 2800 Bremen 1
Tel. (0421) 7 20 93

Berlin
STATTwerke e.V., c/o Michael Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel.: (030) 6 11 59 04

Frankfurt
blätterwald e.G.
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 7 80 12

Heidelberg
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel.: (0 62 21) 1 34 02

Bayern:
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821

Kultur:
Eckard Holler
c/o Club Voltaire e.V.
Haaggasse 26 b
7400 Tübingen 1
Tel.: (0 70 71) 5 15 24

Robert F. Mayer
Riedmühle
Riedmühle 1
6445 Alheim
Tel. (05665) 45 89

V.i.S.d.P.:
Harald Deerberg (Bremen), Michael Makowski (Berlin), Chris (Krebsmühlendruckerei), Jochen Reinalda (Oberursel), Dieter Poschen, Peter Tejkl (Heidelberg), Michael Krummacher (Schwerpunkt Selbsthilfe), Ursula Brockner (Köln), Kurt Regenauer (Nürnberg), Gunar Seitz (Kassel), Eckard Holler (Tübingen), Jutta Gelbrich (Ökobank-Verein)

Herstellung
Zünd-Satz GbR, Postfach 10 45 20
Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1
Tel.: (0 62 21) 1 34 02

Druck
Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt/Main 11

Vertrieb
Bärbel Delto, c/o Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (0 61 71) 7 30 16

Konto
Postgiroamt Frankfurt/Main
Kto.-Nr.: 3836 87 - 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Alternative Bibliothek gegründet

Neues Projekt will Theoriedefizit abbauen

Kassel **Vergangenen Monat wurde auf der Riedmühle bei Kassel die „Bibliothek für Gemeinschaftsprojekte" gegründet. Dieses bislang einmalige Projekt in der BRD will „Bücher und sonstige Dokumente aus und über die Alternativbewegung" zusammentragen. Die Bibliothek versteht sich nach eigenen Angaben als eine Art selbstverwalteter Betrieb.**

Auf der gut besuchten Gründungsversammlung wurde ein Träger für die Bibliothek konstituiert. Nach eingehender Diskussion entschieden sich die Anwesenden für die Rechtsform eines eingetragenen Vereines, der in absehbarer Zeit in eine Stiftung überführt werden soll.

Robert F. Mayer umriß die Aufgabe der **Bibliothek für Gemeinschaftsprojekte** mit den Worten: „Es kommt uns weniger darauf an, viele Bücher in den Regalen stehen zu haben, sondern Werke, die für die Alternativbewegung von Bedeutung sind. Bücher, die helfen können, die gesellschaftlich-politische Notwendigkeit nach Selbstverwaltung und kooperativem Miteinander in alternativen Betrieben und politischen Initiativen voranzutreiben." Die neue Bibliothek ist für ihn ein „eminent politisches Projekt".

Der Bibliothekskreis, der, wenn alles nach Plan der Initiatoren ablaufen sollte, sich schon bald in ein mitgliedsstarkes Forum verwandeln soll, setzte sich zum Ziel: Praxisobjekte, wie Landkommunen oder selbstverwaltete Betriebe, Alternativbewegung wie Ökologie- oder Gesundheitsbewegung theoretisch zu begleiten und praktische Hilfestellungen zu geben.

Dabei soll den Fragen nachgegangen werden: Inwieweit stabilisiert oder untergräbt die Ausweitung der Selbstverwaltungswirtschaft das derzeitige Wirtschaftssystem; inwieweit ist es möglich, innerhalb dieses kapitalistischen Systems alternative Lebens- und Arbeitsformen zu entwickeln; wann und wie ist eine Aufhebung von Eigentum und Kapitaleinfluß möglich; wie lassen sich Einflußnahmen von außen minimieren und ausschalten?" So die Gründungspräambel der Bibliothek.

Dem von der Versammlung gewählten neuen Geschäftsführer der **Bibliothek für Gemeinschaftsprojekte**, Gunar Seitz, fällt nun die Aufgabe zu, diese Ideen in die konkrete Praxis umzusetzen. Gunar Seitz, von Hause aus ein ökologisch engagierter Bildhauer und derzeitiger Vorsitzender des Gesundheitstages '87, umriß die Aufgabe der **Bibliothek für Gemeinschaftsprojekte** mit den Worten: „Die Bibliothek will all denjenigen eine Hilfestellung bieten, die versuchen, in Gemeinschaftsprojekten neue Wege jenseits unserer natur- und menschenausbeutenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu gehen. Daneben will sie natürlich einen Überblick über die derzeitige Alternativliteratur geben."

Gunar Seitz will sich insbesondere um den Aufbau eines Archivs der Alternativbewegung kümmern, in dem von Selbstdarstellungen über Korrespondenz mit etablierten Strukturen bis hin zu problemorientierten Reflexionen aus den Alternativprojekten alles nur Auftreibbare zu finden sein wird. Archiv wie Bibliothek sollen für alle zugänglich sein.

An Themen wird es diesem neuen Projekt sicherlich nicht fehlen, dies bezeugen allein die bislang gesammelten 3000 Bände in eindrücklicher Weise. „Für eine sinnvolle Arbeit ist die Bibliothek jedoch auf Spenden und Zuschüsse von außen angewiesen," so die neugebackene Vorständlerin Kerstin Schmidt. Die Initiatoren erhoffen sich, daß Buchspenden und anderes Archivmaterial schon bald auf der Riedmühle eingehen. Wer sich entschließt, dieses Projekt zu unterstützen, dem sei hier die genaue Adresse genannt:

Bibliothek für Gemeinschaftsprojekte e.V.
Riedmühle 1
6445 Alheim
Tel.: 05665/4589

Ranug

Radio DREYECKLAND

«Kann denn Senden Sünde sein?»

PROZESS KOSTEN HILFE:
TREUHAND-KONTO NR. 10203000/02
VON RECHTSANWALT OLENHUSEN BEI DER BANK FÜR GEMEINWIRTSCHAFT
ADRESSE: FREUNDESKREIS RADIO DREYECKLAND HABSBURGERSTR. 9 78 FREIBURG
TELEFON: 0761/55 2455

Zum Thema:

Chaos?

GENERATIONSWECHSEL

Red. Frankfurt **Zu dem in CONTRASTE Nr. 18/86 eingeleiteten Schwerpunktthema „Generationswechsel" sind bislang noch keine schriftlichen Reaktionen oder Beiträge zu verzeichnen, dazu war die Zeit bis zu dieser Ausgabe sicher auch zu knapp. Wir wollen die Runde dennoch eröffnen, in der stillen Hoffnung, so vielleicht bis zum nächsten nationalen Redaktionstreffen im April in Kassel weitere Beiträge zum Thema vorliegen zu haben.**
Im Folgenden dokumentieren wir – in Auszügen – ein betriebsinternes Diskussionspapier aus der Krebsmühle, entstanden im Dezember '85, vor dem Hintergrund eines bereits zwei Jahre andauernden „unorganisierten" Umstrukturierungsprozesses. Dieser als Folge der Erweiterung des Betriebes auf mehr als das doppelte der Belegschaft, des „geschlossenen" Einzugs einer zweiten Generation in die Krebsmühle. Die daduch entstandene – und wohl auch provozierte – betriebsinterne Situation wird nach wie vor sehr unterschiedlich von allen Betroffenen bewertet und insgesamt mit gemischten Gefühlen empfunden. Dementsprechend auch die Überschrift des nun folgenden Diskussionspapieres:

(...) Ich weiß, daß es sehr schwierig ist, sich in der momentanen Situation in der Krebsmühle zurechtzufinden. Ich kann gut verstehen, daß das Ganze für die meisten wie ein einziges großes Chaos aussieht, das zwar irgendwie funktionkiert, wo aber die Regeln, nach denen es funktioniert, nicht mehr durchschaubar sind. Politisch hat sich in den letzten zwei Jahren sehr viel getan und das meiste davon ist in irgendeiner Weise an Aktivitäten der Krebsmühle geknüpft. Die ökonomische Entwicklung braucht sich dahinter nicht zu verstecken. Und es läuft drittens soeben der Prozeß des Generationenwechsels in der Betriebsführung, eine Veränderung, die in ihrer Bedeutung und in ihren Auswirkungen vergleichbar ist mit der Situation der Auflösung der Zweierbezeihungen in der Stammgruppe vor etwa 2 Jahren: damals war alles genauso chaotisch, nur viel gefährlicher, weil angesichts solcher emotionaler Probleme wirklich niemand mehr für den Bestand der Gruppe hätte garantieren können.

Man kann sich bei der Beurteilung der Gruppensituaiton auf die Punkte konzentrieren, die nicht laufen oder zumindest doch nicht so, wie man es im Rahmen funktionierender Selbstverwaltung erwartet.

Man kann aber auch probieren, eher die Gesamtentwicklung ins Auge zu fassen und an dieser Entwicklung zu überprüfen, ob wir den ursprünglichen Zielen näher gekommen sind oder ob wir in eine Sackgasse geraten sind.

Mir liegt diese zweite Vorgehensweise mehr und ich sag das vorher, damit nicht der Eindruck entsteht, ich wolle Probleme wegreden. Will ich nicht: ohne Probleme kein Anlaß für Weiterentwicklung; Probleme sind sozusagen das Salz in der Suppe, sind Impulsgeber; Selbstverwaltung ohne Probleme ist undenkbar, wäre keine. Aber genau deswegen darf man die Probleme nicht zum Maß aller Dinge machen: sie sind genauso bearbeitbar und lösbar, wenn sie nicht als die große Katastrophe erscheinen, wenn man **locker** mit ihnen umgeht (...)

(...) Unser Experiment hat von Anfang an zwei Seiten: die Wirkung nach außen als „Propaganda der Tat" und die Wirkung nach innen in der permanenten Veränderung der eigenen Persönlichkeit, der Entwicklung sozialer Fähigkeiten, der Umgestaltung von Bedürfnissen, der Herausbildung sozialer Verantwortung und gegenseitiger Toleranz.

Die Wirkung beider Prozesse ist kumulativ: Mißerfolge nach außen schlagen auf die internen Beziehungen und Gefühle ebenso zurück wie interne Katastrophen eine sinnvolle Arbeit nach außen behindern. Und das gilt genauso für positive Entwicklungen.

Ich will zunächst mal eingehen auf die Entwicklungen im Außenbereich, bzw. darauf, wie sie sich mir darstellen, wenn es auch schwierig ist, Innen- und Außenwirkung sauber voneinander abzugrenzen.

Vor 10 Jahren war uns – in dieser typischen Ignoranz und Selbstüberschätzung, ohne die heute kaum was existieren würde – alles sehr klar.

Wir bauen unseren Betrieb auf, andere bauen in entsprechender Weise ihre Betriebe auf, das wird sich alles immer mehr ausdehnen, unübersehbar werden und dazu führen, daß es in den Auseinandersetzungen der „normalen" Betriebswelt endlich mal um mehr geht als die jährlich-eintönige Lohnrunde: um Form und Inhalt der Arbeit nämlich.

'Zu all dem was uns am Kapitalismus stinkt, werden wir konkrete Alternativen entwickeln' hieß es in unserem ersten Film – in einer Situation, in der wir es arbeitsmäßig gerade zum Entrümpeln und umsatzmäßig auf etwa 20.000 DM im Monat gebracht hatten. Kein Mensch sprach damals von Selbstverwaltung und mit viel Glück brachte man es – eher mitleidig belächelt – auf einen kurzen Artikel in einer der Alternativzeitungen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Für mich ist damals der Glaube daran, daß sich alles quasi von selbst zum Besten wenden werde, zusammengebrochen. Und ein durchaus ähnlicher Eindruck herrschte, wenn ich die damaligen Diskussionen im Plenum reflektiere, bei den sich die meisten von uns beteiligten. Nur die Konsequenzen waren unterschiedlich.

Während sich einige danach aus der Außenpolitik zurückgezogen haben und andere überhaupt der Selbstverwaltung im allgemeinen und der Krebsmühle im Besonderen den Rücken zugekehrt haben, ist seither klar, daß neu aufgebaut werden muß. Nicht die Orientierung an dem, was vorhanden ist und die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner, auf dem dann aufgebaut und entwickelt werden kann, steht für mich seither im Vordergrund, sondern – nach dem Motto: erst Klarheit, dann Einheit – der Versuch, mit all denen in engen Kontakt zu treten, die ganz weitgehend identische Zielvorstellungen haben und mit denen gemeinsam dann zu versuchen, einen neuen Ansatz zu starten. Der Bezugsrahmen wird kleiner, aber effektiver. Imponieren kann nicht mehr die sprunghaft steigende Zahl weitläufig am 'alternativen Spektrum' Beteiligter; dafür gewinnen die Diskussionen 'im kleinen Kreis' an Bedeutung, kommt das weg vom bloßen Gerede, kann wirklich verbindlich miteinander gearbeitet werden.

Verbindlich miteinander gearbeitet haben seither eine Handvoll Leute an „CONTRASTE", eine weitere Handvoll am Aufbau der Ökobank; es gab einige Verbindlichkeiten im Ungang mit den Genossenschafts-SPDlern und es gibt eine Menge verbindliche Praxis in unseren neu entwickelten Bezügen zu A3W. (...)

(...) Wichtig ist mir eine andere wesentliche Erfahrung: alle die konkreten Personen, an die ich denke, die da miteinander arbeiten, sind eingebunden in Gruppen und Organisationen. Hätten die bei jeder Entscheidung gewartet, bis auch der/die lezte in der jeweiligen Gruppe oder Organisation eine fällige Entscheidung mitträgt, wäre bis heute nichts passiert.

Die neue Gesellschaft – auch das ist eine „alte" ASH-Erkenntnis – bedingt den ‚neuen Menschen', jenen, der in der Lage ist, aus eigenem Denken und in eigener Verantwortung Entscheidungen zu treffen **ohne** sich ständig abzusichern und rückzuversichern. Selbstverwaltung – das ist nicht die Firma/die Gesellschaft **ohne** Chef, sondern das sind freie Assoziationen von freien Menschen, die gelernt haben, in sozialer Verantwortung eigene Entscheidungen zu treffen. Idealtyp also die Gesellschaft/der Betrieb, der **nur noch** aus „Chefs" besteht, um in diesem Bild zu bleiben.

Ich finde es gerade in Anbetracht der derzeit laufenden Überlegungen zur Umstrukturierung des Betriebes nicht dumm, wenn wir uns mal ein paar grundsätzliche Gedanken zur Frage der Demokratie machen. Wie steht es mit der und ihrem Verhältnis zur Selbstverwaltung. Geht das überhaupt zusammen, einerseits Konsensprinzip und andererseits „Demokratie" nach dem Motto ‚freßt mehr Scheiße. Denn 10 Mio. Fliegen können nicht irren'? Ich tendiere nach all den Jahren dazu, Entscheidungen nur denen zuzumuten (und zuzubilligen), deren gesamtes Verhalten Verantwortlichkeit und Übersicht beweist. Sonst sind wir bald weg vom Konsensprinzip und bei der Abstimmungsmaschine, die schon bei genügend grün-alternativen Vereinen zum Kotzen ist.

Es hat – meine ich – bei allem Streß doch oft genug auch Spaß gemacht in diesen letzten 10 Jahren – und es wäre doch nett, wenn das so bliebe.

Wenn vor zwei Jahren jemand behauptet hätte, es könne gelingen, innerhalb von zwei Jahren mit einem autonomen, kaum jemandem persönlich bekannten Betrieb ein Verhältnis herzustellen, wie es sich zum BLÄTTERWALD entwickelt hat – er wäre ausgelacht worden. Und dies mit einigem Grund.

Schließlich kriegen die meisten Frankfurter Betriebe schon Bauchschmerzen, wenn sie nur den Namen ASH hören (und ich gebe zu: bei manchen kann ich meine klammheimliche Freude darüber nicht verhehlen), assoziieren sowas wie eine gigantische Krake, die alles an sich zu ziehen versucht und überall ihre Fühler drin hat und kriegen es nicht auf die Reihe, mal klar zu sagen, was eigentlich schlimm daran ist, den Betriebsaufbau so zu planen und zu vollziehen, daß genügend Kraft und Geld für politische Arbeit übrig bleibt.

Glücklicherweise haben sich diese Geschichten für die, die es mal gutwillig versucht haben, noch immer geklärt. Trotzdem: in Bezug auf den BLÄTTERWALD war es ein langer Prozeß, oft genug nicht gerade gefördert durch quälende, vorwurfsvolle und kurzsichtige Diskussionen in unserem Plenum und sicher nur der beharrlichen Arbeit einiger weniger in beiden Kollektiven zu verdanken. Was aber ist dabei herausgekommen? Zwei Jahre lang ist gegenseitiges Vertrauen gewachsen (und ich erinnere mich noch sehr gut der anfänglichen Ängste, von der übermächtigen Krebsmühle ‚geschluckt' zu werden) und hat eine Situation produziert, die wohl einmalig ist. Beide Betriebe (es sind ja eigentlich mehr, aber ich will nicht zu sehr in die Details gehen) haben ihre Autonomie gewahrt, fahren weitgehend autonom ihre ökonomische und ihre Außenpolitik, haben über das gewachsene Vertrauen einer Reihe von Leuten miteinander so starke Verbindungen und so viel Austausch, daß sich die beiderseitigen Anstrengungen in den meisten Punkten decken und bündeln. Es ist längst gleichgültig geworden, ob die Darstellung des Zusammenhangs Krebsmühle-Modellfabrik von einem Mitglied der Krebsmühle erfolgt oder einem von BLÄTTERWALD. (...)

Der zweifellos wichtigste Punkt innerbetrieblicher Veränderung ist der ‚Generationenwechsel' in der Betriebsführung. Die Erkenntnis ist schlicht und eindeutig: wo persönliche Weiterentwicklung nicht behindert, sondern gefördert wird, wo dem wirklich Interessiertem nichts verborgen bleibt, muß über kurz oder lang der Punkt kommen, an dem einzelne mehr Handlungsspielraum brauchen und ihre höchsteigenen Gedanken verwirklicht sehen wollen. Solange Übervater oder Übermutter diese Entfaltung behindern (und dazu reicht bei der gängigen deutschen Autoritätsfixiertheit oft schon die bloße Anwesenheit so Angesehener), wird es zunehmend Streit geben: Fähigkeiten blockieren sich gegenseitig, die Situation wird für alle frustig.

Idealtypisch haben sich in der Zwischenzeit aber auch die „Alten" weiterentwickelt und drängen – jung geblieben – nach neuen Erfahrungen und Aufgabenfeldern. Idealtypisch. Und wir haben scheinbar halbwegs Glück gehabt in dieser Beziehung. Jedenfalls hat sich der Wechsel schon weitgehend vollzogen und der Betrieb steht durchaus weiterhin gesund und solide da. Na ja, einen leichten Schluckauf hat er wohl derzeit.

Mir ist seit etwa einem Jahr der Betriebsrahmen zu eng geworden. Der Aufbau der Krebsmühle – eine sehr intensive Aufgabe für eine ganze Reihe von Jahren. Aber damit sterben?

Der Ansatz unserer vier ersten Zeitungsexperimente, unserer Vernetzungsversuche bis hin zur Projektemesse vor gut einem Jahr waren die Betriebe. Hier, nur hier konnten die Leute herkommen, die für die Weiterentwicklung unseres politischen Ansatzes geeignet sind. Haben wir gedacht. In der Zwischenzeit haben wir sehr viel gelernt über Kleinkariertheit und Bietriebsborniertheit, und ich weiß nach all diesen Enttäuschungen, daß über diesen Weg nicht allzuviel zu erreichen ist. Wenn wir politisch weiterkommen wollen, müssen wir selbst anfangen, unseren Bezugsrahmen zu erweitern und damit unseren Horizont. Und eine der Erweiterungsstrategien der Krebsmühle ist darauf ausgerichtet, Personen und Gruppen mit Sachkompetenz und politischem Vorstellungsvermögen dazu zu gewinnen. (...) Es wird sich eine neue Gruppe herausbilden, von der in viel stärkerem Maß politische Diskussion und Aktion getragen werden kann als dies jemals vorher der Fall war. Wir haben noch nicht mal richtig angefangen.

Karl/Chris

Wahrlich mutig?

Bei der vorerst letzten Projektmesse im vorletzten Herbst und den folgenden „Wintertagen" in Berlin schien mir der ganze Ansatz in Frage zu stehen. Keineswegs die große übergreifende Vernetzung, der große gemeinsame Ansatz auf die Veränderung der Gesellschaft; stattdessen Sprachlosigkeit, Streit, Regionalbezug, Kleinkariertheit und Profilneurose, also genau das, was man bei der deutschen Linken schon immer gewohnt war. Und dabei waren die Versammelten schon sozusagen die Creme de la Creme, die Vertreter der Kollektive, die sich überhaupt noch politisch begreifen: ringsum hat schon lange ein anderer Prozeß eingesetzt. Betriebsgründungen als Maßnahme gegen Arbeitslosigkeit, Betriebsumwandlungen durch an kollektiven Prozessen Verzweifelte, Überführen der Firmen „ohne Chef" in solche mit einer freundlichen Geschäftsleitung – Stichwort: neues Unternehmertum, die ganz jungen und ganz dynamischen, die beim Begriff 'Marxismus' nicht mehr erschreckt zurückzucken, sondern wissend abwinken: 'Schnee von gestern'.

6 Jahre abc (Autonomes Bildungs-Centrum e.V.) in Hüll oder

Was wir wollten - was wir machen

Red. Bremen **Für die, die noch nie was vom abc gehört haben und für die anderen zur Erinnerung:**

Das abc ist im März 79 als Verein gegründet worden. Wir hatten uns als Gruppe zusammengeschlossen, um eigenständig Bildungsarbeit durchzuführen und gingen davon aus, daß dies am besten in einer eigenen Bildungsstätte gelänge. Deshalb kauften wir im August 79 einen aufgegebenen Resthof und haben das Haupthaus in 3jähriger Arbeit zu einer Bildungsstätte umgebaut. Seit September 82 führen wir kontinuierlich eigene Seminare durch (zu 40%) und vermieten das Haus an fremde Gruppen und Institutionen (zu 60%). Wir betreiben das Haus nur mit Vollverpflegung (26 Plätze). Die Bildungsstätte liegt in Hüll (Landkreis Stade; 75 km von Hamburg).

Die folgenden Thesen geben in erste Linie die Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die Meinung der Projektgruppe.

Zum abc als Projekt (Selbstverwalteter Betrieb)
Unsere Träume und Ansprüche (in Schlagworten);

- eine eigene Bildungsstätte
- eine neue Form des Zusammenarbeitens und -lebens gekennzeichnet durch

- Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit
- keinen Chef
- Verbindung von privat und öffentlich
- anderen Umgang mit Geld
- anderen Umgang mit „bürgerlichem Sicherheitsdenken"
- Arbeit soll zum großen Teil Selbstverwirklichung sein
- Rotation in der Arbeit oder jede(r) soll in allen Bereichen arbeiten

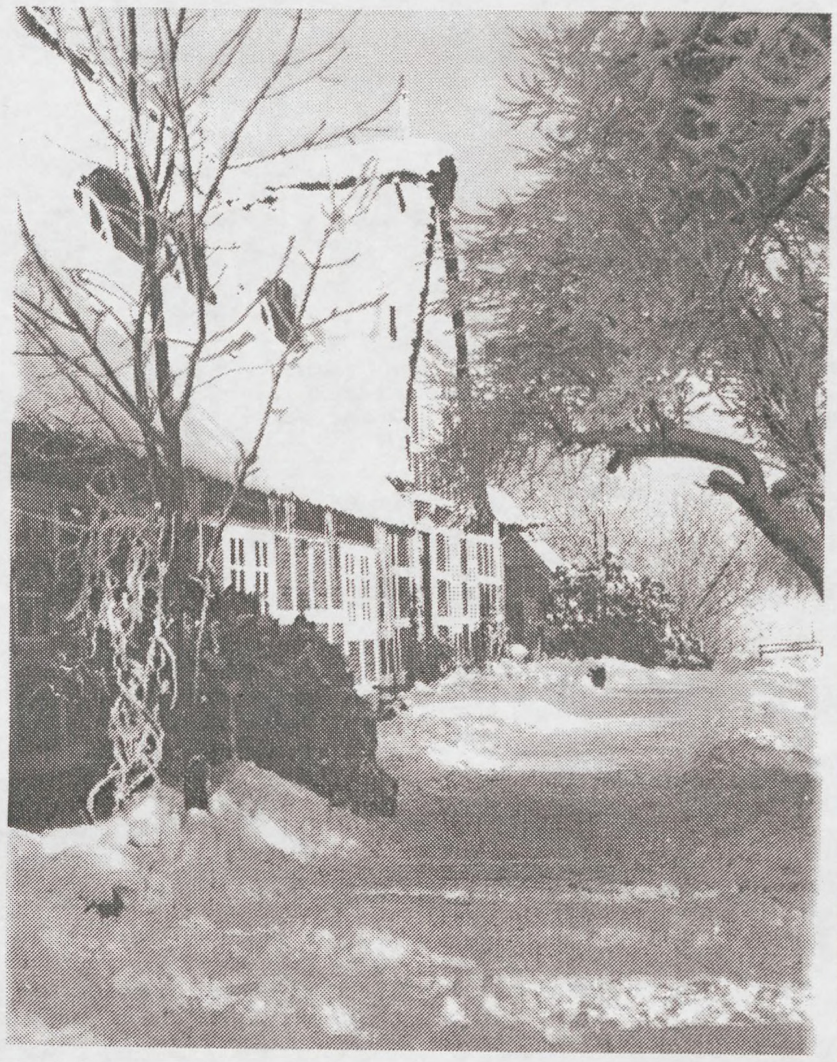
- Ablehnung von Staatsknete, um autonom zu sein und zu bleiben

Was wir machen!
Von unseren Träumen von damals hat sich vor allem der Hausbau hervorragend realisiert und der Betrieb trägt sich etwa gemäß den Erwartungen. Wir funktionieren gut als Betrieb ohne Chef, d.h. es gibt keine formale Hierarchie, die informelle Hierarchie dürfte – verglichen mit anderen Projekten – sehr gering sein. Das ist sehr stark auf die Homogenität (was Fähigkeiten und Qualifikationen anbelangt) der Gruppe zurückzuführen und auf eine wirkliche Rotation zwischen allen Arbeitsgebieten (Kochen, Putzen, Verwaltung, Handwerk und Bildungsarbeit), was allerdings manchmal eine Rotation der Leute zur Folge hat. Für uns haben wir somit die Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit aufgehoben; aber leider besteht sie noch teilweise weiter durch die Tatsache, daß nicht gleichberechtigte Leute auf Lohnarbeitsbasis, sei es ABM oder Honorar, nur engbegrenzte Arbeitsgebiete haben.

Ziemlich toll war und ist der Umgang mit Geld, diesem Ding, an dem sich sonst die Geister scheiden und Freundschaften zerbrechen. Bis auf kleine Abstriche funktioniert das Prinzip Bedürfnislohn: Jede(r) nimmt sich soviel er/sie braucht – im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Topfes. Man kann allerdings bei uns noch sehen: wenn etwas mit den Beziehungen nicht stimmt, sind die Leute penibler in Geldfragen.

Die Aufhebung der Trennung von privat und öffentlich würde keiner mehr so vertreten wie damals, weil alle mehr oder weniger Schwierigkeiten damit haben, wie öffentlich ihre Privatheit ist, die dadurch häufig keinen Schutzraum mehr bietet. Daß die Trennung angeknackst wird, ist gut, aber jede(r) braucht Möglichkeiten zum Rückzug.

Die letzten 6 Jahre waren wohl für uns alle die lern- und erfahrungsreichsten Jahre. Gezeigt hat sich, daß selbstbestimmte Arbeit nicht immer befriedigende Arbeit ist. Das Unbefriedigende resultiert zum großen Teil aus der dreckigen, stupiden oder für einen nicht so interessanten Arbeit, zum größten Teil allerdings aus den nervigen und stark belastenden Formen der Zusammenarbeit. Es zeigt sich, daß selbstbestimmt in einem Kollektiv zu arbeiten und zu leben zu den schwierigsten Dingen gehört, weil wir es nie gelernt haben, kollektiv zu leben. Wir sind so individualistisch, neidvoll, konkurrenz- und machtbesessen erzogen,



daß jeder nur schwer mit sich klarkommt und mit der Gruppe natürlich noch schwerer. Hier Verbesserung zu erzielen, sehe ich als größte Herausforderung an. Es ist so: je dichter Leute zusammen arbeiten und leben, desto schwieriger sind solche Prozesse. Die, die eine größere Distanz in ihrer (politischen) Arbeit haben, dürfen sich aber nicht einbilden, daß bei ihnen solche Mechanismen nicht ablaufen.

Auch bei der Ablehnung der Staatsknete haben wir den Pfad der „reinen Lehre" verlassen und versuchen, jenen berühmt-berüchtigten Mittelweg zu gehen. Es fing mit Denkmalschutzgeldern an, ging mit ABM weiter und jetzt bekommen wir teilweise Seminarzuschüsse. Entscheidend ist für uns, daß wir nicht überwiegend von staatlichen Geldern abhängig sind und wenn wir staatliche Gelder bekommen, daß sie nicht von einer staatlichen Institution alleine kommen, von der wir dann vielleicht politisch erpreßbar wären oder uns selbst den vermeidlichen oder wirklichen Anforderungen anpassen. Die Gefahr scheint mir bei uns noch nicht übermäßig groß, aber es bleibt immer noch richtig, daß sie bei der ersten „staatlichen Mark" anfängt. Das Problem ist allerdings, daß auch das Geld, was man sich von der Bank oder Privatleuten borgt, über den Mechanismus der Zinsen und Tilgung Zwänge ausübt, die stärker als bei der Staatsknete sein können.

Conny

Berlin: Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft gegründet

Neue Märkte für Biogemüse

Red. Berlin **Landwirte, die sich der ökologischen Landwirtschaft zuwenden, haben einige zusätzliche Probleme: sie müssen sich um neue Absatzmöglichkeiten kümmern. Denn unter dem Preisdiktat von Großhandel, der Lebensmittelindustrie und der EG-Agrar-Politik kann nur noch der Großagrarier und der Massentierhalter Gewinne erzielen. Für kleine und mittlere Betriebe ist der Knock-Out vorgesehen. „Wachse oder weiche"!**

Für viele der Betroffenen ist die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft ein lezter Versuch. Die Lösung heißt Direktvermarktung. Die Nachfrage nach biologisch angebauten Lebensmitteln wächst stetig, aber zu langsam, um eine volle Ernte vermarkten zu können. So ist es nicht selten, daß wertvolle Ernte verdirbt. So schilderten niedersächsische Bio-Bauern ihre Situation als sie auf der „Giftgrünen Woche" 1983 im „Ökodorf" teilnahmen. Der Bericht löste spontane Solidarität aus. Rund 15 Berliner fanden sich zusammen um gemeinsam mit den Bauern über die Absatzmöglichkeiten in Berlin zu reden. Es folgten die ersten Aktivitäten. Angefangen von einer großangelegten Kartoffel-Verschenk-Aktion, Verkauf an Einkaufsgemeinschaften bis hin zu den ersten Testverkäufen auf dem Winterfeldtmarkt im August 1983, wurde mit viel Eifer und Einsatz alles mögliche versucht, die Gemüsetransporte nach Berlin ins Rollen zu bringen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die Erfolge dieser Arbeit ermutigten zu weiteren Aktivitäten: Die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft e.V. wurde gegründet und im Mai 1984 eine Ab-Hof-Verkaufsstelle in der Schöneberger Barbarossastraße 61 eingerichtet. Im Verlauf des Jahres '84 ist es gelungen, 9 Berliner Wochenmärkte mit Bio-Gemüse zu beschicken und die Zahl der Mitglieder auf rund 300 zu erhöhen. Im Laufe des Jahres 1985 wurde für die EVG ein Problem immer dringender und schließlich beherrschendes Thema auf jeder Versammlung: der Hof Heinrich Wegmeyers war hoch verschuldet, worauf die Bank die Kredite kündigte und der Konkurs angemeldet werden sollte. Das hätte den Verlust eines der wichtigsten Lieferanten für die EVG bedeutet und den Rückfall der mühsam aufbereiteten Böden in die konventionelle Landwirtschaft. So wurde ein erstes Modell für die Erhaltung des Hofes erarbeitet, das über private Darlehen finanziert werden sollte und die EVG als Träger des 500.000 DM-Projektes vorsah. Die ersten Darlehenszusagen gingen ein (insgesamt 100.000 DM), jedoch konnte aufgrund ungeklärter Fragen und Termindruck dieses Vorhaben als Vereinsbeschluß nicht durchgeführt werden. Am 9.12.85 erfolgte die Zwangsversteigerung des Hofes. Einige Mitglieder der EVG haben sich zu einer GbR zusammengeschlossen und den Hof für 475.000 DM erworben. Inzwischen hat das Modellvorhaben das Interesse von Fachleuten angezogen. Zu den Befürwortern gehören Conrad Thimm (Berater für ökologische Landwirtschaft in Niedersachsen), der Bund Niedersachsen-Kreisgruppe Gifhorn, die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften in Meine und Meinersen, sowie Rainer Langner (Jurist).

Gemeinsam mit ihnen wird zur Zeit an einem neuen Konzept gearbeitet, das die Fortführung des Hofes als **Genossenschaft** vorsieht. Hierbei läuft die Finanzierung nicht über Privatdarlehen, sondern über Genossenschaftsanteile, die durch Zahlung einer einmaligen Einlage erworben werden. Wir können sehr viele Genossenschaftler aufnehmen und rechnen mit großem Zulauf. Deshalb können sich Interessierte an folgende Adresse wenden:
Erzeuger - Verbraucher - Gemeinschaft e.V.
Barbarossastr. 61
1000 Berlin 30
Tel.: 030/215 31 07

Helmut Fischer (EVG)

4. Folge

Kollektiv & Recht

Geringfügige und kurzfristige Beschäftigung

Wer annimmt, daß die geringfügige Beschäftigung und somit die Freiheit von der Sozialversicherungspflicht vorliegt, wenn das Einkommen monatlich 410 DM nicht übersteigt, liegt falsch.

Das Kriterium der geringfügigen Beschäftigung ist nicht nur abhängig von der Einkommenshöhe, sondern auch von der wöchentlichen Arbeitszeit. Diese **muß** nämlich **unter** 15 Stunden in der Woche liegen. Liegt sie über 14 Stunden, dann ist, **unabhängig von der Einkommenshöhe**, diese Tätigkeit sozialversicherungspflichtig. Beispiel: Monatseinkommen 300 DM, wöchentliche Arbeitszeit 15 Stunden. In diesem Fall liegt eine Versicherungspflicht für die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung vor. Die Beitragspflicht zur gesetzlichen Arbeitslosenversicherung setzt dann ein, wenn die wöchentliche Arbeitszeit mehr als 18 Stunden wöchentlich beträgt.

Bei der Berechnung der Arbeitszeit geht der Gesetzgeber von der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit aus. D.h., liegt die Arbeitszeit in der einen Woche unter 15 Stunden, in der folgenden Woche aber über 15 Stunden usw., dann ist der Mittelwert festzustellen.

Unerheblich ist auch, ob es sich um ein Aushilfsarbeitsverhältnis oder um ein Dauerarbeitsverhältnis handelt, wenn das Einkommen von monatlich 410 DM nicht überschritten wird.

Ein Monatseinkommen von über 410 DM kann aber auch frei von der Sozialversicherungspflicht sein, wenn das Einkommen aus dieser Beschäftigung nicht 1/6 des Gesamteinkommens überschreitet. Beispiel: 2.500 DM Einkommen zuzüglich 500 DM Einkünfte aus Nebentätigkeit. Die Einkünfte aus der Nebentätigkeit sind sozialversicherungsfrei, da sie 1/6 des Gesamteinkommens nicht überschreiten.

Werden mehrere Nebenbeschäftigungen ausgeübt, werden diese zusammengefaßt beurteilt.

Ein weiterer Tatbestand der geringfügigen Beschäftigung liegt dann vor, wenn es sich um ein sogenanntes Aushilfsarbeitsverhältnis handelt. Dieses liegt vor, wenn die Beschäftigung nur für eine bestimmte Zeitdauer ausgeübt wird und seit ihrem Beginn auf nicht mehr als 2 Monate oder insgesamt 50 Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im voraus vertraglich begrenzt ist. In diesem Fall kann das Einkommen (lt. BfA) unbeschränkt hoch sein und ist sozialversicherungsfrei. Auch hier gilt aber der Grundsatz, daß verschiedene Aushilfsarbeitsverhältnisse zusammengefaßt betrachtet werden müssen.

Besteht Unklarheit über eine Versicherungspflicht, so muß man sich an die Krankenkasse als Einzugsstelle für die Sozialversicherungsbeiträge wenden. Nicht unerwähnt sollte man lassen, daß häufig solche Arbeitsverhältnisse auch auf Grundlage von Honorarverträgen abgeschlossen werden. Hintergedanke ist, (selbst bei staatlichen Einrichtungen) daß auf diese Art und Weise keine Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden müssen. Dieses kann sich als Bumerang erweisen. Können die Sozialversicherungsträger nachweisen, daß es sich nicht um eine selbständige, auf Werkvertragsebene abgeschlossene Tätigkeit handelt, sondern um eine weisungsgebundene Tätigkeit und somit um ein Arbeitsverhältnis, dann sind die Sozialversicherungsbeiträge nachträglich fällig. Das kann teuer werden! Daß dieses nicht unwahrscheinlich ist, haben erste Fälle bereits gezeigt.

Harald Deerberg
Redaktion Bremen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Meldungen

Liebe Freunde und Förderer der Ökobank WIR erstellen derzeit einen Veranstaltungskalender und sammeln alle Termine von Veranstaltungen, auf denen die Ökobank-Inis aktiv werden, bzw. über das Ökobank-Projekt informieren können.

Dafür brauchen wir die Termine aller in Frage kommenden Gruppen in ganz Deutschland (Ini-Treffs, Parteitreffen, kirchliche Gruppen, Umweltinis, politische Gruppen etc.) von heute bis zum 17. März 1987.

Bitte sammelt diese Termine alle in Eurer Umgebung und leitet sie schnellstmöglich weiter an WIR e.V., Recksteinstr. 14, 7543 Burladingen-Gaselfingen, Tel. 07475/70 31 Bettina

Zur Mitgliederversammlung der Freunde und Förderer der Ökobank

Am 1. und 2. März fand die 3. Mitgliederversammlung der Freunde und Förderer der Ökobank in Köln statt.
Hier in Kurzform die wesentlichen Beschlüsse, die gefaßt wurden:

- Bestätigt wurde das auf der letzten MV versuchsweise gestartete Regionalisierungsmodell mit Delegiertenrat und achtköpfigen Vorstand.
- Der Arbeit jedes einzelnen Vorstandsmitgliedes wurde mehrheitlich das Vertrauen ausgesprochen.
- Der Vorstand bleibt im Amt.
- Mit großer Mehrheit sprach sich die MV auch dafür aus, die programmatische Zielsetzung der Vereinsarbeit nach Bankgründung, nach außen deutlich zu machen. Der Delegiertenrat wurde beauftragt, dies innerhalb der nächsten 12 Monate vorzunehmen.

Zur Frage der Doppelmitgliedschaft (Mitgliedschaft in einem der Landesverbände und im Bundesverein) werden Vorschläge gesammelt. Eine Entscheidung darüber soll auf der nächsten Delegiertenratssitzung erarbeitet werden.

Termine

Ökobankinitiative Lübeck

Am 28. April findet in der „Diele des Zentrums", Mengstr. 41, 2400 Lübeck, um 20.00 Uhr, eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Ökobank" statt.
Kontakt: Volker Spiel, bei St. Johannis 26, 2400 Lübeck, Tel. 0451/70 43 34

Regionaltreffen Südhessen

19. April, 16.00 Uhr, Bessunger Forst, Aschaffenburger Str. 185, 6101 Roßdorf
Kontakt: Klaus Arons, Walter-Rietig-Str. 20, 6070 Langen

Das Ökobank-Handbuch für Aktive ist da!

Eine Loseblattsammlung zu allen Fragen Ökobank und Verein, die bei Bedarf und neuen Kenntnissen fortlaufend erweitert werden kann. Dies alles gut leserlich und handlich in einem Schnellhefter. Bestellen kann der oder die Aktive mit einem Scheck von 15,– DM bei Tomas Maus, Wittelsbacher Allee 25, 6000 Frankfurt/Main-1

Entwicklung für wen und wohin?

Ende April wird Prof. Harry Schmidt von der Uni Trier im Rahmen des Gesprächskreises der Frankfurter Bankfachgruppe einen Vortrag mit anschließender Diskussion zum Thema „Entwicklungsbanken" halten.
Alle Interessierten sind hierzu herzlich eingeladen, genauen Termin bitte im Büro erfragen. Tel. 06171/7 50 30
Ort: Kaminzimmer in der Krebsmühle, 6370 Oberursel 5

BANKGRÜNDUNG

...und wie weiter?

Der Verein hat über ein Jahr lang Nabelschau betrieben und ein wohlklingendes Konzept für die Form, in der die politische Arbeit mit der Bank möglich sein soll, entwickelt. Das ist prima, das hat auch die Öffentlichkeit gemerkt und mit drei... Millionen Treugeldeinzahlungen honoriert.
Deutlich wird, daß wir nicht nur Geld benötigen, sondern auch Erfahrungen sammeln müssen, um festzustellen, daß die Idee der regionalen Beiräte nicht nur schön gedacht, sondern auch machbar ist und Nährboden findet.

„Und wie weiter?" ist deswegen nicht eine Frage von Bedeutung für die Zeit nach der Bankgründung, sondern schon jetzt von besonderer Relevanz. Unsere formalen Entwürfe sind gut, wenn sie auch unterschiedlich interpretiert werden. Jetzt müssen sie an der Realität gemessen werden. Praxis ist angesagt! Wenn wir allen einreden wollen, daß ein Handlungsbedarf im Sinne des Ökobankprojektes besteht, müssen wir endlich sagen können, wo, welcher und wie groß er ist, müssen uns in die Szene einklinken und die Lage peilen. Das hätte zwei Effekte:

1. Der vereinsinterne Diskussionsprozeß bekäme endlich Boden unter die Füße und der Zwang, präzise Arbeitsgebiete zu definieren kann den inneren Weiteraufbau des Vereins fördern.
2. Desweiteren können unsere Arbeitsergebnisse in die Öffentlichkeit getragen werden, sie dienen der handfesten Untermauerung unseres Vorhabens und fördern quasi von selbst die öffentliche Aufmerksamkeit und damit auch die Werbung für Mitglieder und Treugelder. Kommerzielle Werbung wäre dann eine flankierende Maßnahme.

So stellen wir uns die „Offensive" vor, die der Verein nötig hat. Wir haben diese Offensive in Hamburg gestartet und folgendes läßt sich jetzt schon feststellen:

Die „Gesetzmäßigkeit", der zufolge sich die Ökologie aus der besonderen Beachtung des Gedankens der Selbstverwaltung entwickeln muß, sehen wir nicht! Es ist durchaus denkbar, daß die Praxis des ökologischen Wirtschaftens das Feld für die Selbstverwaltung vorbereiten kann.

Ein Beispiel:
Es ist uns aufgefallen, daß es in Hamburg und seinem Umland einen Gründungsboom von Verbraucher/Erzeuger-Gemeinschaften gibt. Die hohen Preise und das dürftige Frischwarenangebot in den Bioläden haben diese Entwicklung begünstigt. Desweiteren ist zu beobachten, daß die Bereitschaft in der Bevölkerung wächst, ökologisch produzierte Lebensmittel zu kaufen, selbst dann, wenn sie etwas teurer sein sollten. Unter anderem scheinen hierfür diverse Lebensmittelskandale eine Rolle zu spielen. Das Bewußtsein wächst, daß die konventionelle Landwirtschaft durch ihre Produktionsmethoden das Grundwasser verseucht, die Bodenerosion beschleunigt und diese Defizite durch den immer stärkeren Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger zu kompensieren versucht. Diesen kapitalintensiven Raubbau mögen aus unterschiedlichen Gründen immer mehr Bauern nicht mehr betreiben. Viele würden lieber heute als morgen umstellen, finden aber den Absprung nicht und sehen auch nicht die Möglichkeit, vorläufig teuere, biologische Lebensmittel an den Verbraucher zu bringen.

Es haben sich im weiterem Hamburger Umland biologisch produzierende Bauern zu Erzeugergemeinschaften zusammengeschlossen oder sind dabei es zu tun. Ihr Ziel ist es, den Regeln des biologischen Landbaus entsprechend Lebensmittel zu erzeugen und auch davon leben zu können. In der Regel sind die einzelnen Betriebe eigentumsrechtlich genauso organisiert, wie andere Betriebe auch. Der Gedanke an Selbstverwaltung und Kapitalneutralisierung ist diesen Menschen fremd und steht derzeit bei diesen tradierten Betriebsformen – und Größen sowieso nicht zur Debatte. Als Problem hat sich aber die langfristige Finanzierung der Umstellungsbetriebe herausgestellt. Bei einer Umstellung auftretende vorübergehende Ertragsausfälle müssen aufgegangen werden. Übliche Bankfinanzierungen kommen wegen zu hoher Belastungen nicht immer in Frage. Alternative Finanzierungsinstrumente wie z.B. Netzwerke und GLS Bank können den Bedarf nicht decken. Netzwerkkredite besitzen in der Regel nicht das notwendige Volumen und stehen nur zu kurz- und mittelfristigen Laufzeiten zur Verfügung. GLS-Kredite sind in der Regel nur Betrieben mit einer besonderen Eigentumsform zugänglich. Unserer Überzeugung nach erschließt sich hier ein für die Ökobank typisches Aufgabengebiet. Die Notwendigkeit der Unterstützung solcher Bemühungen steht für uns fest!

Auf Seiten der Konsumenten haben sich besonders in Ballungsräumen wie Hamburg Verbrauchergemeinschaften gebildet. Ihr Ziel ist es, die eigene Versorgung mit gesunden, im Preis erschwinglichen Lebensmittel zu verbessern. Darüber hinaus ist in diesen Kreisen das Verständnis und das Bewußtsein für die Probleme ihrer Lebensmittellieferanten besonders entwickelt.

Diese Coop's sind selbstverwaltet organisiert, ihre Arbeit wird ehrenamtlich geleistet. Soweit möglich, werden die Lebensmittel direkt von den Bauern bezogen statt über den Großhandel. Die Vermittlung von Angebot und Nachfrage stellt sich dennoch als Problem dar. Zwar scheint beides potentiell vorhanden aber wie bringt man sie zusammen?

Unsere Arbeit wird jetzt darin bestehen, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen. Wo, wie, und wieviel Angebot und Nachfrage bestehen und wie können organisatorische Probleme, wie z.B. der Vertrieb, gelöst werden? Wir wissen inzwischen, daß es nicht darauf ankommt, von oben herab die Vermarktung zu organisieren. Die Regelung zwischen Angebot und Nachfrage soll auch künftig in direktem Kontakt der Konsumenten und Erzeuger geregelt werden. Auch unsere Modelle können nur in enger Zusammenarbeit mit den Coop's und Erzeugern entwickelt werden.

Wir denken, auf diese Weise beispielhaft die regionale Beiratsarbeit im Sinne des entworfenen Modells vorbereiten und entwickeln zu können.

Vielversprechend scheint dieser Ansatz außerdem zu sein, weil auch der die landwirtschaftlichen Produkte weiterverarbeitende Sektor künftig in die Vernetzung miteinbezogen werden kann. Seien es nun Meiereien oder textilverarbeitende Gewerbe.

Hier ist sie, die Offensive, die unsere Sache so nötig hat. Hier sind praktische Handlungsansätze aufgezeigt worden und es liegt an uns, das Beste daraus zu machen. Wir sind überzeugt davon, daß eine vernünftige Arbeit in dieser Weise wesentlich dazu beiträgt, die restlichen „Brüder und Schwestern" für eine erfolgreiche Bankgründung zusammen zu bekommen.

Jens Reuter, Marcel Stötzler

Treugeldstand per 18.03.1986	**3.653.851.59 DM**
Treugeldgeber	**8.479**
Vereinsmitglieder	**2.164**
Treugeldstand nach Regionen	
Berlin	214.740.00 DM
Hamburg	142.436.50 DM
Schleswig-Holstein	116.520.00 DM
Bremen/Niedersachsen	345.977.00 DM
Nordrhein-Westfalen	714.692.66 DM
Rheinland-Pfalz	132.700.00 DM
Hessen	659.425.10 DM
Saarland	26.300.00 DM
Baden-Württemberg	822.103.33 DM
Bayern	466.660.00 DM
Ausland	12.297.00 DM

Leserbrief

Oh Karl,

keine Angst, ich werde Deine Erwiderung nicht nochmal erwidern. Es gibt andere Möglichkeiten, CONTRASTE-Leser zu langweilen. Nur eines wollte ich nochmal öffentlich richtig stellen. Ich habe weder eine Wirtschaftstrategie von unten noch die Ökobank kritisiert (lediglich die Spekulationen über die Eigenkapitalentwicklung), sondern ausschließlich Deine Art, Politik zu machen, und darauf bezog sich auch der Verschleierungsvorwurf. Deine Erwiderung hat sich in keiner Weise auf meine Aussage bezogen. Du hast einen Popanz aufgebaut und ihn dann zerpflückt. Rhetorisch gut, aber ein schlechter Stil der Auseinandersetzung. In der Hoffnung, daß wir diese kleine Rangelei nun privat weiterführen können

Michael

Markt oder Plan?

Konkurrenzbewältigung zwischen selbstverwalteten Betrieben

Diskussionsveranstaltung
am 11. April 1986 um 20.00 Uhr, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wir wollen versuchen unsere eigene Wirtschaftspolitik zu entwickeln. Das wird nur stückweise gehen. Entscheidungen, welche Betriebe Staatsknete aus Hessen bekommen sollen, werden von einer Kommission getroffen, in der Vertreter aus den drei hessischen Regionen sitzen. Über die Kreditvergabe der künftigen Ökobank sollen Regionalbeiräte Vorentscheidungen treffen. In Hessen hat es die ersten Konflikte schon gegeben.

Auch die Beiräte der künftigen Ökobank werden sich dem Konkurrenzproblem nicht entziehen können. Sollen sie jede Neugründung, die die inhaltlichen Kriterien nicht erfüllt, befürworten und es damit dem Markt überlassen, ob mit dem neuen Betrieb einige alte verschwinden? Sollen sie bei Marktenge die Neugründung behindern? Sollen sie den Leuten, die z.B. die 10. Druckerei in Frankfurt aufmachen wollen, sagen, sie sollten lieber eine Buchbinderei gründen? Wie vermeiden wir in den beiden letzteren Fällen die negativen Seiten der Planwirtschaft?

Während der gemeinsamen Veranstaltung wollen die Freunde und Förderer der Ökobank e.V. und der Verband der selbstverwalteten Betriebe Hessen e.V. erste Schritte zur Entwicklung von Kriterien unternehmen.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Ökobank gründen!

Die Ökobank vor neuen Ufern?

MEIN GOTT, CHARLY!

Das hätte uns gerade noch gefehlt! Eine kleine Namensänderung und aus dem siechen Ökobank-Verein wird eine propere „Gesellschaft für Ökologie und Selbstverwaltung" und schon haben wir (O-Ton Karl Bergmann in CONTRASTE, Febr. 86, S. 9 ff.) eine „nationale Organisation", die „in der Lage ist, die Belange der Ökologie und der Selbstverwaltungswirtschaft bundesweit zu vertreten".

Ist das nun ein Karnevalsscherz oder ist es keiner? Ausgerechnet den bankrotten und ohne Perspektive vor sich hindümpelnden Ökobankverein zum nationalen Sprachrohr der „Bewegung" aufblasen zu wollen!!

Karl Bergmann ist doch ein ernstzunehmender Mensch! Am Anfang seines Artikels rückt er ja auch (endlich mal wieder) die politische Dimension der Selbstverwaltungswirtschaft in den Vordergrund, betont die Notwendigkeit, eine gemeinsame politische Basis zu finden und eigene Strukturen zu entwickeln, um uns auch nach außen wirksam artikulieren zu können. Aber dann: Diskussionsplattform, politische Strukturen, Sprachrohr – das soll nun mithilfe des Ökobankvereins geschaffen werden, oder besser noch: das soll der Ökobankverein schon darstellen!? Ein ernstgemeinter Vorschlag??!

Denn auch nach zwei Jahren Werbefeldzug und fieberhafter Konzeptarbeit ist die Ökobank immer noch das umstrittenste und unausgegorenste Projekt in der alternativen Szene: Die Mitglieder des Ökobank-Vereins sind weder jetzt noch demnächst in der Lage, irgendwie repräsentativ „für die Selbstverwaltungswirtschaft sprechen" zu können. Meiner bescheidenen Beobachtung zufolge sind hier doch eher die Geldanleger der Ökobank organisiert (wenn auch der politisch aktivere Teil davon). Da hab ich ja nix gegen, aber die können doch kaum „für die Selbstverwaltungswirtschaft" sprechen. Daran dürfte sich auch durch eine Namensänderung des Vereins nichts ändern. Der einzige Unterschied dürfte sein, daß dann künftig im Verein vielleicht 3.800 statt 1.900 Einzelpersonen versammelt sein werden.

Aber es hapert ja nicht nur an der Zusammensetzung der Mitgliedschaft. Die **Gesamtkonstruktion** des Projektes Ökobank widerspricht in so vielen Punkten linken (und auch genossenschaftlichen) Zielvorstellungen und Erfahrungen, daß ich die Ökobanker wahrscheinlich nicht als Vorkämpfer der Selbstverwaltungswirtschaft ansehen kann:

* eine **Großgenossenschaft** mit 20.000 bis 30.000 Mitgliedern läßt sich vielleicht noch gründen, aber sicherlich – ohne jede genossenschaftliche Erfahrung der Basis und „Führung" – dezentral und demokratisch betreiben;
* die Ökobank ist ein rein theoretisches Konstrukt, eine Kopfgeburt ohne jede **politische Verankerung** in den Regionen, weder bei Betrieben noch bei örtlichen Finanzierungsinitiativen (wie z.B. Netzwerken), noch bei den Grünen (die SPD allerdings scheint sich jetzt dranzuhängen); sie stützt sich ausschließlich auf Einzelpersonen, die meisten davon ohne organisatorischen Hintergrund;
* es gibt bislang keinerlei banktechnisches, betriebswirtschaftliches oder juristisches **know-how** an der „Basis" der Ökobank, auf das sie sich bei der ursprünglich geplanten regionalen Kreditvergabe stützen könnte;
* Möglicherweise aus diesen Gründen (neben rechtlichen Gründen) ist die beabsichtigte **Regionalarbeit** der Ökobank mittlerweile verkümmert zu „Regionalbeiräten", die „als regionale Kontaktstellen der Bank fungieren" und **„Geschäftsanbahnungsfunktion ohne finanzielle Entscheidungsrechte" (!) haben sollen.**
* es wird nie die versprochenen **„eigenen Geldkreisläufe"** geben können: als Bank in dieser Größenordnung muß sie schon vom Gesetz her einen ganz erheblichen Teil ihrer Gelder in traditionellen Geldkreisläufen stecken haben (Bundesbank, Geschäftsbanken); wieweit sie dies auch aus bankwirtschaftlichen Gründen tun muß bzw. tun wird, darüber werden konkrete Aussagen vermieden.
* die Ökobank wird auch nie – wie ursprünglich versprochen – ein **selbstverwalteter Betrieb** sein können; anderer Leute Geld in Höhe von 6 oder 10 Mio. DM läßt sich schlechterdings nicht in Selbstverwaltung der Bankangestellten verwalten. Da wird die Generalversammlung der Genossen/innen schon vor sein.
* Über Kompetenzen und Arbeitsweise auf den verschiedenen Funktions- und Organisationsebenen (Leitung, Aufsicht, Mitarbeiter, Genossenschaftsmitglieder, Regionalbüros usw.) gibt es mehr diffuse Absichtserklärungen als realistische Arbeitskonzepte.

Es ist doch leider so, daß sich hier eine Handvoll „Macher" unter – ich möchte sagen: schamloser – Ausnutzung der politischen Konjunktur im Raketenherbst 1983 und des massenhaften Bedürfnisses in der Szene, das eigene Geld den Banken weg zu nehmen und „sinnvoll" anzulegen, ein Lieblingsspielzeug geschaffen hat, was sich im Nachhinein als ein paar Nummer zu groß herausgestellt hat. Mangels inhaltlichem Konzept mußte das ganze erst mal mit sämtlichen alternativen Ansprüchen aufgeblasen werden, und mangels politischer Basis und Resonanz mußte es anschließend mit enormen Finanzaufwand und allen Raffinessen der professionellen Werbung an die Leute gebracht werden. (Ausgaben März 1984 bis Juni 1985: 312.000,– DM!!!)

Nachdem dann ziemlich schnell die erste Million zusammen war – denn hier war man in eine wirkliche (alternative) Marktlücke gestoßen – haben dann offensichtlich einige Ökobanker ins Kreditwesengesetz und ins Genossenschaftsgesetz geschaut und sich mit den politischen Realitäten und der Bankenlandschaft in d.u.L. vertraut gemacht – und siehe da: die Ökobank mutiert zur weichen Geschäftsbank. In ihrer neuen Broschüre hat sie schon ordentlich abgespeckt, alternativer Ballast (bzw. Luftschlösser und Sprechblasen) wurden abgeworfen. Dementsprechend präsentiert sie sich jetzt auch etwas bescheidener, nicht mehr als: „die bank der bewegung"!

So ist sie mir sogar sympatischer als vorher, weil. ehrlicher! Dennoch nenne ich das ganze Verfahren – von der Gründung bis heute: von vorne bis hinten unseriös!! Hier wird Schindluder mit der Bereitschaft der „linken Sparer/innen" getrieben, mit ihrem Geld etwas politisch Richtungsweisendes zu unterstützen, und es wird fahrlässig mit ihrem Geld umgegangen.

Natürlich brauchen wir langfristig eine ‚eigene" Bank. Für Betriebe und Projekte mit großem Finanzbedarf. Vor allem für die „Spargelder aus der Bewegung", die nicht mehr (nur) zu den traditionellen Banken fließen sollen. Und wir brauchen politische Strukturen, eine Diskussionsplattform, meinetwegen auch ein Sprachrohr. Aber: das alles muß doch wachsen. Und zwar von unten nach oben. Sicher auch durch die Initiative Einzelner, mit Unterstützung Prominenter. Aber doch nicht von oben nach unten. Und nicht als Durchmarsch einiger Möchtegern-Großbanker!

Das Dilemma ist jetzt: so verfehlt, so verfrüht, so überdimensioniert das ganze Projekt Ökobank ist, daß es um ein Ableben nicht schade wäre, es würde doch bei einem Scheitern immenser Schaden angerichtet: wäre doch voraussichtlich für die nächsten Jahre jeder Versuch unmöglich gemacht, auf einer breiteren politischen und personellen, konzeptionell ausgewiesenen Weise von unten ein eigenes Finanzierungsinstrument aufzubauen.

oder: ZUM TEUFEL MIT DER ÖKOBANK!

Karl Bergmanns Vorschlag jetzt (wo der Ökobankverein pleite ist) erinnert mich auf fatale Weise an die Bauernfängerei aus der Anfangszeit der Ökobank, wo alle irgendwie alternativen Ansprüche in einen Topf geworfen wurden: einmal kräftig rumgerührt und das ganze verkauft sich als die neue Qualität der Politik und dann vorwärts mit „Hurrah".

Was stattdessen heute anstände:

* die verstärkte Kooperation der bereits mit „alternativem Geld" arbeitenden Initiativen (Netzwerke, Direktkreditvermittlungen, Bankinitiativen),
* dazu die parallele Entwicklung von übergeordneten Sicherungseinrichtungen (Kreditvergabegemeinschaften, Bürgschaftsbank u.ä.),
* und als letzten Schritt dann ein organisatorisches Zusammengehen der so entstandenen Finanzkooperativen zu einer wirtschaftlichen Einheit, z.B. einer Bank.

(So – und nicht anders – haben sich auch [welch Zufall!] die deutschen Kreditgenossenschaften im letzten Jahrhundert entwickelt!! Oder wurde da etwa zuerst die Zentralkasse und anschließend die örtliche Raiffeisengenossenschaft gegründet??) In und parallel zu diesem Prozeß wird sich die politische Artikulationsfähigkeit der Selbstverwaltungswirtschaft entwickeln (müssen), etwa als Netzwerk-Landeszusammenschlüsse, als Betriebszusammenschlüsse wie in Bremen oder Hessen, o.ä. Ein solcher Prozeß kann weder durch spektakuläre Vereinsumbenennungen noch durch verwegene Vorgenossenschaftsgründungen ersetzt werden.

Karl Bergmanns Vorschlag – den Ökobankverein zum nationalen Organ aufzublasen – würde bestenfalls ein weiteres Windei der alternativen Szene entstehen lassen. Solche Gebilde haben gewiß ihre Funktion. Man kann z.B. der SPD bei Koalitionsverhandlungen damit imponieren und kann auf diese Weise Geld für alternative Betriebe locker machen. Das gehört zum politischen Geschäft und ist zweifellos wichtig. Aber: politisch bringt es – allein – die Selbstverwaltung nicht weiter. Wir wollen doch mehr als „Knete für selbstverwaltete Betriebe", mehr als staatliche Beschäftigungsprogramme. Und wir wollen mehr als den „Genossenschaftsgedanken fördern"! Wir wollen die Selbstverwaltung als politische Idee, als libertäres Gesellschaftsmodell, als Entwicklungsprozeß zu einer anderen politisch-sozialen Kultur.

Ich glaube nicht, daß auf dem Weg dahin die Umbenennung des Ökobankvereins ein richtiger Schritt ist.

Michael Raetsch
(Netzwerk Bonn,
Mitarbeiter Grüne Bundestagsfraktion)

Frauen und Ökonomie

Im Ökobank-Verein hat sich seit über einem halben Jahr ein Frauenarbeitskreis installiert. Außer mit den vereinsinternen Strukturen beschäftigen sich die Frauen mit den Kriterien und Notwendigkeiten der Förderung von Frauenprojekten durch die spätere Ökobank. Auf einem Seminar zu diesem Thema, zu dem zwei Referentinnen aus Projekten der autonomen Frauenbewegung eingeladen waren, wurde bestätigt, daß die Möglichkeiten der Ökobank ziemlich beschränkt sind. Da zum einen die Bank zwar Kredite (auch zinsgünstige) vergeben kann, aber keine Subventionen. Und zum anderen gibt es kaum Frauenwirtschaftsbetriebe. Keine neue Erkenntnis, aber es wird u.E. immer wichtiger, über diese Entwicklung zu diskutieren. In Bezug auf die Ökobank entsteht die Frage, ob Frauenbewegung und Ökobank überhaupt ähnliche Zielsetzungen haben und ob daraus gemeinsam Kriterien für Förderkredite entwickelt werden können.
Wichtiger erscheint uns aber die Diskussion um Frauen und Ökonomie im Zusammenhang mit der Frauenbewegung. Können Frauenprojekte, und damit ein wesentlicher Teil der autonomen Frauenbewegung, auch in einer möglicherweise schwarzen Zukunft als „Hoffnungsträgerin" überleben, wenn sie/wir die ökonomischen Fragen rechts und links liegen lassen?
Der folgende Artikel von Agnes Lewe ist ein Versuch, eine Diskussion zu initieren. Der entsprechender Resonanz würden wir auch gerne einen Schwerpunkt in CONTRASTE dazu machen.

Red. Frankfurt

In den vergangenen zehn Jahren sind in der Frauenbewegung eine große Zahl von Frauenprojekten entstanden und es hat auch eine Vielzahl von Auseinandersetzungen mit alternativen Projekten und Betrieben gegeben. Das reicht vom Lieferboykott gegen Frauenbuchläden (1976) über den täglichen Konkurrenzkampf bis zum Austritt der Frauen aus dem Vergabeausschuß selbstverwalteter Betriebe des Hessenprogrammes (1985). Alle diese Auseinandersetzungen sind Ausdruck des Geschlechterkampfes, der offensichtlich auch im alternativen Sektor ausgetragen werden muß. Mir scheint dabei die autonome Organisation von Frauen immer noch ein adäquates Mittel zu sein. Selbstkritisch muß frau aber feststellen, daß in diesen ganzen 10 Jahren keine eigenständigen feministischen Ideen zu einer alternativen Wirtschaft entwickelt worden sind. Die Frauenprojekte, die noch existieren, haben eine soziale- und gesellschaftspolitische Perspektive, vernachlässigen aber über die Auseinandersetzungen mit dem Patriarchat den Kapitalismus. Es ist schon so, daß wir auch alle Hände voll zu tun haben, mit dem Patriarchat. Wer, wenn nicht wir, beschäftigt sich denn schon damit? Allenfalls die Frauen aus den alternativen Projekten haben es in ihre Diskussion eingebracht. Aber es wird langsam Zeit, daß wir uns mit Ökonomie beschäftigen, daß wir uns einklinken in die Debatte um Selbstverwaltung, Wirtschaft von unten und eine andere Wirtschaftspolitik.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Frauenprojekte sind bisher entweder aus politischer Notwendigkeit (Buchläden, Verlage), sozialem Mangel (Frauenhäuser), emanzipatorischen Gründen (Handwerkskollektive in „Männerberufen") oder einer Kombination aus diesen Gründen entstanden. Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen, war ebenfalls ein Argument, der Begründungszusammenhang hat sich jedoch über die Jahre verändert. War in den 70er Jahren eher die Motivation, zu zeigen, daß Frauen alles selber können, sich Bereiche, eben eigene Betriebe etc., zu erobern, die Frauen traditionell verschlossen waren, ist es in den 80er Jahren eher so, daß Frauenprojekte als „zweiter Arbeitsmarkt" für arbeitslose Akademikerinnen (nicht nur aber doch mehrheitlich) genutzt werden. Daß dieser Arbeitsmarkt für Frauen hauptsächlich im sozialen Bereich liegt und überwiegend aus Staatsgeldern alimentiert wird, ist ein besonderes Problem. Zum einen liegen die Mängel tatsächlich im sozial/kulturellen Bereich (das fehlende Angebot an Beratung, Schutz und Bildung für Frauen kann nur von Frauenprojekten adäquat ergänzt werden), zum anderen sind hier die traditionellen akademischen und ‚mittleren' Frauenberufe angesiedelt. Dann ist es natürlich völlig korrekt, für die soziale Arbeit, die von Frauen geleistet wird, Geld vom Staat zu verlangen, weil es sich um gesellschaftlich notwendige Arbeit handelt. Nur gerät frau damit in eine wirtschaftliche Abhängigkeit, die fatal ist und von der jede Frauenhausfrau nicht nur ein Lied sondern ganze Gesangbücher singen kann. Dennoch, es sind diese Frauenprojekte, die überleben, die sich ausweiten und vermehren. Eingehen die Verlage, Vertriebe, Buchläden etc., also diejenigen, die sich außerhalb der traditionellen Frauenberufe in enger Nachbarschaft zu selbstverwalteten Projekten zu etablieren versuchen. Als jetzt die Frauen des Hamburger Frauenbuchladens beschlossen, aufzuhören, weil sie ihren politischen Anspruch nicht mehr verwirklichen können, mehr zu sein als nur Frauenarbeitsplatz, könnte das ein Ansatz für eine neue Diskussion sein. Dies sind einige Fragen, die wir dabei stellen sollten:

1) Welche Perspektiven haben Frauenprojekte über die oben genannten – sozialer Mangel, politische Notwendigkeit, Emanzipation – hinaus? Sie sind modellhaft, aber welche wirtschaftspolitischen Vorstellungen haben sie?

2) Warum sprechen wir eigentlich immer noch von Frauenprojekten und nicht von Geschäften oder Betrieben? In allen Projekten wird mit Geld gewirtschaftet, sei es Staatsknete, Spenden oder Kredite. Wir sollten daher auch alle Projekte ernst nehmen, seien sie gewinnorientiert oder nicht, das Finanzamt tut es ja auch.

3) Die Frage des Eigentums und der Selbstverwaltung ist in den Frauenbetrieben zwar Streitpunkt aber nicht Thema. Das mag daran liegen, daß die ganzen sozialen Projekte eben gar keine Eigenmittel haben. Zum einen wäre zu fragen, ob das denn so bleiben muß, ob nicht auch soziale Projekte versuchen sollten, finanziell unanhängig zu werden, zum anderen gibt es ja auch noch andere Betriebe – und es gibt die Berührungsängste der Frauen vor Geld.

Ich möchte nicht den Eindruck hinterlassen, als sei die Frauenbewegung ein tumber Haufen, der – wie alle Frauen – von Wirtschaften keine Ahnung hat. Es gab und gibt Ansätze (die Courage hatte z.B. eine Zeit lang einen Bedürfnislohn, es gibt eine Vernetzung unter den Buchläden). Sicherlich ist das schwierig, aber ich halte es für unverzichtbar, inmitten von zusammenbrechenden Frauenbetrieben, alternativen Großprojekten und staatlich geförderten „Selbständigkeitsprogrammen" für Frauen eine Position zu entwickeln.

Agnes Lewe

Fortsetzung von Seite 1

CONTRASTE - DISKUSSIONSFORUM:

GRÜNE zur Selbstverwaltung

Politische Rahmenbedingungen

Für die Grüne Partei hat die Utopie einer basisdemokratischen und selbstverwalteten Gesellschaft jenseits der Sachzwänge des Marktes und technokratischer Logik des Krisenmangements Orientierungscharakter. Selbstgestaltung statt Fremdverwaltung kann neue Lösungsmuster und Antworten eröffnen, wo denn die Alternativen sind, wie denn eine Umkehr der verhängnisvollen Entwicklung zur Zerstörung der Natur und zu immer neuen Krisen und Kriegen erreicht werden kann und was in einer Gesellschaft der Zukunft anders sein kann, um den einzelnen Bedürfnissen aller Menschen besser gerecht zu werden.

Da seit Beginn der siebziger Jahre immer mehr Menschen versuchen, in selbstverwalteten Projekten ein anderes Arbeiten und Leben zu finden, welches mehr Selbstbestimmung ermöglicht, will die Grüne Partei eine weitestgehende Förderung solcher Ansätze und Initiativen durchsetzen. Denn solche Projekte mögen zwar noch weit davon entfernt sein, was die Grünen als Modell einer demokratischen Wirtschaft diskutieren. Die großen Probleme sozialer und ökologischer Folgeschäden der heutigen Wirtschaftsweise werden wohl kaum durch Umbau großer Betriebe in solche kleinen, selbstverwalteten Einheiten allein zu lösen sein. Das wollen und können diese gar nicht leisten, weil sie nur Lösungsansätze für Individuen und kleine Gruppen darstellen.

Aber die Chance, neue Wege zu gehen und eigene Möglichkeiten zu entwickeln, ist durch eine großzügige Förderung dieser Projekte, auch zur Gründung neuer, weiterer Projekte, überhaupt erst einmal allen Menschen zu eröffnen:

- Selbsthilfegruppen der von Mißständen im ökologischen, sozialen, demokratischen und kulturellen Bereich Betroffenen sollen alle die Mittel erhalten, die sie zur Beseitigung ihrer Notlagen oder zur Verfolgung ihrer Anliegen brauchen. Stattdessen bezuschußt der Staat heute höchstens einen Teil der für ihre Arbeit notwendigen Sachmittel und selbst das auch nur da, wo „ehrenamtliche Eigeninitiative" als Argument für einen weiteren Abbau staatlicher Leistungen herhalten soll.
- Betriebe ohne Chef sollen derart subventioniert werden, daß die in ihnen betriebene „Selbstausbeutung" sich wenigstens lohnt und Marktnachteile ausgeglichen werden, wo sie ökologische, soziale und demokratische Gesichtspunkte vor rein ökonomischen Sachzwängen verfolgen. Stattdessen benachteiligen die bekannten Mittelstandsförderungs- und Existenzgründungsprogramme Kollektivbetriebe, belohnt wird Konkurrenz und nicht Kooperation und wo in Produktion und Dienstleistungsgewerbe Alternativen zu Umweltzerstörung und weiterer Marginalisierung probiert werden, müssen sie mit Mehrarbeit und untertariflicher Honorierung selbst bezahlt werden.

So bleiben Ansätze von Alternativen in Selbstverwaltung heutzutage das Anliegen einer kleinen, engagierten Minderheit und müssen an bürokratischen Hürden und in der Zwickmühle von Profit und Konkurrenz immer wieder scheitern.

Konzepte der Altparteien

In neuester Zeit erlangt der Selbstverwaltungsbereich verstärkte Aufmerksamkeit von Seiten der großen Parteien.

Die CDU fördert in Berlin seit einigen Jahren Selbsthilfegruppen im sozialen Bereich. Der zuständige Senator Ulf Finck vertritt dabei jenen „dynamisch-progressiven" Flügel der Christdemokraten um Biedenkopf, der der Krise des Sozialstaates mit einer modernen Variante christlicher Sozialpolitik zu begegnen versucht. Denn „Selbsthilfe" stand bei der traditionellen katholischen Soziallehre schon immer hoch im Kurs, sei es als karitativer Akt der Nächstenliebe oder als Familien- und Nachbarschaftshilfe. Das in diesem Sinne auch gesetzlich verankerte „Subsidiaritätsprinzip" sieht vor, daß die Verwaltung sozialen Elends so wenig als möglich von staatlicher Seite und so weit als möglich von hiermit betrauten (kirchlichen) Verbänden und hierfür in Pflicht genommenen Familien und Ehegatten stattfindet.

In der modernen Variante solcher Selbsthilfe-„Förderung" bemühen sich Berliner CDU-Politiker auch um die Selbsthilfe Betroffener und engagierter Initiativen, allerdings unter Vorgaben, die ihre Autonomie und das Netz ihrer Kooperation in Frage stellen. Finanziert werden zu wenige zu gering und mit zu vielen bürokratischen Hürden bei der Zuschußbeantragung – so werden Selbsthilfegruppen lediglich für die Zwecke der Verwaltung funktionalisiert und können zur Begründung herhalten wo staatliche Versorgungsleistungen eingestellt werden. Durch Auswahl vermeintlich „guter", weil förderungswürdiger Projekte soll deren Innovations- und Protestpotential zugeschüttet werden; nicht geförderte Projekte hingegen werden weiter ausgegrenzt. Selbsthilfe-„Förderung" à la CDU will sich das Engagement einiger Betroffener zunutze machen, ohne ihrer eigentlichen Problemlage gerecht zu werden.

Die SPD hingegen kümmert sich bislang um selbstverwaltete Betriebe im produktiven oder Dienstleistungs-Bereich. Unter dem Oberbegriff „Förderung lokaler Beschäftigungsinitiativen" soll mit einem Minimum an finanziellem Aufwand ein möglichst hoher Anteil neuer Arbeitsplätze in diesem Bereich geschaffen werden. Hierfür stellt etwa die Bremer SPD Kredite zur Verfügung , die jedoch lediglich ein Bruchteil vergleichbarer Finanzierungen bei Existenzgründungsdarlehen herkömmlicher Mittelstandsförderung ausmachen. Außerdem läßt diese rein beschäftigungspolitische Förderung die gerade besonders zuschußwürdigen innovativen Aspekte selbstverwalteter Projekte außer Acht. Finanziert werden nicht die demokratische Kultur egalitärer Strukturen der Selbstverwaltung und ökologische und soziale Prämissen, die solche Betriebe ja auf dem Markt benachteiligen; lediglich neue Arbeitsplätze sollen „gekauft" werden – und das viel zu billig, bezeichnenderweise aus Mitteln des Sozialfonds.

Wo auch in der SPD, etwa in der AG Genossenschaften, neue, unorthodoxe Ideen der Projektförderung entstanden, konnten diese sich bislang gegen den Filz mächtiger Interessengruppen nicht durchsetzen. Die SPD steht in der Tradition längst gescheiterter Genossenschaftsmodelle wie etwa der „Neuen Heimat". Nicht umsonst mußten Pläne, den sozialdemokratischen „Vorwärts" in Händen der Belegschaft weiterzuführen am Widerstand der Parteioberen scheitern.

Nur in Hessen konnte auf Druck der Grünen Partei ein Förderungsmodell selbstverwalteter Betriebe entstehen, was Firmen ohne Chef zumindest gleichrangige Unterstützung zu herkömmlichen Mittelstandsförderungsprogrammen garantiert.

Konzepte der GRÜNEN

Eine Förderung selbstverwalteter Projekte sollte unter der Vorgabe stehen, daß ein Netz der Kooperation und des Ideenaustauschs selbstverwalteter Einrichtungen mit ökologischem und sozialem Anspruch entwickelt werden kann. Eine Differenzierung sozio-kultureller Selbsthilfeinitiativen auf der einen Seite und „lokaler Beschäftigungsinitiativen" auf der anderen Seite, wie in der bisherigen Förderungspraxis üblich, ist nicht angebracht. Ein Fonds zur Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben ist bundesweit einzurichten, aber dezentral, auf kommunaler Ebene zu vergeben. Örtliche Beiräte, in denen Delegierte der Projekte ihre Problemlösungskompetenz mehrheitlich repräsentieren, können über Kriterien zur Förderung diskutieren und die konkrete Bezuschußung beschließen.

Als bezuschußungswürdig sehen die GRÜNEN hier auch die Demokratisierung bestehender, umweltschonender Technologien und die Entwicklung neuer, angepaßter Technologien. Selbstverwaltete Projekte können das Experimentierfeld dafür darstellen, wie technologische Entwicklung den Mensch und die Umwelt schont und nutzt, statt sie zu schädigen.

Darüberhinaus sollten selbstverwaltete Betriebe, ähnlich wie in Hessen, auch bundesweit Gleichstellung zur bestehenden Existenzgründungs- und -aufbausubventionierung erhalten. Die Mittelstandsförderungsprogramme der Lastenausgleichsbank sind derart zu reformieren, daß kollektive Strukturen ohne Chef in angemessenem Rahmen kreditfähig werden. Der förderungsfähige Investitionsrahmen ist entsprechend zu ändern – ein Bundesbürgschaftsfonds soll für die Bereitstellung der abzusichernden Kreditanteile eingerichtet werden, weil selbstverwaltete Betriebe nicht die Möglichkeit haben, wie herkömmliche Betriebsgründungen Kreditgarantiegemeinschaften zuhilfe zu nehmen.

Ziel der Förderung von Selbsthilfeeinrichtungen sollte auch sein, daß in ihnen geleistete hauptamtliche Arbeit tarifgemäß bezahlt wird und sozial abgesichert ist.

Kurt Regenauer

Ach du GRÜNE Neune!

„ ... weil sie nur Lösungsansätze für Individuen und kleine Gruppen darstellen."

Red. Frankfurt Solche und ähnliche Sätze ärgern mich natürlich! Selbstverständlich (warum eigentlich?) findet in den Betrieben 'Selbstausbeutung' (was ist das eigentlich?) statt und es ist Aufgabe des Staates und der Gesetzgebung zu subventionieren und dafür zu sorgen, „daß die in ihnen (den Selbstverwalteten Betrieben, JR) betriebene Selbstausbeutung sich wenigstens lohnt." Alles selbstverständlich „jenseits der Sachzwänge des Marktes".

Dies ist für mich genauso ein Modell für Ausgrenzung wie es die neokonservativen Vordenker vom Schlage eines Kurt Biedenkopf oder Lothar Späth propagieren: auf der einen Seite eine florierende Wirtschaft, die nur noch Bedarf an hochqualifizierten Fachleuten und billigen Hilfskräften hat, die aber aufgrund der Revolution der Mikrochips bei weitem nicht mehr allen Staatsbürgern und Konsumenten einen Arbeitsplatz anbieten kann. All diese – und das sind zum einen diejenigen, die nicht über genügend Qualifikationen und/oder Anpassungsfähigkeit verfügen und zum anderen die Aussteiger, „die versuchen, in selbstverwalteten Projekten ein anderes Arbeiten und Leben zu finden", bilden dann einen zweiten Arbeitsmarkt, der staatlich subventioniert wird und dem Einzelnen scheinbar mehr Entfaltungsmöglichkeiten bietet. All diese, – sozusagen der letze Rest vom Schützenfest – die der erste Arbeitsmarkt nicht gebrauchen kann oder die es dort nicht aushalten können, werden vom zweiten Arbeitsmarkt aufgenommen. Einige haben sogar die Wahl: Gut verdienen mit unbefriedigender Arbeit auf dem ersten oder schlecht verdienen mit befriedigender Arbeit auf dem zweiten Arbeitsmarkt.

Der 60er Jahre Spruch „Geh doch nach drüben, wenns Dir hier nicht paßt!" erhält hier eine neue Bedeutung: „Wenns Dir bei uns im knallharten Wirtschaftsbetrieb nicht paßt, geh doch in so 'ne subventionierte Alternativklitsche!" Die Gelackmeierten wären – unter vielen anderen – die Gewerkschaften. Verglichen mit einer solchen Entwicklung nehmen sich die Auswirkungen der geplanten Änderung des §116 nahezu bedeutungslos aus. Die 'erste Wirtschaft' könnte, um dem Konkurrenzdruck auf dem Weltmarkt entgegnen zu können, die Rechte der 'Arbeitnehmer' weiter einschränken und frohen Mutes den Gewerkschaften die größere Qualität der Arbeitsplätze und die Mit- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten in der 'Schattenwirtschaft' empfehlen. Der Sozialstaat à la CDU käme den Erwartungen der Wirtschaft sicherlich gerne nach, denn es ist ja für alle gesorgt, niemand braucht zu verhungern.

Zugegeben – lieber Kurt – Dir graust vor solch einer Entwicklung sicherlich genauso wie mir, aber solch ein Konzept, das suchenden Menschen die Möglichkeit gibt, subventioniert „ein anderes Leben und Arbeiten zu finden", widerspricht dem erstmal nicht; geschweige denn, daß es irgendwelche Ansätze in sich birgt, z.B. „die großen Probleme sozialer und ökologischer Folgeschäden der heutigen Wirtschaftsweise" zu lösen. Viel interessanter wäre es gewesen, aufzuzeigen, „was die GRÜNEN als Modell einer demokratischen Wirtschaft diskutieren" und welche Bedeutung – wenn überhaupt – sie diesbezüglich den Selbstverwalteten Betrieben und Projekten heute **und** in Zukunft beimessen.

Ein dauerhafter Dialog zwischen GRÜNEN und Selbstverwalteten Betrieben findet bislang nicht statt. Meines Wissens gibt es niemanden in der Grünen Partei, der nach den zahlreichen Kontakten der vergangenen Jahre Interesse oder Engagement gezeigt hätte für eine kontinuierliche und aktive Auseinandersetzung mit Leuten aus Selbstverwalteten Betrieben, der teilgenommen hätte an einer Entwicklung, die Strukturen wie die CONTRASTE, den Ökobank-Verein u.v.m. hervorgebracht hat. Typisch auch, daß es den GRÜNEN nicht gelungen ist – wobei ich gar nicht weiß; ob es überhaupt versucht wurde – für den Programmentwurf Autoren zu gewinnen, die ein paar Jährchen praktische Arbeit und Politik im Selbstverwalteten Bereich hinter sich haben. Vielmehr finden ausschließlich die Thesen von drei Netzwerk-Vertretern (aus Bonn, Bremen und Franken) Berücksichtigung.

In diesem Zusammenhang fällt einmal mehr auf, daß es **die Stelle**, an die sich Außenstehende wenden können, wenn es um Selbstverwaltete Betriebe und Projekte geht, noch immer nicht gibt. Diese Stelle als Ergebnis gewachsener Strukturen mit einem gewissen Vertretungsanspruch und viel Kompetenz ausgestattet, kann eigentlich nur die in CONTRASTE Nr. 17, S. 9/10 von Karl Bergmann konzipierte **'Gesellschaft für Ökologie und Selbstverwaltung'** sein. Seien es die GRÜNEN oder die Sozialdemokraitsche Partei, keiner könnte mehr so ohne weiteres – im guten Glauben – sein Süppchen mit der Selbstverwaltung kochen. An einer aktiven, von ihren Mitgliedern getragenen GÖS vorbei wird keiner mehr Interessenpolitik machen.

Und gerade hierin liegt auch unsere einzige Chance für eine bessere, eine ökologische und demokratische Wirtschaftsordnung: nicht ausgrenzen, abkoppeln und Schonräume schaffen, sondern vielmehr **gemeinsam mit Menschen** aus Wirtschaft, Gewerkschaft, Kirchen, Verbänden, Kultur, Parteien usw. den Gedanken der Selbstverwaltung weiterentwickeln und ihn auf seine Praktizierbarkeit in möglichst vielen Bereichen ausprobieren und zur täglichen Praxis werden lassen, sich gegenseitig dabei beraten und unterstützen (und wenns politisch opportun ist, nötigenfalls auch subventionieren).

Hier würde ich es auch begrüßen, wenn die Grüne Partei dies als Konzept mitträgt und unterstützt, sich möglichst viele Mitglieder und Funktionsträger aktiv an diesem – wirklich basisorientierten – Prozeß beteiligen, anstatt sich in muffigen Büros aus inhaltslosen Schlagworten unbedeutende Konzepte aus der Nase zu ziehen.

Jochen Reinalda

Utopie der vernetzten Finanzszene

Einige Überlegungen zu Strategien gesellschaftlicher Veränderung

Zum Thema: Grünes Umbauprogramm

Die Grüne Bundestagsfraktion hat kürzlich ein „Programm zur ökologischen Umgestaltung der Industriegesellschaft" der Öffentlichkeit vorgestellt. In dem folgenden Artikel geht es nun nicht um eine genaue Analyse dieses Umbauprogramms, sondern werden daran bestimmte konzeptionelle Überlegungen geknüpft.

Ein Programm ist solange nicht mehr wert als das Papier, auf dem es steht, wenn die Chancen der Realisierung gegen Null gehen. Und die Durchsetzung zentraler Forderungen wird solange eine Utopie bleiben, wie der Wähleranteil der Grünen und Alternativen wesentlich unter 50% liegt. Aber das ist kein Grund zur Resignation. Wir haben schließlich aus fast 20 Jahren ‚neuer, sozialer Bewegung' einiges gelernt. Es kommt nicht nur auf die Theorie oder die Programmatik an, sondern auch auf die Praxis, das Tun. Haben nicht die vielen Projekte und Kollektivbetriebe gezeigt – zumindest im Ansatz – was vorgelebte Utopie sein kann. War nicht der Slogan der Berliner Hausbesetzer „wir reparieren unseren Kiez jetzt selber" produktiver als jede Analyse des kapitalistischen Systems?

Eine Partei, wie die Grünen, die sich ganz bewußt nicht nur als parlamentarische Kraft versteht, die immer Wert darauf legt, die Aktivitäten von Basisinitiativen mit ihren Überlegungen mit einfließen zu lassen, muß in ihrer Programmatik einfach den Aspekt der Eigeninitiative, des Selbst-Verantwortung-Übernehmens, mit drin haben. Schlaue Papiere produzieren, kluge Referate halten und komplexe Programme entwerfen, das können die anderen Parteien auch und wahrscheinlich besser. Der strategische Vorteil der Grünen liegt doch gerade darin, daß es einen Mechanismus für ein Wechselspiel zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Initiativen gibt bzw. geben sollte. Dieser Mechanismus funktioniert so, daß durch eine Basisinitiative ein Projekt gestartet wird, das in der Startphase auch selbst – über eigene Fonds – finanziert wird und irgendwann sind die Grünen gefordert, dieses Projekt aufzunehmen und öffentliche Fördertöpfe dafür zu öffnen oder neu zu fordern (was natürlich durch politischen Druck der „Basis" unterstützt werden muß).

Kurzum: Das Programm, so wie es vorliegt, ist schon unabhängig vom Inhalt untauglich, irgendwelche gesellschaftlichen Änderungen herbeizuführen.

Ein Umbauprogramm mit einem realisierungs-strategischen Teil müßte zunächst unterscheiden zwischen privatinitiativ finanzierbar und öffentlich finanzierbare Programmteile bzw. entsprechende Stufenpläne enthalten. So muß die Förderung von sanften Energietechnologien ersetzt werden durch den Vorschlag für einen Initiativenfonds, der sich aus privaten Darlehen/Beteiligung und Grünen Parteigeldern (z.B.) speist.

Dieser Fonds finanziert Pilotanlagen und fördert die Produktentwicklung in diesem Bereich, unter Inanspruchnahme gängiger öffentlicher Förderprogramme (z.B. Mittelstandsförderung). Sind erstmal eine Reihe von Pilotanlagen gebaut und funktionieren, gelingt es wahrscheinlich eher entsprechenden Druck zu machen, um ein Sonderprogramm für „sanfte Energietechnik" auch aus der Position einer kleinen Parlamentsfraktion durchzusetzen.

Die Utopie der vernetzten Finanz-Szene

Zu einem Umbauprogramm gehört also unmittelbar eine Finanzierungs-Infrastruktur aus grün/alternativen Kreisen heraus. Eine solche Finanzierungs-Infrastruktur, die es als Summe aller alternativen Finanzierungskonzepte (von Netzwerk bis Ökobank) in Ansätzen bereits gibt, sollte differenziert nach den unterschiedlichen Finanzierungsbedürfnissen sein. D.h., es muß alle Finanzierungsarten, von Spenden, steuerabzugsfähig oder nicht, Darlehen, zinslos oder zinstragend, Direktdarlehen und Beteiligungen (Risikokapital), umfassen. Trotz dieser Differenziertheit sollte die Benutzerfreundlichkeit nicht leiden, meint, nach außen sollte es ein einheitliches Erscheinungsbild geben. Diese Infrastruktur sollte von der Organisation her professionell im Dienstleistungsbereich sein und Ehrenamtlichkeit im Entscheidungs- und Kontrollbereich zulassen und vor allem nach allen Seiten transparent sein. Es gilt die Formel weitestgehender, dezentraler Aufbau, aber bundesweite Vernetzung und Abstimmung. Schließlich sollten bestehende und sich entwickelnde Ansätze integriert werden – auf keinen Fall was Neues aufbauen. Auch sollte man/frau sich an das Primat der gegenseitigen Tolerierung halten, was bedeutet, daß auch tendenziell widersprüchliche Ansätze – solange kein ruinöser Wettbewerb stattfindet – aufgenommen werden.

Was meint das im Einzelnen?

Mit dem differenzierten Angebot ist die ganze Palette alternativer Finanzierungsformen gemeint. Dem nach quantitativen (an Renditeerwartungen orientierten) Aspekten aufgefächerten traditionellen Anlageangebot sollte ein nach qualitativen Bedingungen differenziertes Modell entgegengesetzt werden. Schließlich geht es nicht darum, mit Geld Geld zu verdienen, sondern über Geldeinsatz sinnvolle gesellschaftliche Entwicklungen zu fördern. Genauso wie auf der Finanzierungsseite nicht ausschließlich Wirtschaftlichkeitskriterien, sondern inhaltliche Aspekte, wie Ökologie und Selbstverwaltung, eine gewichtige Rolle spielen.

Doch die Übersichtlichkeit darf nicht verloren gehen bzw. es muß auch die Benutzerfreundlichkeit eines solchen Finanzierungssystems gewahrt bleiben. Eine Kontaktadresse, die gleichzeitig zentraler Informationspool ist und ein Konto über das das gesamte Geld geleitet wird, also eine zentrale Anlaufstelle erscheint notwendig. Das setzt voraus, daß es ein einheitliches Erscheinungsbild nach außen gibt, was sich in Namen, Signet, Broschüren und Werbeaktionen (Stichwort: Warenzeichen) festmacht.

Bei der Betrachtung der Organisationsstruktur ist zu unterscheiden zwischen dem Dienstleistungsbereich (Beratung, Finanzierungsabwicklung), dem Entscheidungsbereich (Festlegung von Prioritäten und Rahmenbedingungen) und dem Kontrollbereich.

Es ist selbstverständlich, daß im Dienstleistungsbereich professionell gearbeitet wird. Die alternativen Finanztransaktionen haben inzwischen doch so große Ausmaße erreicht, daß bei allem Respekt für das ehrenamtliche Engagement, dieses nicht mehr ausreicht. Deshalb: Besetzung der Dienstleistungsfunktionen mit Finanzprofis, die vielleicht auch bundesweit organisiert sein sollten (Stichwort: Beratergenossenschaft), was hinsichtlich Qualifikation und gegenseitige Qualifizierung sicher sinnvoll wäre. Doch die Professionalität sollte nicht übertrieben werden. Nach einer wirtschaftlichen Begutachtung und Einschätzung durch Profi-Finanziers, ist es auch dem „Finanz-Laien" möglich, nach inhaltlichen und politischen Kriterien Entscheidungen zu treffen. Anders ausgedrückt: Dort wo Entscheidungen über knappe Mittel oder besondere Förderstrategien notwendig sind, sollten Gremien geschaffen werden, deren Sachkompetenz nicht zwingend im Finanzierungsbereich liegen müssen. Und dort, wo große Summen Geld bewegt werden, darf die Kontrolle nicht fehlen. Die Kontrollinstanzen, die die notwendige Transparenz in das Beratergeschäft und die Entscheidungskungeleien bringen sollen, sollten sicherlich mit kompetenten Leuten – auch im Finanzierungsbereich – besetzt werden, aber Professionalität, im Sinne bezahlter Arbeit, erscheint auch dort nicht notwendig.

Das alles klingt sehr verdächtig nach Finanztrust mit Grünem Anstrich. Daß es das wird, ist auch nicht völlig auszuschließen. Eine Möglichkeit, das zu verhindern, ist – trotz einheitlichem Erscheinungsbild – der weitestgehende dezentrale Aufbau. Darunter ist zu verstehen, daß die angeführten Dienstleistungs-, Entscheidungs- und Kontrollbereiche regional und autonom organisiert sein sollten. Für die/den Benutzer/in heißt das, daß sie/er nach dem zentralen „Einstieg" in das Gebiet der alternativen Finanzierung unmittelbar beim (zuständigen) Regionalbüro landet. Die Regionalbüros sollten autonom in ihrer Arbeit, Organisation und ihren Entscheidungen sein, jedoch koordinierungspflichtig. Das bezieht sich insbesondere auf die Rahmenbedingungen und die Leitlinien einer gemeinsamen Finanz-Politik. Diese ist mit allen Regionalstellen gemeinsam und einvernehmlich zu regeln. Das hört sich ganz schön an, bedeutet aber in der Praxis eher stundenlange Polit-Debatten, Hick-Hack und Regionalfürsten-Wettbewerbe. Klar ist, daß es einer gemeinsamen Plattform bedarf, die eben mehr aussagt, als die Schlagwörter Ökologie und Selbstverwaltung. Aber über eine solche Plattform hinaus, muß ein solches Finanzierungssystem – als wichtiger Bestandteil einer gegengesellschaftlichen Infrastruktur – in der Lage sein, unterschiedliche Standpunkte (in Detailfragen sogar widersprüchliche Meinungen) tolerieren zu können. So ein System hat nur dann – auch politisch-inhaltlich – Überlebenschancen, wenn jede Tendenz zur Verkrustung von Anfang an zerstört wird. Und dazu können innere Widersprüche ihren Beitrag leisten.

Geht es schließlich um Realisierungschancen eines solchen „integrierten Finanzierungskonzeptes", so ist das meiner Meinung nach von zwei Bedingungen abhängig:

Die erste ist der „basisdemokratische Umgang" miteinander. Damit ist die Fähigkeit gemeint, offene Auseinandersetzungen zu führen, Widersprüche und Unterschiede tolerieren zu können. Jeder/m sollte eine freie Entfaltung zugestanden werden, soweit nicht die Gesamtinteressen existentiell gefährdet werden. Und da müssen wir noch viel lernen.

Die zweite Bedingung ist das Einbinden aller bestehenden Ansätze in diesem Bereich. Es geht nicht darum, daß sich die eine oder andere Initiative im alternativen Finanzierungsdschungel dieses oder ein ähnliches Konzept aneignet, sondern es kann dieses hochgesteckte Ziel nur dann erreicht werden, wenn alle Initiativen mitziehen und eingebunden werden.

Die politische Dimension

Schön und gut: Angenommen, es gäbe so ein wahnsinniges Finanzierungsinstrumentarium. Keiner braucht mehr ein schlechtes Gewissen zu haben, sein Geld auf der ....Bank liegen zu haben oder irgendeinem Wohlfahrtsverein zu spenden. Keine Probleme mit der Anlage von Erbschaftsvermögen. Jede(r) hat jetzt eine Palette von alternativen Anlagemöglichkeiten zur Verfügung und weiß auch was mit dem Geld geschieht – es wird ökologisch und selbstverwaltet verwendet. Aber was steckt hinter den Schlagwörtern Ökologie und Selbstverwaltung? Ihre Konkretion erfahren sie durch selbstverwaltete Betriebe und neue Arbeitsplätze, ökologische Produkte und neue Formen der sozialen Versorgung.

Aber wer weiß: Was heute in der „neuen Linken" als Aufbau einer Wirtschaft von unten deklariert wird, schafft morgen vielleicht neue Abhängigkeit, Lohnarbeit durch niedere Gewerbearbeit ersetzt. Wer garantiert, daß die Forderung von ökologischen Ansätzen nicht die Etablierung von Öko-Industrien nach kapitalistischem Muster zur Folge hat? Die Genossenschaften haben in ihrer Gründungseuphorie sicherlich auch jede Pervertierung des Genossenschaftsgedankens ausgeschlossen.

Gut, dieses Problem wird nicht endgültig in den Griff zu bekommen sein. Aber in einem Stadium, wo die alternative, die ökologische und die sonstigen Szenen über keine klaren Strategien verfügen; dort, wo es noch nicht gelungen ist, aus dem defensiven Reagieren herauszukommen und offensiv Veränderungsstrategien zu entwickeln, kann eine entwickelte Finanzierungs-Infrastruktur eher gefährlich werden und nach hinten losgehen.

Und damit ist wieder das „Grüne Umbauprogramm" angesprochen. Natürlich nicht so wie es vorliegt, sondern der damit gemachte Ansatz. Auch wäre es ein wenig überzogen, hier nun ein alternatives Umbauprogramm mit Umbauplänen zur Diskussion zu stellen. Ein realistischer Ansatz wäre es, sich auf einzelne Bereiche zu konzentrieren und „Um-Bau-Steine" zu entwickeln. Bei der Auswahl solcher Bausteine stehen folgende Kriterien:

- gesellschaftliche Notwendigkeit,
- Umsetzungsfähigkeit,
- Finanzierungsfähigkeit.

Das Kriterium „gesellschaftliche Notwendigkeit" ist natürlich wenig griffig, als Eingrenzung aber brauchbar. Mit „umsetzungsfähig" ist gemeint, es müssen Maßnahmen, Projekte oder Initiativen sein, die zumindest in der Startphase über Eigeninitiative angeleiert werden können, d.h. ohne Gesetzes- oder Strukturänderungen. Die Finanzierungsfähigkeit hängt natürlich sehr wesentlich von der Funktionsfähigkeit einer entsprechenden Infrastruktur ab. Grundsätzlich sind jedoch nur Initiativen finanzierbar, die in einem überschaubaren Rahmen ablaufen. Der Ausbau des Schienennetzes zur Verbesserung des Nahverkehrs wird man/frau kaum über einen speziellen Fonds finanzieren können. Doch damit das nicht so abstrakt bleibt, einige Beispiele:

Haussanierungsprogramm

Ein solcher „Um-Bau-Stein" könnte die ökologische Haussanierung sein. Diese umfaßt bauliche Maßnahmen für Instandsetzung und Modernisierung sowie vor allem ökologische Maßnahmen: Wärmedämmung, Brauchwassersysteme, Infrastruktur für getrennte Abfallsammlung und -verwertung, energiesparende Heizungstechnologien, Begrünung usw. Angesprochen sind Hausgemeinschaften (mit und ohne Eigentum), die gemeinschaftliches Wohnen praktizieren (wollen) und entsprechende Eigeninitiative mit einbringen. Der erste Schwung von Häusern könnte über einen „Hausfonds" finanziert werden, der sich aus zinslosen Darlehen speist. Dabei sollte keine Scheu bestehen, existente öffentliche Programme (Investitionszulage für energiesparende Anlagen, Steuererleichterungen) anzuzapfen. Sind dann zwei Dutzend Häuser/Blöcke ökologisch saniert, sind die ökologischen und ökonomischen Vorteile für jeden transparent, gelingt es vielleicht auch, staatliche Stellen zu bewegen, Sonderprogramme einzurichten.

Ökologische Produkte

Ein weiterer Baustein könnte die Förderung der Herstellung und des Vertriebes ökologischer Produkte sein. Hier ist natürlich nicht nur die „alternative Finanzierungsstruktur" gefragt, sondern auch die Vernetzungsbereitschaft der selbstverwalteten Betriebe (und zum Teil auch kooperativer Kleinbetriebe). Vernetzung, insbesondere in den Bereichen Einkauf und Werbung (im Sinne von Produktinformation), aber auch in der Frage der Standorte (Stichwort: Ökologische Handelszentren). Weiterhin ist die Initiierung von Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften voranzutreiben und die Aufklärung über ökologische Produkte zu verbessern, ggf. so etwas wie ein „Ökologisches Verbraucherinstitut" ins Leben zu rufen.

Soziale Absicherung

Der dritte – und in dieser Aufzählung letzte – Baustein ist der der sozialen Absicherung. Ein sehr sensibler Bereich – gerät man/frau doch leicht ins Fahrwasser konservativer Subsidiaritätsstrategen, die ebenfalls die Selbsthilfe auf ihre Fahnen geschrieben haben, jedoch andere Interessen damit verfolgen. Hier muß gleich von Anfang an die Doppelstrategie deutlich gemacht werden. Doppelstrategie heißt, dem Staat Verantwortungsbereiche der sozialen Versorgung abzunehmen und sie menschlicher in kleinen, überschaubaren Zusammenhängen zu organisieren, den Staat aber nicht gleichzeitig aus seiner Finanzierungspflicht zu entlassen. Und dazu paßt dann auch ein Vorschlag des Berliner Politologen Grottian, in dem die Forderung nach einer besonderen Gemeinnützigkeit aufgestellt wird. Mit der Konsequenz, daß Träger von besonders gemeinnützigen Aufgaben, Spenden entgegennehmen dürfen, die der Spender zu 80% von seiner Steuerschuld abziehen kann, also in der Regel (wenn Steuern gezahlt werden) zu 80% real zurückerhält. Mithin könnte es so gelingen, einen großen Teil der Steuern wieder in die Verfügungsgewalt zurückzuerhalten. Ansonsten stehen hierbei natürlich der Aufbau von Altersvorsorgefonds und privaten Gesundheitskassen (ggf. auch eine „Grüne Ersatzkasse") im Vordergrund. Diese wären dann eng mit der Finanzierung von Altenpflege und Krankenversorgung und deren Organisation verbunden.

Solche Bausteine, als Finanzierungsschwerpunkte eines alternativen Finanzierungssystems, würden den Anlegern bzw. Geldgebern die gesellschaftliche Relevanz deutlich vor Augen führen und wahrscheinlich einen höheren Mobilisierungseffekt haben, als das zur Zeit bei den verschiedenen Finanzierungsorganisationen der Fall ist. Eine solche Bau-Steine-Konzeption hätte somit für die verschiedenen Initiativen im Finanzierungsbereich (Netzwerke, STATTwerke, Ökofonds, Ökobank u.a.) bzw. hoffentlich in naher Zukunft für eine „integrierte Finanzstruktur" eine enorme Entwicklungswirkung.

Fernab von organisations-individuellen Zänkeleien könnte nach Abstimmung zwischen Betrieben und Projekten, Initiativen und den Grünen auf der einen Seite und Sparern, Anlegern und Spendern auf der anderen Seite, die Finanzierungs-Infrastruktur tatsächlich genutzt werden, um den gesellschaftlichen Wandel zu finanzieren. Zumindest könnte damit der „Umbau" begonnen werden.

Der erste Schritt, einen Kooperationsansatz bei den alternativen Finanzgruppen, wird noch im April gemacht, ein zweiter, die Vernetzungsbestrebungen unter den Selbstverwaltungsbetrieben bundesweit zu stärken, ist in Vorbereitung. Dennoch ist es wohl noch ein ganzes Stückcken Arbeit, der Umbau der Industriegesellschaft.

Michael Makowski

Dieser Beitrag ist entnommen der Manuskriptsammlung für die im Mai erscheinende Dokumentation „Alternative Finanzierungskonzepte" Bestandsaufnahme, Konflikte, Modelle, Perspektiven. Mit freundlicher Genehmigung des STATTBUCH-Verlages, Berlin.

Ökofonds der GRÜNEN

Geldvergabestelle mit reduziertem Anspruchsniveau? – Ein Bericht aus Nordrhein-Westfalen

Red. Bremen **Tendenzen/Meinungen/Einschätzungen**

Gemäß unserer Satzung unterstützen wir Projekte,
- die sich gegen die fortschreitende Zerstörung unserer Lebensgrundlagen einsetzen sowie Projekte, die
- Ansätze zu einer Neugestaltung unserer Gesellschaft entwickeln und aufzeigen wollen.

Wichtig erscheint, der letztgenannten Möglichkeit in absehbarer Zeit mehr Beachtung zu schenken, also Projekte zu unterstützen, die sich schwerpunktmäßig für die Neugestaltung der Zukunft einsetzen, wovon möglichst viele Menschen etwas lernen können, die den politischen Widerstand stärken und an der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft maßgeblich Anteil haben, bzw. neue Perspektiven aufzeigen.

Dabei gilt, daß aufgezeigte gesellschaftliche Lösungsansätze für möglichst viele Menschen auch praktische Bedeutung haben sollen.

Alternative Ökonomie

Waren die ersten Gründungen alternativökonomischer Projekte durch den Versuch gekennzeichnet, die Umsetzung von politischen Ansprüchen oder Theorien in die Praxis zu realisieren, verlagerte sich das Interesse Ende der 70er Anfang der 80er Jahre und mündete in der zunehmenden Professionalisierung alternativökonomischer Projekte mit einhergehender Reduzierung politischer Ansprüche.

Die qualitative Weiterentwicklung der Gesellschaft durch alternativökonomische Betriebe sowie die Erprobung neuer sozialer Umgangsformen wurde nicht zuletzt durch Selbstausbeutung und Verzicht auf diejenigen Sozialleistungen, deren Inanspruchnahme ein vorheriges finanzielles Engagement erfordert, erkauft.

Häufig wird weder ein angemessener Lohn (z.B. in Tariflohnnähe) ausgezahlt, noch werden ausreichende Beiträge zur Sozialversicherung entrichtet, manchmal fehlt gar eine Absicherung im Krankheitsfall. Lohnfortzahlung kann kaum geleistet werden und Sicherheit am Arbeitsplatz bleibt kleingeschrieben. Für die Aufbewahrung chemischer Substanzen in extra dafür vorgesehenen und abgesicherten Räumlichkeiten, Absauganlagen für gefährliche Dämpfe oder für das Ausrüsten der Maschinen entsprechend des wünschenswerten Sicherheitsstandards fehlt allzuhäufig das Geld.

Mit reduziertem Anspruchsniveau suchen immer mehr alternativökonomische Betriebe den Ökofonds NRW mit der Bitte um eine „normale betriebliche Anlauffinanzierung" auf. Im Mittelpunkt des Interesses steht allein die existentielle Absicherung durch Einrichtung von Arbeitsplätzen. Vielfach ergeben sich weitgehende Übereinstimmungen mit den Problemen bürgerlicher Existenzgründer, die aufgrund unzureichender Absicherungsmöglichkeiten ebenfalls Finanzierungsschwierigkeiten haben und somit gleichfalls den Sicherungsinteressen der Banken ausgesetzt sind.

Dem reduzierten Anspruchsniveau entspricht ein projektzentristisches Verhalten, das den Zugang zu anderen Projekten oder die Organisation gemeinsamer politischer Willensbildung erschwert sowie eine Vernetzung der Projekte untereinander kaum aufkommen läßt.

Solange die qualitative Weiterentwicklung der Gesellschaft und das Umsetzen politischer Ansprüche die Strukturen in den Projekten prägen/ten ist/war eine Unterstützung alternativökonomischer Betriebe – auch auf die Gefahr hin, sich des Vorwurfs des organisierten Sozialabbaus (gemessen an geltenden Tarifverträgen) auszusetzen – wichtig.

Unter den oben beschriebenen alternativökonomischen Entwicklungstendenzen ist fraglich, woraus sich der Anspruch ableiten läßt, der es ermöglicht, daß ein großer Teil des „politischen Geldes" in diesen Bereich fließt.

Die permanente Mittelenge im Ökofonds, der Unmut mit einigen Förderungsstrukturen und die Einsicht, mehr und mehr als Finanzierungsinstrument benutzt zu werden, läßt die Frage aufkommen, ob es nicht sinnvoller ist, die Gelder so einzusetzen, daß möglichst die Vernetzung und die benötigte Infrastruktur weiterentwickelt wird und auf diese Art und Weise grüne Gelder „sozialisiert" und nicht individualisiert werden und ob es nicht möglich ist, die Ökofonds-Mittel so einzubringen, daß eine konstruktive Weiterentwicklung alternativer Projekte gewährleistet ist, bzw. die Voraussetzungen zur Behebung der „Schwachstellen" verbessert werden.

Ausblick

Dies ist ein Teil der Überlegungen, die zu einer Diskussion über die inhaltliche Weiterentwicklung des Ökofonds führten.

Klar war allen Beteiligten, sich von der Regelfinanzierung alternativökonomischer Projekte verabschieden zu wollen zugunsten einer Förderungspolitik, deren Mittelpunkt nicht die individuelle Einzelförderung verschiedener Projekte bildet, sondern der Ökofonds sich an der Weiterentwicklung und Verbesserung der alternativökonomischen Rahmenbedingungen beteiligt.

Durch den Ökofonds der GRÜNEN NRW sollen zukünftig Projekte gefördert werden, die bedeutsam sind für möglichst viele andere Projekte. Sie sollen sowohl die Startchancen als auch die dauerhafte Absicherung alternativer Projekte, Initiativen und sozialer Einrichtungen verbessern oder stabilisieren.

Die Förderung der „infrastrukturellen Projekte" umfaßt vor allem die Weiterentwicklung der Direktkreditvermittlung sowie die finanzielle Unterstützung anderer Finanzierungsformen, wie z.B. die Entwicklung einer Haftungsassoziation. Dieses Vorgehen soll den völligen Ausstieg des Ökofonds aus der alternativ-betrieblichen Anfangsfinanzierung ermöglichen und ein Engagement des Ökofonds NRW für bedeutsamere, politisch wichtigere oder sozial nützlicher Projekte erleichtern.

Die Förderung der Infrastruktur umfaßt für uns aber auch: Die Unterstützung von in die jeweiligen Projektbereiche integrierten Beraterstrukturen, Schaffung von Möglichkeiten, die die Zielfindungsprozesse innerhalb alternativer Projekte erleichtern (z.B. Supervisionsprojekte), der Unterstützung von vernetzenden Projekten (Organisation von Kongressen, Fachtagungen, Förderung von Projekten, die die Organisation und den Informationsaustausch unter den Projekten verbessern), Förderung von Projektzusammenschlüssen und Vernetzung von Projekten, die die Möglichkeiten der politischen Willensbildung und des Widerstandes ausweiten.

Einzelne alternativökonomische Projekte sollen nur noch dann eine Förderung erhalten, wenn sie sich durch eine anspruchsvolle Modellhafigkeit oder durch Aufzeigen gesellschaftlicher Lösungsansätze (z.B. Belegschaftsinitiativen, Betriebsübernahme durch Arbeitnehmer) auszeichnen. Beispiele hierfür könnten auch produzierende Projekte sein oder Projekte, die die Qualifikationsmöglichkeiten innerhalb des alternativen Spektrums verbessern (z.B. Meisterausbildung ermöglichen, Lehrlinge beschäftigen), wichtige Problemlösungen im alternativen Bereich anbieten.

Von besonderer Wichtigkeit wird es hierbei sein, dem Ökofonds zu verdeutlichen, daß die Form der Zusammenarbeit oder ein soziales oder politisches Engagement für die entstehenden Mehrkosten verantwortlich ist und deren Tragbarkeit für das jeweilige Projekt unzumutbar ist.

Um das zu verdeutlichen, hier einige Beispiele, die in Ansätzen bereits praktiziert werden. Als alternatives Modell zur traditionellen Schulform entwickelten sich in NRW die „Freien Schulen". Für den Ökofonds NRW ist es unmöglich, den gesamten Finanzierungsbedarf abzudecken. Ein Gespräch mit Vertretern der betroffenen Projekte ergab, daß während des unsicheren und langwierigen prozessualen Anerkennungsweges die am weitest fortgeschrittene Schule unterstützt werden soll, mit dem Ziel, dieses Projekt derartig zu stärken, daß es den anstehenden Prozeß erfolgreich übersteht.

Als 2. Beispiel sei die Kornkammer Hellweg angemerkt; das ist ein Projekt, bestehend aus mehreren Biobauern, die sich eine gemeinsame Saatreinigungsmaschine angeschafft haben und so der Verunreinigung des Getreides durch den Reinigungsprozeß mit herkömmlichen Anlagen vorbeugen.

Und zum Schluß noch ein Beispiel von „Pro Umwelt" Münster, (ökologischer Farb- und Baustoffhandel), die in Zusammenarbeit mit anderen interessierten Personen Naturfarben weiterentwickelten, deren Lösungsmittel Wasser ist.

Die bisher nur reaktiv ausgeübte Rolle der Projektförderung durch den Ökofonds der GRÜNEN NRW soll in seiner Ausschließlichkeit nicht weitergeführt werden. In den Bereichen, in denen die Entwicklung stagniert, wie z.B. bei der Direktkreditvermittlung in NRW, ist auch ein aktives Einwirken des Ökofonds denkbar und soll sich auch in einigen anderen Bereichen initiativ auswirken. Wir sehen darin eine bislang ungenutzte Möglichkeit, den Ökofonds zu politisieren.

Jupp Wiechers

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Wandel und Zukunft der Projektberatung oder

»Die verlorenen Illusionen konkreter Alternativen«

Red. Bremen

Grundsätzliche Veränderungen – „vom Alternativbetrieb zum Kleinunternehmen"

Bis Anfang der 80er Jahre wurde der Aufbau von Projekten stark unter ideeller Zielsetzung gesehen („Gegenwirtschaft"), es waren oft experimentelle Anfänge, die in starkem Maße konkrete Alternativen und Selbstverwaltungsgedanken auszufüllen versuchten; die Menschen brauchten oft hiervon nicht zu leben – seit einigen Jahren geht diese Bewegung in eine „Bewegung von neuen Selbständigen" über: ein großer Teil will hiervon insbesondere selbstbestimmt (auch unter Gesichtspunkten der Emanzipation) arbeiten und Sinnvolles produzieren bzw. verkaufen – aber öfter mit der Aussicht auf Einkommen, welches eine Zukunftsperspektive eröffnet. Hierbei findet eine zunehmende Polarisierung zwischen vermögenden/kreditwürdigen und mittellosen Existenzgründern statt – für die letztere Gruppe kann bisher kaum etwas getan werden („neue Armut"). Ein anderer Teil (insbesondere arbeitslose Jugendliche) arbeiten in Maßnahmen („Arbeiten und Lernen", ABM, überbetriebliche Werkstätten etc.), die nur in geringem Maße zukunftsorientiert sind und starken „beschäftigungstherapeutischen Charakter" haben.

Die Veränderungen lassen sich auch an der Inanspruchnahme von Beratungen festmachen: Während in den Anfängen der Bewegung „jeder alles machen wollte" und Beratung deshalb kaum gefragt wurde, hat sich diese Einstellung grundlegend gewandelt – Informationen werden von Menschen verschiedener Institutionen angefordert. Desweiteren findet eine zunehmende Absicherung über schriftliche Verträge statt.

Die Veränderung der Projektberatung: von der Existenzgründungsberatung zur begleitenden Projektberatung

Neben einem zunehmenden Investitionsvolumen pro Betrieb insbes. aufgrund veränderter Ansprüche und Marktgegebenheiten, hat neben der Existensgründungsberatung, die Erhaltung und Weiterentwicklung von zukunftsorientierten Projekten immer größere Bedeutung. Sie verlangt Spezialkenntnisse der Branche, verbunden mit einer „dynamischen" Weiterentwicklung des Beraters auch über intensive Kooperation auf Beraterebene und Regional- bzw. Branchenkontakten.

Die „Vernetzung scheitert an uns" oder Schwierigkeiten bei Kooperationen

Obwohl fast alle Projekte sinnvolle und effektive Kooperationen für wünschenswert halten, kommen sie in zu geringem Maße zustande (beim Einkauf, der Werbung/Öffentlichkeitsarbeit, der Interessenvertretung) – Gründe sind vor allem: unterschiedliche Einstellungen und Perspektiven, daher verschiedene Herangehensweisen, Interessen; starke persönliche Unterschiede, Neid; verengter Horizont, Dogmatismus, hohe moralische Ansprüche bei einigen „Pionieren der Bewegung", unterschiedliche Gewichtung von ideellen und wirtschaftlichen Zielen; aber auch: große Entfernungen, Relation: Zeitaufwand/Nutzen, Trägheit. Bei zustandegekommenen Kooperationen steht hierbei immer mehr der wirtschaftliche Nutzen der Zusammenarbeit im Vordergrund.

Alf Baumhöfer

Nordrhein-Westfalen

Vom Sondertopf zum Eintopf

Red. Heidelberg **Drei neue Haushaltstitel gibts im neuen SPD-Landeshaushalt 86/87 in Nordrhein-Westfalen:**

- **Beraterförderung in Stahlstandorten**
- **Modell- und Innovationsförderung**
- **Kreditverbilligung**

Auf der SPD-Tagung „Die Zukunft gehört uns" in Freudenberg, wurden sie im Februar vorgestellt.

Szenario für die Szene

In rührender Eintracht mit Gewerkschaftsvertretern und CDU-Ausreißern wurde von der SPD in Freudenberg das selbstverwaltete Zeitalter ausgerufen. Zunächst in Form eines Gedankens (des Genossenschaftsgedankens), um dessen Vaterschaft die SPD derzeit ringt. Um dieses ideelle Gut, bei aller Schwerelosigkeit, ein wenig zu materialisieren, soll es von Fördermaßnahmen des Düsseldorfer Wirtschafts- und Finanzministeriums „flankiert" werden, die in Abstimmung mit einem Sonder-Regionalprogramm der europäischen Gemeinschaft gerade in die 2. Lesung gehen.

Es wird damit gerechnet, daß im Sommer die drei Förderprogramme zusammen mit dem „Stammkräfteprogramm" des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS), in die Szene gefahren werden können, nicht zuletzt, damit die alternativen Wählerfreuden nicht spurlos an der SPD vorbeischlenkern.

Interessanterweise aber taucht die Selbstverwaltung als solche schon im Wirtschaftsprogramm gar nicht mehr auf (im Gegensatz zum Hessentopf und zur Hamburger Staatsknete). Selbstverwaltung interessiert hier nur in ihrer (zweifelhaften) Eigenschaft als „Beschäftigungs"-träger, wird also als förderungswürdiger Tatbestand **nicht** akzeptiert, geschweige denn gefördert.

Stammkraft bringt Spannkraft

Das Stammkräfteprogramm, oft gerühmt, selten verstanden: Die Landesregierung benötigt vermittelnde, bedarfsermittelnde und steuernde Instanzen, die sozusagen den Förderungstransfer leisten und die ‚Förderung' gemäß ihrer arbeitsmarktpolitischen Intention, so effektiv wie möglich gestalten sollen: die Beratungs-GmbH des Landes (GIB), die nach österreichischem Vorbild gestrickt wurde und die auf ganz NRW verteilten sogenannten Stammkräfte, die für maximal drei Jahre vom Land finanziert werden.

Die Stammkräfte haben unterschiedliche Funktionen. Etwa 25 Projektentwickler/innen sollen in den Spitzenverbänden für eine überregionale Bedarfsanalyse und Beratungsinfrastruktur sorgen.

Etwa weitere 158 sogenannte Projektbegleiter/innen sollen direkt an Beschäftigungsinitiativen mit einem ABM-Volumen ab ca. 10 bis 15 Stellen vergeben werden. Für Alternativprojekte in der Regel kaum zutreffend. Ob es hier gelingt, nennenswerte Stellen für Alternativbetriebe herauszuholen, sei zumindest angezweifelt.

Kleiner Exkurs – große Wirkung

Bei den Projektentwickler/innenstellen dagegen ist es im Vorfeld erstmals gelungen, die autonomen Strukturen der Alternativszene in NRW über ihre Projektzusammenschlüsse (Kulturzentren, Bildungswerke und Netzwerke) soweit zu stärken, daß das noch ‚Pampers' tragende **NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation** *als „alternativer Spitzenverband" (SPD-Zitat) gleichberechtigt neben dem DPWV und Caritas usw. in das Stammkräfteprogramm und damit in die Geschichte des Landes NRW einging.*

Mit drei hauptamtlichen Projektentwickler/innen-Stellen tritt das NETZ seit Anfang dieses Jahres seinen mutigen Weg in die Pufferzone der Bewegung an. Die Stellen befinden sich in Köln, Dortmund und Münster (mehr vom NETZ demnächst in CONTRASTE).

Die Wirtschaftsförderung

Modellförderung

Angeblich schon weg. So schnell geht das mit offenen Töpfen! Geplant war 1 Mio. DM – ein wahrlich bescheidener Ansatz – zur Förderung von „unkonventionellen, innovativen, erwerbswirtschaftlich ausgerichteten Unternehmensgründungen". Wahrscheinlich ist dieser Haushaltstitel auf ein bestimmtes ‚Modell' zugeschnitten und bereits verschoben worden. Im Nachtragshaushalt soll aber noch mal 1 Mio. DM drin sein. Richtlinien und regionale Einschränkungen hierfür gibt es jedenfalls nicht. Im Gegensatz zur

Beratungsförderung.

Sie ist über das EG-Regionalprogramm zustande gekommen, beinhaltet eine Intensivierung und Refinanzierung von Technologieberatung und Betriebsberatung zur:

- Existenzgründung
- Existenzaufbau
- Existenzstabilisierung

Das allerdings nur an einigen Standorten: Duisburg, Oberhausen, Bochum, Dortmund, Coesfeld, Unna. Es soll dort in Abstimmung mit der GIB je ein Berater finanziert werden.

Abrechnungsfähig sind pro Beratungssache: 20 Tagewerke á 600 DM. Die EG bezuschußt bis zu 4 Tagen mit 100%, den Rest mit 90%. Darüberhinaus werden Zuschüsse für Kurskosten, Sammelseminare und Erfahrungsaustausch gewährt. Die Förderung ist spezifisch auf die Arbeitsmarktproblematik des Ruhrgebietes zugeschnitten.

Das Landeskreditprogramm (LKB) beinhaltet dreierlei:

1. eine Zinsbezuschussung von Krediten für Beschäftigungsinitiativen um 4%. Dafür wurden 1 Mio. DM bereitgestellt;
2. einen Kreditrahmen von zunächst 25 Mio. DM zur Finanzierung von Krediten, die von der West-LB gewährt werden sollen;
   Die Kredite sollen über die Hausbanken laufen und für
   – Grundstückskosten
   – Investitionskosten
   – Betriebsmittelbedarf

gewährt werden, nicht aber für Personalkosten! Je Betrieb können max. 30.000 DM pro Beschäftigte/n, insgesamt jedoch nicht mehr als 150.000 DM Gesamtkreditvolumen bewilligt werden. Das Programm ist für etwa 10 bis 15 Jahre ausgelegt, die Höhe kann im Nachtragshaushalt noch mal verdreifacht werden!

3. Als Ersatz für Bürgschaften übernimmt das Finanzministerium 60 bis 80% der Kreditsumme als Landesbürgschaft. Die West-LB kann also bei einer Eigensicherheit von 20 bis 40% bereits Krediete vergeben.

Zum Verfahren:
Über die Kreditvergabe entscheidet letztlich die West-LB. Es gibt jedoch einen interministeriellen Ausschuß vom WiMi, FiMi und MAGS, der in Kooperation mit der Landes-Beratungsgesellschaft (GIB), der Industrie- und Handelskammer (IHK) und der West-LB die Kreditanträge und Gutachten prüft.

Einschätzung

Ob dieses Programm, das von der SPD geschickt als Selbstverwaltungsknete gefeiert wird, für die Alternativszene in NRW mit einem proportionalen Verhältnis von ca. 65% sozialer Dienstleistungsbetriebe, zu nur 35% rein alternativ-ökonomischer Betriebe überhaupt greift, ist fraglich, denn interessant wäre z.Zt. lediglich das Kreditverbilligungsprogramm. Daß eine Daueralimentierung von sozialen Projekten vermieden werden soll, liegt auf der Hand.

Es geht bei diesem Paket um eine globale Strategie zur Absicherung der größeren, bereits etablierten Beschäftigungsinitiativen, deren interne Struktur kein Förderkriterium für die Staatsknete sein wird.

Es mag in Anbetracht dessen unter dem Eindruck der österlichen Besinnung auf inneres Wachstum und äußere Schrumpfung (Fastenzeit) nahelingen, auch die Hausmannskost der SPD zu schmähen.

Aber möglicherweise sieht das bald wieder anders aus. Um dann die Verdauungsorgane nicht zu überfordern, empfiehlt sich eine zwischengeschaltete Phase politischer Vorverdauung.

Beschäftigungsinitiative oder Alternativprojekt?

Immerhin muß man zugestehen, daß über den ökonomisch-kulturellen Dschungel, der die Szene überrollt, die Vernetzer und Bonbon-Verteiler der Bewegung – von den Ökofonds bis zu den Netzwerken – zuweilen von den unangenehmen Folgen der Ratlosigkeit heimgesucht und in erstaunliche Debatten über den Vorrang des einen vor dem anderen verwickelt werden: des Allgemein-menschlichen vor dem Politisch-emanzipatorischen, des Sozialen vor dem Ökonomischen, des Sozialen vor dem Ökologischen, des Kleinen vor dem Großen, des Regionalen vor dem Überregionalen oder alles umgekehrt – wodurch bei gleicher Sachlage eine enorme Vielfalt in den Entscheidungen erzielt wird. Weil wir aber trotz schlabberiger Kriterien alle ein großes Herz und ein schlechtes Gewissen haben, gibt es da noch ein beliebtes Endspiel: Gießkanne gegen Töpfeschieben („Ihr solltet aber doch vielleicht erstmal...").

Fast unmöglich, der explosionsartigen Vermehrung von alternativ-ökonomischen, sozial-gewerblichen, feministischen, unkonventionellen, spirituellen, postalternativen, neopartriarchalischen, luxusdemokratisierenden ‚Projekten' inhaltlich gerecht zu werden.

Sollten wir nicht dankbar sein, daß die SPD über dieses Szene-wirrwar unter dem Stichwort ‚Beschäftigungsinitiativen' den Mantel der Barmherzigkeit deckt? – oder lieber die ganze ‚Szene' bei aller Menschlichkeit auf ein bis zwei knackige Punkte bringen (wie wärs mit Selbstverwaltung und Geschlechterparität?), und hierfür zwei bis drei glasklare Kriterien festlegen, hinter denen auch die der Wollsockigkeit endgültig entronnenen Projekte noch als Alternativen wiederzuerkennen sind.

Und dann?

Im Gegensatz zu Computerprogrammen kann man ein Landesprogramm bei Mißgefallen leider nicht jederzeit abbrechen. Einmal abgefahren, fährt es unerbittlich immer weiter bis zum Ende des Haushaltsjahres. Auch wenn niemand darauf abfährt. Deshalb ist es notwendig, daß wir so früh wie möglich unsere eigenen Kontroll- und Steuerungsinstrumente schaffen, damit aus der Staatsknete politisches Geld und aus der Szene kein Hyänenhaufen mit projektzentristisch verkürzter Finanzierungsstrategie wird.

Hinter Einzelstrategien stehen immer ziemlich allgemeine politische und ökonomische Probleme, denen man individuell höchstens auf Zeit ausweichen, aber keinen Widerstand leisten kann. Deshalb brauchen wir Vernetzungsstrukturen, die beides aufgreifen: individuelle Lösungen anbieten und politische Strategien im Zusammenhang entwickeln. Und das bei voller Autonomie und Selbstverwaltung der Strukturen.

Auf der Freudenberger Tagung wurden deshalb konkrete Forderungen aufgestellt, die eine Umverteilung der Wirtschaftsförderung in die Selbstverwaltungswirtschaft erst ermöglichen:

1. Autonome Organisation der Gutachten für Kreditanträge an die West-LB über Projektzusammenschlüsse (NETZ).
2. Paritätische Delegation von Wirtschafts- und Bankfachleuten aus den Selbstverwaltungssektor in den LKB-Ausschuß.
3. Landesmittel als Rückbürgschaft für eine zu gründende Bürgschaftsbank NRW in Selbstverwaltung.
4. Grundstock für eine Beteiligungsgesellschaft in Selbstverwaltung zur Vergabe von Eigenkapitalhilfen.

Daß sich solche Entwicklungen nur auf überregionaler Ebene durchsetzen lassen, macht eine inhaltliche Anbindung der Netzwerke und anderer Projektzusammenschlüsse ans NETZ für Selbstverwaltung NRW umso dringlicher.

Ursula Brockner,
Netzwerk Köln

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Notizen aus der Kulturszene

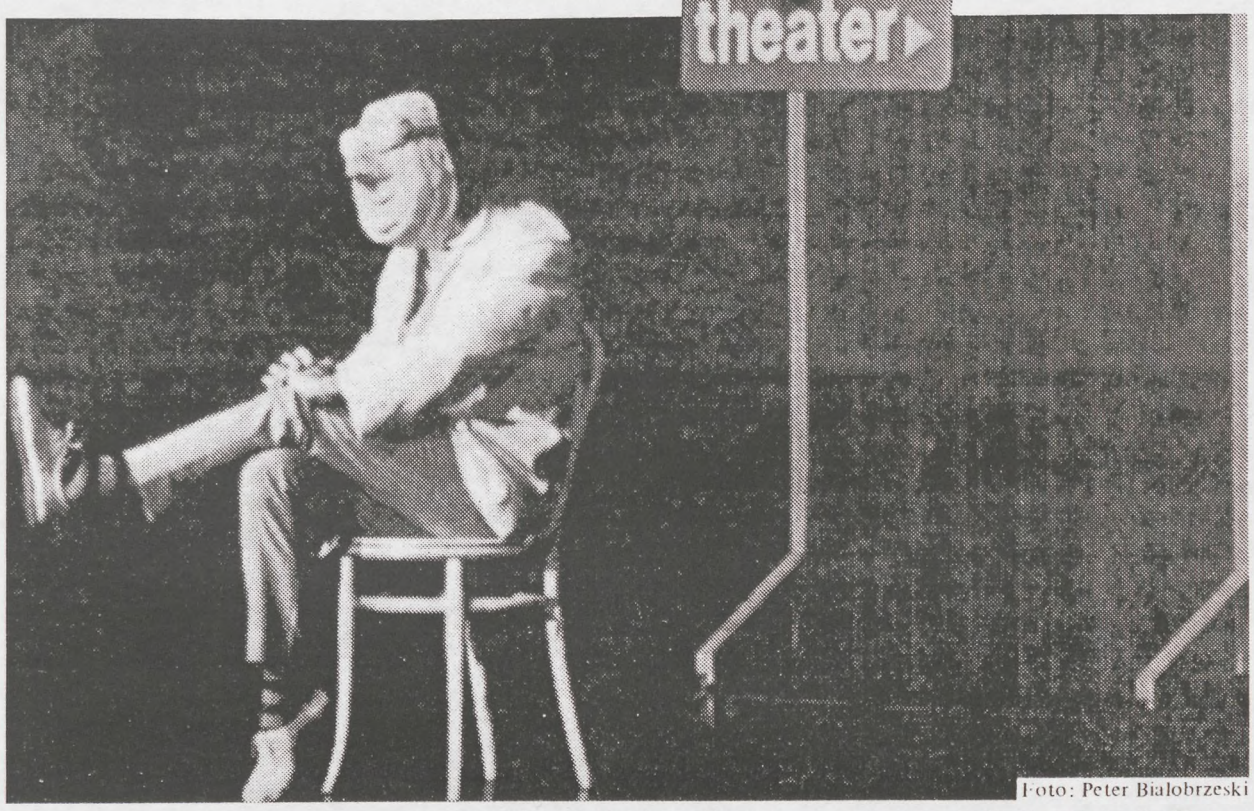


Foto: Peter Bialobrzeski

Red. Heidelberg

Festivalveranstaltertreffen in Frankfurt – Südafrika als gemeinsamer Schwerpunkt

Beim zweiten Treffen der Festivalveranstalter im Frankfurter Club Voltaire im Januar 1986 zeigte sich, daß nicht das Brecht-Thema, sondern das Südafrika-Thema „ansteckend" gewirkt hat: es wird an Pfingsten 86 beim „Festival der Jugend" in Dortmund, bei der Volks-Uni in West-Berlin und beim Open-Ohr-Festival in Mainz im Mittelpunkt stehen und auch dem Tübinger Festival eine Woche später einen wichtigen Akzent (dort das Hauptthema: „Heimat") verleihen.

Das Frankfurter Treffen hatte eine besondere Bedeutung durch die Anwesenheit von Tony Seedat, dem Chef-Repräsentanten des ANC in der BRD.

Konkret wurde auch über die Möglichkeit gesprochen, über das Bonner ANC-Büro südafrikanische Musiker „günstig" für die Festivals zu bekommen. (z.B. Leta Mbula, Johnnie Dynani, Chris Mc Gregor, Yabula). Von Lerryn war zu hören, daß die Bots im Mai mit neuen Liedern in die BRD kommen. Die Volks-Uni plant eine Einladung an Dario Fo. Das Open-Ohr-Festival sucht Mitinteressenten für eine Jazz-Auftragskomposition von südafrikanischen Musikern.

Lerryn selbst plant ein Festival mit Liedern „anderer" Liebe und ein Liedermacher-Festival ohne Thema für das Hessische Fernsehen.

Für die verschiedenen Festivals sollen gemeinsame bundesweite Werbemaßnahmen ergriffen werden (z.B. ein gemeinsames Programmheft, dessen Herausgabe Uli Schreiber koordinieren will). Auch soll versucht werden, die „großen" bundesdeutschen Medien für unsere Projekte zu interessieren (Diether Dehm und Wieland Elfferding haben ihre Einsatzbereitschaft erklärt). Die SDAJ erklärte ihre Bereitschaft, die von ihr nach Dortmund eingeladene Zindzi Mandela zu bitten, auch die anderen Festivals zu besuchen (allerdings ist das Einreiseverbot in die BRD für die Tochter von Winnie und Nelson Mandela bisher noch nicht aufgehoben worden!). Anwesend waren in Frankfurt: Dr. Diether Dehm-Lerryn, Tony Seedat (ANC Bonn), Wieland Elfferding (Volksuni Berlin), Thomas Leiff (Open-Ohr-Festival Mainz), Eckard Holler (Club Voltaire/Tübinger Festival), Dieter Burroch (Kulturamt der Stadt Frankfurt), Horst Prange (Festival der Jugend/SDAJ-Bundesvorstand), Uli Schreiber (Volksuni Hamburg).

&

„Kulturpolitisches Gespräch" in Marburg"

In Marburg gab es am 27.2.86 auf Einladung des Kulturdezernenten ein „Kulturpolitisches Gespräch" zum Thema „Förderung der freien Kulturarbeit", zu der als „Experten von außen" auch je ein Vertreter von Club Voltaire Tübingen und Theaterhaus Stuttgart eingeladen waren. Konkret ging es um die Frage, ob für das KFZ, das seit 9 Jahren bestehende alternative Kulturzentrum am Ort, ein Betrag von 200 000.- DM für Umbaumaßnahmen zu Recht beschlossen worden seien und ob die Forderungen nach öffentlichen Zuschüssen damit für die nächsten Jahre abgegolten seien. Sorgen machte sich der Marburger Kulturdezernent auch über den Umstand, daß es seit drei Jahren in Marburg eine weitere Initiative für ein Kulturhaus gibt, die ebenfalls Ansprüche auf Gelder aus dem Kulturetat erhebt. Die an diesem Punkt einsetzende Diskussion hatte eine Reihe interessanter Aspekte: sind zwei unabhängige Kulturhäuser in einer Stadt von einer Größenordnung wie Marburg einander Konkurrenz oder können sie sich gegenseitig ergänzen? Ist das zu erwartende Publikum für „alternative" Kulturangebote auf bestimmte soziale Gruppen beschränkt oder ist damit zu rechnen, daß neue Zielgruppen gewonnen werden können? Die Einschätzungen waren durchaus unterschiedlich, wobei sich insbesonders der städtische Kulturdezernent sehr skeptisch zeigte, ob für alternative Kulturangebote ein neues Publikum zu gewinnen ist. Diese Skepsis mag auch durch den Umstand verstärkt gewesen sein, daß der Marburger Kulturetat mit derzeit 1,5 Mill. DM gerade 0,6 Prozent vom Gesamthaushalt in Höhe von 230 Mill. DM ausmacht und damit in skandalöser Weise unter der 5-Prozent-Marke bleibt, die vom Kulturausschuß des deutschen Städtetags als Orientierungswert angesehen wird. Zuversichtlich, was das mögliche Publikum anging, zeigten sich die eingeladenen Experten: aus der Tatsache, daß das Publikum für neue Kulturangebote alternativer Art bislang noch nicht ansatzweise erfaßt ist und sich außerdem immer weiter verbreitert.

&

Mitarbeiteraustausch zwischen den Zentren

Das E-Werk in Erlangen schlägt allen soziokulturellen Einrichtungen die Einführung eines zeitlich begrenzten Mitarbeiteraustausches vor. Um neue Ideen zu tanken und um vom Beispiel der andern zu lernen, sollen die Mitarbeiter(innen) jeweils 1 bis 2 Wochen in einem andern Zentrum (gegen freie Verpflegung und Unterkunft bzw. für ein Taschengeld) tätig sein.

Wer sich dafür interessiert, wende sich an: E-Werk Erlangen, Fuchsenwiese, 8520 Erlangen, Tel. 09131/27093.

&

Freiburg: 3 Mill. DM für ein alternatives Kulturzentrum

In Freiburg hat der Gemeinderat im Januar 1986 den Beschluß gefaßt, für die alternative Kultur eine alte Gießereihalle für 3 Mill. DM auszubauen. Träger dieses Kulturzentrums soll der Freiburger AK Alternative Kultur werden, dem 30 Gruppen und Einzelpersonen angehören. Die Entscheidung fiel mit 26 Stimmen der SPD, Grünen, FDP und Friedensliste gegen 23 Stimmen von CDU, Freie Wähler und OB Böhme (SPD). Im November 1985 hatte der Freiburger Gemeinderat gegen die Stimmen der Grünen den Bau einer Kultur- und Tagungsstätte für 79 Mill. DM beschlossen, die bis 1991 fertiggestellt sein soll und die vom Land Baden-Württemberg mit 30 Mill. DM bezuschußt wird.

&

In Tübingen gab es

bei der Forderung einer Planungsrate für ein alternatives Kulturzentrum einen Kompromißbeschluß nach dem bekannten Geschmack der Tübinger SPD-Gemeinderatsfraktion: die von der AG der Tübinger Kulturinitiative geforderte Planungsrate von 100 000.- wurde halbiert und für ein Kulturzentrum vorgesehen, das sowohl von den Etablierten wie von den Alternativen benutzt werden soll. Wie es heißt, denkt die CDU dabei an eine neu zu bauende Kongreßhalle am Anlagensee, die UFW an eine Erweiterung des „Museums" zu einer Tagungsstätte der Universität und die SPD an etwas, was ihr selbst unklar ist. Der entsprechende Antrag kam im übrigen von der DKP.

Die AL stimmte mit der Mehrheit in der Hoffnung, für ihren Antrag, für ein alternatives Kulturzentrum in der mittelfristigen Finanzplanung 3 Mill. DM bereitzustellen, ebenfalls eine Mehrheit zu finden. Dies erwies sich jedoch als Irrtum: der AL-Antrag wurde abgelehnt.

&

Mitarbeitertagung im Pavillon Hannover

Um Mitarbeiterprobleme ging es bei einer Wochenendtagung Ende Januar 1986 im Mitarbeiterteam des Pavillon Hannover. Als Problem diskutiert wurde der unpersönliche Arbeitsstil im Zentrum, der Streß und die Hektik des Zentrumsalltags, die Starallüren der Musiker und die frühkapitalistische Anarchie des „alternativen" Konzertmarktes, die immer größer werdende Entfernung von den in den frühen Grundsatzpapieren formulierten Zielvorstellungen und die damit verbundene Entmotivierung. In einigen Thesen zur Kulturarbeit in den soziokulturellen Zentren stellt Eckard Holler die Forderung auf, die Mitarbeiterteams der Zentren als die „Gehirne" der Einrichtungen ernster als bisher zu nehmen und auf ihre Qualifizierung größeren Wert zu legen. Die Mitarbeiter sollten nicht nur zu Bierzapfern, Plakatklebern, Kassierern usw., sondern auch zu Regisseuren, Dramaturgen, Intendanten usw. ausgebildet werden (auch wenn sie nicht so genannt werden.) Die Zentren sollten sich auch nicht, wie es weiterhin geschieht, den Interessen der Agenturen unterordnen, sondern ein konzeptionell gerichtetes Programm entwickeln, in das die Künstler einbezogen werden.

Als dritter Punkt wurde die Notwendigkeit einer neuen kulturtheoretischen und ästhetischen Diskussion in den Zentren betont, die in der Gefahr seien, zu Jahrmärkten der Beliebigkeit und Desorientierung zu verkommen. **Eckhard Holler**

Rezensionen

Dichterisch rebellieren

Roswitha Elisabeth Ritze
Sprache, Selbsterziehung, Situationsgestaltung – Zur Bildungsarbeit ausgangs des zwanzigsten Jahrhunderts

Was hat Ökologie mit Sprache, was hat Naturzerstörung mit Sprachzerstörung zu tun. Diese Beziehung herzustellen ist die Intention der jungen Autorin Roswitha Elisabeth Ritze. Sie beschreibt in ihrer 160 seitigen Schrift die mit Beginn der Industrialisierung einsetzende Sprachzerstörung, die heute im Zeitalter der ökologischen Krise ihren Höhepunkt erreicht hat. Die Sprache der Menschen wird immer mehr zur Maschinensprache, die – rationell und kybernetisch verwandt – die Lebendigkeit immer mehr vermissen läßt.

Demgegenüber fordert die wortgewandte Autorin, daß Sprache, Dichtung und Gesang wieder „Hinterland für eine bergende Kreativität" werden solle. Nur so sei nach Roswitha-Elesabeth Rize die heutige Natur-, Sozial- und Sinnkrise zu meistern. Dazu allerdings bedarf es auch einer anderen erzieherischen Praxis.

Im letzten Teil ihrer Arbeit deutet sie Möglichkeiten einer neuen Bildungsarbeit an, die ausgehend von den Denkversuchen Hölderlins, Nietzsches, Heideggers und Seifferts, zu einer andersartigen Lebensgrundhaltung führen können.

Roswitha Elisabeth Ritze, Sprache, Selbsterziehung, Situationsgestaltung – Zur Bildungsarbeit ausgangs des zwanzigsten Jahrhunderts, Werkstatt Verlag, Kassel, 1986, ISBN 3-88752-001-7, DM 16,–

Gunar Seitz

Selbstverwaltung – reformistische oder refolutionäre Strategie?

Murray Bookchin u.a.
Die Basis einer befreiten Gesellschaft

„Selbst die heute vorhandene Alternativtechnologie sagt nichts gegen kapitalistische Zustände aus, solange sie nicht – eingebunden in ein anarchistisches Konzept – der vorherrschenden Technologie entgegengestellt wird. Erst diese Verbindung verhindert eine drohende Vereinnahmung, die in dem Moment ansetzt, wo die Alternativtechnologie gewinnträchtig wird."

Dies ist die Kernaussage eines lesenswerten Buches aus dem Trotzdem-Verlag. Das Buch will in mehreren Aufsätzen die für das Überleben der Selbstverwaltungsbewegung so wichtige Frage erörtern: Ist die Selbstverwaltung ein brauchbares Organisationsprinzip für eine neue Gesellschaft, die mit libertären Sozialismus zusammenfällt, oder ist sie eine Strategie der Macht, eine Strategie der aufsteigenden Technobürokratie, die der ideologischen Kontrolle aller Veränderungswilligen dient?

Die Idee für dieses Buch entstand auf einem Kongreß in Venedig, auf dem neben Anarchisten auch Vertreter sozialistischer Positionen und Vertreter der jugoslawischen und algerischen Veriante von Selbstverwaltung anwesend waren.

Besondere Aufmerksamkeit verdient meiner Ansicht der Beitrag von Roberto Guiducci, der klarzumachen versucht, warum die staatssozialistischen Modelle z.B. in der Sowjetunion haben scheitern müssen, weil trotz der Aufhebung des Privateigentums die traditionelle Arbeitsteilung weiterhin Bestand hat. Ähnliches gelte seiner Ansicht auch für die kleinen Modelle alternativer Praxis in den westlichen Ländern.

Dieses Buch verdient Beachtung erörtert es doch gerade die langfristigen Probleme und auch Perspektiven, die die Selbstverwaltung bietet. Ein Buch, das über die Tagesprobleme alternativer Praxis hinaus schauen läßt und uns wieder zu einer grundlegenden Theoriediskussion hinführt.

Selbstverwaltung – Die Basis einer befreiten Gesellschaft, Murray Bookchin u.a. Trotzdem-Verlag, Reutlingen, o. Jg. 189 S., DM 14,–, ISBN 3-922209-13-

Robert F. Maye

Direktkreditvermittlung

Informationen, Anfragen über:
STATTwerke e.V., Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36

RADLOS
Fahrradladen
Berlin-Kreuzberg

Finanzierungssumme: DM 8.500
bereits finanziert: DM 3.000

Mit dem Fahrradladen RADLOS hat es im Zusammenhang mit der Besetzung des „Turms" in Kreuzberg 36 im Jahr 81 angefangen. Man wollte, als Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, staatsknete-unabhängig werden, der Fahrradladen wurde ins Leben gerufen. Nach Räumung, Umzug, Umgruppierung in der Fahrradladen-Gruppe, schälten sich letztendlich zwei Leute heraus, die seither den Laden betreiben.

Wegen fehlendem Eigenkapital und deshalb fehlendem Warenlager leben sie bisher knapp von Handel und Service mit Gebrauchträdern.

Als neue Geschäftsidee wollen die beiden Betreiber nun einen Verleih für Gruppen einrichten, um die Überlebenschancen des Ladens zu sichern, wobei sie mit dieser Idee auf häufigere Nachfragen reagieren möchten.

Da die finanzielle Lage des Ladens nach wie vor gespannt ist, sollen die Räder des Verleihkontingents z.T. über Privatkredite – Direktkreditvermittlung – zusammenkommen. Es wird ein Darlehen über DM 8.500,– benötigt.

Mit Hinblick darauf, daß ein zweites Räderkontingent von 15 Steinweg-Rädern (finanziert über die Verleiheinnahmen des ersten Kontingents) nach einigen Monaten angeschafft werden sollen, soll das Darlehen an RADLOS drei Jahre Laufzeit haben 1/2 Jahr tilgungsfrei sein und 3 bis 4% Zinsen einschließen. Verbürgen werden sich für den Fahrradladen zwei befreundete Wissenschaftler (Physik) an der TU Berlin.

LÄUFERTSMÜHLE
Tagungshaus
Neckargerach

Finanzierungssumme: DM 100.000
bereits finanziert: DM 42.000

Die Läufertsmühle in Neckargerach (BaWü) wurde 1984 von der Betreibergruppe gekauft und bis heute zu einer Bildungs- und Erholungsstätte umgebaut.
Die privaten Darlehen sollen zum einen Teil für die langfristige Finanzierung sein (Umschuldung teurer Darlehen); andererseits sollen dringend notwendige Erweiterungen und Umbaumaßnahmen hierüber finanziert werden: Werkstattbereich, ökolog. Energiekonzept, Forellenzucht.

Abgesichert sind die Darlehen durch einen grundbuchlich verbürgten Bankkredit, der eine jederzeitige Auszahlung der Kredite gewährleistet.

KRATZBÜRSTE
Tagungshaus
Münstertal/Schwarzwald

Finanzierungssumme: DM 210.000
bereits finanziert: DM 179.000

Dieses Tagungshaus braucht weiterhin Geld. Für die Fülle von Aktivitäten, die von den Kratzbürstler/inne/n neben ihrer Selbstverwaltungslandwirtschaft geleistet wird, nämlich ein Tagungshaus, eine Holz- und Orthopädiewerkstatt und neuerdings auch einem Landgasthaus, ist noch eine Menge Geld vonnöten.

Die Darlehen werden zum einen zur Finanzierung der Umbaukosten zum anderen zur Umschuldung teurer Privatkredite verwendet.

Als Sicherheit besteht ein Dispositionskredit, der nur für die Rückzahlung aufgenommener Privatkredite in Anspruch genommen wird.

KUNST UND KNEIPE
Berlin-Kreuzberg

Finanzierungssumme: DM 20.000
bereits finanziert: – neu –

Zwei Dessignerinnen und ein Maler und Bildhauer, die z.T. über längere Erfahrung in der Kneipenarbeit in Kreuzberg verfügen, möchten eine der vielen Eckkneipen dort übernehmen und was Tolles daraus machen.

Gedacht ist an Veranstaltungen für kunstinteressierte Leute in öfters wechselndem Ambiente, wobei die „Kunden" sich rege am Gestalterischen beteiligen sollen.

Ebenfalls soll die Kneipe aber auch die Möglichkeit bieten, nur mal so kurz ein Bier trinken zu gehen. Ein Name wird noch gesucht.

Damit die Gruppe ein Brauereidarlehen zur Finanzierung des Kaufpreises vermeiden kann, werden Darlehen mit längerer Laufzeit benötigt.

FILM – VIDEO – TONBILD, neue kommentierte Liste mit einer Gesamtübersicht. Themen z.B.: Mittelamerika, Krieg und Frieden, Frauen, Kinder, Arbeitsmigration u.a. – gegen DM 2,– in Briefmarken bei CON Filmverleih, Postfach 10 6545, 2800 Bremen.

Aktueller Hinweis: Phillippinen „Der Funke des Mutes"/37 Min., Südafrika „Nelson Mandela"/40 Min. und „Die zwei Ströme"/58 Min.

Graswurzel revolution

Neu Nr. 103
Schwerpunkt
Ist die anarchistische Staatskritik noch aktuell ?
36 Seiten, DM 3,- & 0,60 Porto

Sonderheft
Soziale Verteidigung
80 Seiten, DM 5,- & 0,80 Porto

Sonderheft
Anders Arbeiten Selbstverwaltung und Sozialismus
104 Seiten, DM 6 & 1,15 Porto

Bestellungen in Briefmarken oder Verrechnungsscheck an:
GWR, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

Leserbrief

Liebe Heidelberger CONTRASTE-Red.! Mit einiger Verspätung bin ich heute abend dazugekommen, den Artikel in der Januar-Nummer von CONTRASTE übers Schreinertreffen zu lesen, und auch Euren Nachsatz über das Abdrucken von Protokollen. Ehrlich gesagt, hab ich mich über Eure Bemerkung schon geärgert, denn ich erwarte wirklich und tatsächlich, daß Protokolle eines bundesweiten Treffens einer wichtigen, großen Branche der Alternativwirtschaft in **der Zeitung der Alternativwirtschaft** abgedruckt werden! Wofür ist die Zeitung denn sonst da?

Wenn ich mir so ansehe, wie in CONTRASTE im Themenbereich „Ökobank" jeder auch noch so kleine Furz einer abgehobenen Funktionärsclique breitgetreten, kommentiert, rezensiert, kritisiert wird, dann denke ich, für eine Zeitung mit dem Anspruch, Forum der Basisökonomie zu sein, ist das ein groteskes Mißverständnis.

In einer der früheren Nummern habe ich mit Interesse + Gewinn die Branchenseite der Umweltschutzpapier-Menschen gelesen, und die ausführliche Diskussion über den Auftrag vom amerikanischen Generalkonsulat für den Blätterwald. Da frag ich mich doch: warum eigentlich kein Protokoll vom Schreinertreffen?
Überdenkts mal, mit verärgerten Grüßen
Christoph

Lieber Christoph,
wir denken, Du mißverstehst das inhaltliche Konzept dieser Zeitung völlig, deshalb vorab eine Kurzvorstellung:

„CONTRASTE entstand während der Projektemesse '84 aus der Einsicht in die Notwendigkeit, eine eigene Publikation für **Selbstverwaltung** zu schaffen. Ziel einer solchen Zeitung sollte die Information und Kommunikation zwischen den SvB und den Initiativen aus dem Selbstverwaltungsbereich sein, um den Zusammenhalt und die Entwicklungsmöglichkeiten der Szene voranzutreiben..."

D.h., CONTRASTE wurde bewußt nicht als Zeitung für die **Alternativwirtschaft** konzipiert, sondern als Zeitung für **Selbstverwaltung** mit dem oben erwähnten Kommunikationsanspruch zwischen selbstverwalteten Betrieben (SvB) und dem breiten Spektrum der Selbstverwaltungsbereiche (soziale Projekte, Kulturinitiativen und -zentren, sozialpolitisch arbeitende Gruppen etc.).

Als Zeitung der Alternativwirtschaft hätte CONTRASTE schon längst das Schicksal ihrer Vorgänger ereilt (Hick-Hack, Viererbande), sie wäre bald wieder eingegangen.

Dieser Anspruch, eine Zeitung für das gesamte Selbstverwaltungsspektrum zu schaffen, sprengt schon seit längerer Zeit den begrenzten und auch sehr teuren Rahmen von 16 Seiten. Dieser teure Rahmen wird leider immer noch von den beteiligten Redaktionen, Betrieben und Initiativen subventioniert. Eine solche ‚Subventionierung' erfährt CONTRASTE unter andem über den Ökobank-Verein, der dankenswerter Weise auf einen eigenen Rundbrief verzichtet hat und seine über 2.000 Vereinsmitglieder über eine regelmäßige Vereins-Seite informiert.

Du kannst Dir gerne einmal den Abo-Verteiler durchsehen und Dich davon überzeugen, daß sich die SvB unter den Abonnenten in der Minderheit befinden. Wie verhält es sich da mit dem „Forum der Basisökonomie"?

Nun noch einmal zu den Branchentreffen: wir finden es wichtig, darüber zu informieren, aber eben nicht über Protokolle (sie hätten mindestens 3 Zeitungsseiten gefüllt), sondern in Form von mehreren kurzen, auf das wesentliche beschränkten Berichten, damit diese Zeitung für **alle** lesbar bleibt.

Eigentlich war das ja auch fest ausgemacht: zu diesen Treffen steht eine Branchenseite zur Verfügung, aber natürlich mit rechtzeitiger Voranmeldung, überarbeiteten Berichten, Bild- und Layoutmaterial und unter Einhaltung des Redaktionsschlusses!

Eure Heidelberger
CONTRASTE-Radaktion

Anzeige

KOLLEKTIVE VERSICHERUNGSAGENTUR
ALFRED & KLAUS

Altersversorgung
für selbstverwaltete Betriebe:
Direktversicherung – steuersparend!
Bitte anrufen!

Wir versichern Personen, Gruppen, Betriebe, Sachen, Projekte und vieles mehr.
Märkische Straße 53 4000 Düsseldorf
0211 – 281091 (10 – 15 Uhr)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Stellenanzeigen

Augenoptikerkollektiv in Freiburg, 4 Leute, sucht **Mitarbeiter/in (Geselle/in oder Meister/in)** für längerfristigen Einstieg ab Ende Sommer dieses Jahres. Brillenladen im Stühlinger, Klarastr. 39, 7800 Freiburg, Tel. 0761/28 05 37

Drucker oder Druckerin ab sofort gesucht
Die Druckerei prima print GmbH ist ein selbstverwalteter Betrieb in Köln und besteht im Mai 86 seit 2 Jahren. Wir sind 2 Frauen, 39 und 34 Jahre alt und 2 Männer, 33 und 26 Jahre. Unsere Aufträge kommen zum größten Teil aus der politischen und kulturellen Szene Kölns, über Auftragsmangel konnten wir uns bisher nicht beklagen. Das Betriebsklima ist nach einhelliger Meinung aller Mitarbeiter/innen sehr gut, unsere Betriebsräume sind hell und freundlich. Wir drucken auf einer Einfarben-Planeta 50 x 70 und einer Heidelberger KOR Plakate, Taschenbücher, Broschüren und Kleindrucksachen mit häufig recht hohem Schwierigkeitsgrad.

Wir suchen jetzt einen qualifizierten, belastbaren Menschen, der Freude an seiner Arbeit hat und mit voller Kraft das letzte Drittel unserer Pionierphase mit uns beendet, damit wir dann zusammen zu den ersehnten kürzeren Arbeitszeiten kommen. Telefon: 0221/52 47 25

Wir sind ein aus 12 Leuten bestehendes Kollektiv und machen Satz, Repro, Druck und Weiterverarbeitung der verschiedensten grafischen Produkte mit Schwerpunkt Werkdruck. Im Zuge einer Kapazitätserweiterung suchen wir für unsere

Fotosatzabteilung
Fotosetzer/in für Compugraphic MCS 10

Repro
Mitarbeiterin mit Erfahrung in Kameraarbeit und Offsetmontage

Verwaltung
Mitarbeiter/in für Buchhaltung und Kalkulation mit Erfahrung im grafischen Gewerbe

Weiterverarbeitung
gelernte/r oder angelernte/r Mitarbeiter/in aus dem grafischen Gewerbe.

Bundschuh Druckerei und Verlag GmbH, Habsburgerstr. 9, 7800 Freiburg, Tel. (07 61) 5 35 56.

Schreinermeister/in als Kompagnon für ausschließlich Massivholzmöbelbau gesucht. Tel.: 07707/7 97

Steuerberater/in von selbstverwaltetem Büro in Wuppertal gesucht. Tel.: 0202/31 34 33

Bisheriger Einmannbetrieb sucht zwecks Erweiterung zum Kollektiv weitere **Mitarbeiter(-innen) mit Führerschein Kl. 3**, möglichst längerfristig. Sisyphus-Transporte, Kleintransporte, Mini-Umzüge, Goethestr. 16, 7253 Renningen, Tel.: 07159/77 79 (Rolf)

Allround-Mensch (gelernter Mechaniker, Technikerausbildung, Soz.-Päd., FS Kl. II), 39; sucht Einstieg in selbstverwalteten technischen Betrieb. Branche ist im Prinzip egal, möchte aber wieder hauptsächlich als Mechaniker arbeiten. Wo, ist mir auch egal – bin allerdings Stadtmensch. 6jährige Kollektiverfahrung sowie geringes Kapital vorhanden.
Manfred Heuser, Frankfurter Straße 90, 6100 Darmstadt, Tel.: 06151/2 50 16

ZU VERKAUFEN

Druckmaschine, Rotaprint R 30 S, alt aber gut, ideal für Initiativgruppen o.ä., günstig zu verkaufen. Druckwalze, Tel.: 06221/16 14 94

Für Druckereien + Zeitungsleut': STRIPPRINTER: Titelsatzgerät für Fotopapier und Film mit 12 verschiedenen Schriften und Ersatzbirnen (die Überschrift ist nach dem Satz in ca. 10 sec. fix und fertig verwendbar, bar Fotopapier) – z.Zt. noch im Einsatz – für DM 1.500,– VHB.
Taunus-Druck c/o INFO-DIENST-TAUNUS, E.-M.-Arndt-Str. 1, 6233 Kelkheim
Tel.: 06195/37 72

CONTRASTE action

Ich habe als ABONNENT/IN geworben

Name: .....

Adresse .....

Die Überweisung von 24 DM/36 DM ist auf das
Postscheckkonto 383687-607
Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60 (Jutta Gelbrich) erfolgt.
Als Werbegeschenk möchte ich

O Umweltfreundliches Schreibset
O Projektmesse-Reader 1984, herausgegeben vom Hessischen Verband der selbstverwalteten Betriebe
O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 7,– DM (statt 14,– DM) „Schatz im Silbersee". Ein Finanzierungsleitfaden für selbstverwaltete Betriebe und Projekte
O Unser Geldrausch – neue Wege zur Finanzierung kollektiver Produktionsmittel
O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 3.– DM (statt 18.– DM) den „Provinz-Film-Katalog", 220 Seiten, mit Zusammenstellung von ca. 100 Provinz-Filmen, Filmarbeit in der Provinz-Modelle von Programm-Kinos in der Provinz und einer Bestandsaufnahme der Kinos in der Provinz

Name des Werbers/der Werberin: .....

Adresse: .....

Datum, Unterschrift .....

Coupon ausgefüllt an Bärbel Delto, c/o ASH Krebsmühle, 6370 Oberursel, einsenden

Tagungen...Seminare...Treffen

Jugendhof Bessunger Forst

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Gruppen und Initiativen
Termin: 19. April 1986

Bildungsurlaub:
Elektrokurs
Termin: 21. bis 25. April 1986

Projektwoche:
Lehmbau
Termin: 28. April bis 2. Mai 1986

Bildungsurlaub:
KFZ-Technik
Termin: 12. bis 16. Mai 1986

Anmeldung:
Jugendhof Bessunger Forst
Aschaffenburger Str. 185
6101 Roßdorf 1
Tel.: (06151) 14 51 71
Ausführliches Programm und Informationen über weitere Termine bitte bei o.a. Adresse bestellen!

Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit

Seminare

Tarot –
Ein altes Wahrsagespiel neu entdeckt
11. bis 13. April 1986
Einführung Videotechnik III
11. bis 13. April 1986
Soziale und politische Fotografie
11. bis 13. April 1986
Praktische Videoarbeit in der Schule
14. bis 18. April 1986
Afro-Karibischer Tanz
18. bis 20. April 1986
Wie sinnvoll sind Wissenschaftsläden?
25. bis 27. April 1986
Umwelt hin – Umwelt her
2. bis 4. Mai 1986
Gewürzkräuter zum Selberziehen
3. Mai 1986
Bau und Spiel
von Großfiguren im Straßentheater
8. bis 11. Mai 1986

Anmeldung und Information:
Werkstatt
für Demokratie und Öffentlichkeit
Estermannstr. 204, 5300 Bonn 1
Tel.: 0228/67 46 63

Zur Gentechnologie

Zwei Seminare

Samstag, 25. April, um 19.30 Uhr auf der Burg Waldeck (bei Dorweiler) veranstaltet das FLI-Hunsrück einen Abend zur **Gentechnologie**. Es wird eine kleine Ausstellung geben sowie den Diavortrag der Duisburger Frauengruppe „Die Helgas".

Gentechnologie – Reizthema in aller Munde/allen Medien, man springt auf den fahrenden Zug. In dieser Stimmungsmache und Sensationsgeilheit wollen wir die Spreu vom Weizen trennen und daher den Komplex von verschiedenen Seiten angehen:

- die Früherkennung von genetischen Schäden im Mutterleib wird perfektioniert – kommt die NS-Euthanasie durch die Hintertür auf uns zu?
- die psychologischen Gründe: Männer wollen die Macht über die Zyklen und die Gebärmutter der Frauen!
- die Technologie in den Händen der sattsam bekannten Multis baut deren Machtposition weiter aus
- die Vision der sauberen, fleißigen, intelligenten Kinderchen – durch Genmanipulation und Klonen industriell gewonnen
- der Einzug der Gentechnik auch in der Landwirtschaft mit allen Konsequenzen: weitere Entfremdung, weiter zunehmende Tendenz zum industriellen Großbetrieb, totale Abhängigkeit von entsprechenden Konzernen (Saatgut, Pharmazie). Gerade im Hunsrück ein interessanter Punkt.

Wir stehen zu diesen Fragen inhaltlich und auch teilweise vom Wissensstand her noch am Anfang. Deshalb soll diese Veranstaltung auch erst den Beginn einer kontinuierlichen Arbeit zu diesem Komplex darstellen. Wir erhoffen uns, daß viele statt Kneipe & Glotze zur Waldeck kommen, und noch manch einer zur Gruppe dazustößt und mitmacht.

Weitere Infos: ANARCHIE & LUXUS, Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid, Tel.: 06533/35 34

Frauenleben heute – was bedeuten Erwerbslosigkeit und Gentechnologie für die Emanzipation der Frau? (Referentin: Claudia von Werlhof) 6. bis 8. Juni 1986 in der HVHS Frille, Freithof 16, 4953 Petershagen, Tel.: 05702/97 71

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.

Ein ausführliches Programm kann mit frankiertem Rückumschlag angefordert werden.

Die heilenden Kräfte der Farben
So., 6.4. bis Fr., 11.4.86
Kosten: 200 - 300 DM

SHIATSU
jap. Fingerdruckmassage
Fr., 11.4. bis So., 13.4.86
Kosten: 100 - 200 DM

Kooperation statt Konkurrenz ...
Fr., 18.4. bis So., 20.4.86
Kosten: 50 DM

Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist die Schönste im ganzen Land?
Di., 22.4. bis Do., 24.4.86
Kosten: 100 - 200 DM

Aktzeichnen
Fr., 25.4. bis So., 27.4.86
Kosten: 100 - 200 DM

Selbsterfahrung für Lesben
So., 27.4. bis Fr., 2.5.86
Kosten: 200 - 300 DM

Rhythmik, Musik und Bewegung – Entspannung
Fr., 2.5. bis So., 4.5.86
Kosten: 100 - 200 DM

Holzschutz und biologische Farben
So., 4.5. bis Fr., 9.5.86
Kosten: 200 - 300 DM

Astrologie
Fr., 9.5. bis So., 11.5.86
Kosten: 100 - 200 DM

Alternative Wirtschaftsformen

Möglichkeiten der Zukunftsgestaltung

Immer zahlreicher sind die selbstverwalteten Betriebe in den letzten zehn Jahren geworden. Viele sind mangels realistischer Einschätzung des wirtschaftlichen Umfeldes wieder eingegangen und noch mehr haben sich aus Resignation bezüglich der Verwirklichung alternativer Zielsetzungen an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten angepaßt, so daß kaum noch ein Unterschied zur herkömmlichen kapitalistischen Wirtschaftsform besteht.

Es geht nicht darum, sich gegenseitig Vorwürfe zu machen oder mit seiner Selbstverwaltungsform glänzen zu wollen. Jedoch wurden in den letzten Jahren reichlich Erfahrungen gesammelt. Die Probleme in Selbstverwaltungsprojekten wiederholen sich in ihren allgemeinen Erscheinungsformen, ob sie persönliche, ideelle oder strukturelle Gründe haben.

Die letzten Seminare zu diesem Thema führten zu fruchtbaren Verbindungen und förderten stark den Austausch der Betriebe untereinander. Konkrete Vernetzung ist uns genauso wie „Netzwerk", die nicht nur bei der Kreditvergabe stehen bleiben will, in dieser Form zum Anliegen geworden. In den nun geplanten drei Wochenend-workshops soll über den bloßen Austausch hinausgegangen werden und regelrecht „Schulung" stattfinden. Näheres siehe Seminarbeschreibung. Anmeldung bitte bis zum 14.4.86. Ausführliche Programme können angefordert werden.

Obgleich es ein Wagnis darstellt, da die Beteiligung an den Seminaren in unserer Provinz schlecht einzuschätzen ist, soll der Versuch gemacht werden. Wir denken, daß das Finanzielle kein Grund sein darf, die Motivation zum Mitmachen aufzugeben. Da Betriebe durchaus profitieren, sollen für solche ein Rahmen von DM 120,– pro Workshop abgesteckt werden, wobei bei Beteiligung von mehreren Betriebsangehörigen nur ein Pro-Kopf-Zuschlag DM 30,– kosten soll. Einkommenslose sollen Ermäßigung erhalten. Letztlich soll die Kostenbewältigung gemeinsam getragen werden und es kann darüber mit Referenten und Veranstalter diskutiert werden.

Um was geht es in den Seminaren, welche Ebenen werden angesprochen?

Seminar I: „Arbeit- und Umgangsformen der Selbstverwaltung."
18.4. – 20.4.86, maximal 20 Teilnehmer
Peter Nickl-Baur (früher aktiver Vorstand des BDP) und Thomas Mair (pro-familia-Beratung) haben gemeinsam erfolgreich gruppendynamische Prozesse geleitet. Mit ihren Fähigkeiten wollen sie deshalb einen Beitrag bezüglich der Arbeits- und Umgangsformen im Kollektiv leisten. Wünschenswert für produktive Auswirkungen im Betrieb wäre natürlich die Beteiligung mehrerer Betriebsangehöriger eines Kollektivs. Das Seminar ist jedoch nicht unbedingt darauf ausgerichtet, da nicht damit gerechnet werden kann.

Weitere Fragen sind: Woher nehme ich meine Motivation, welche Rolle spielt der politisch-ideelle Überbau und welche Erwartungen resultieren daraus? Verantwortung und Risiko als Faktoren für das Überleben des Selbstverwaltungskollektivs.

Seminar II: „Selbstverwaltungswirtschaft – Möglichkeit selbstbestimmt zu leben und zu arbeiten."
Datum: 25.4. – 27.4.86
Die Ingenieur- und Beratungsgesellschaft, ibek, Karlsruhe, hat mehrjährige Erfahrungen in ihrem eigenen Selbstverwaltungskollektiv sammeln können. Herbert Kant, der Leiter des Seminars, berät vorzugsweise alternative Betriebe bei Neugründungen in Fragen von Rechtsform, Finanzen und Wirtschaftlichkeit.

Seminar III: „Konflikt- und Innovationspotential in selbstverwalteten Betrieben"
Datum: 16.5. – 18.5.86
Elmar Sing von Netzwerk-Selbsthilfe Bodensee/Oberschwaben geht mit den „typischen" Konflikten in der Selbstverwaltung um und untersucht die strukturellen Ursachen. Oft sind die Strukturen in Alternativbetrieben rückständiger als in herkömmlichen. Können wir bezüglich der Konfliktlösungen z.B. aus der neueren Managementlehre lernen?

4.4., 20.00 Uhr: „Die Iris-Diagnose". Die Krankheit verhindern ehe sie entsteht. Ein Diavortrag von Sabine Kaiser, Dipl.-Soziologin und Heilpraktikerin.

5.4., 19.30 Uhr: Gesprächskreis: Leben–Natur–Umwelt. Eröffnungsabend des regionalen „Gesprächskreises für naturgemäße Lebens- und Umweltgestaltung" mit dem Vortrag von Paulus Johannes Lehmann, Achberg, zum Thema „Mensch–Kleidung–Umfeld".

11.4.–13.4.: „Biologische Energieformen", energiesparende, umweltfreundliche Nutzung, z.B. in biol.-optimierten Hausheizsystemen. Mit Architekt W. Rapp, H. Gimbel, P. J. Lehmann, J. und M. Steiner. Baubesichtigung möglich.

18.4.–20.4.: Alternative Wirtschaftsformen – Möglichkeiten der Zukunftsgestaltung. Drei Wochenendseminare zu diesem Thema. Seminar I: Arbeits- und Umgangsformen der Selbstverwaltung, Praxis von Gruppenprozessen im Spielfeld menschlicher und ideeller Beziehungen, Arbeitsleistung, Verantwortung und Risiko. Leitung: P. Nickl und T. Maier (praxiserfahrene Gestalter gruppendynamischer Prozesse).

20.4.–24.4.: Lehmbautechnik – Grundkurs I: Selbstbauverfahren mit Mauerwerk nach alter Handwerkstradition. Referent: Klaus Eckert, Dipl.-Ing., Architekt, Universität Stuttgart.

25.4.–27.4.: Alternative Wirtschaftsformen – Möglichkeiten der Zukunftsgestaltung. Seminar II: Die „typischen" Konflikte in der Selbstverwaltung. Die Ingenieur- und Beratungsgesellschaft Ibek, Karlsruhe, vermittelt aus mehrjähriger Erfahrung Wertvolles zu den Problemen: Gründung, Rechtsform, Finanzen, Wirtschaftlichkeit.

16.5.–18.5.: Alternative Wirtschaftsformen. Seminar III: Elmar Sing, Netzwerk, untersucht praktische Möglichkeiten, u.a. aus der neueren Managementlehre, um Lösungen für Konflikte zu finden, die speziell aus strukturellen Ursachen in Selbstverwaltungsbetrieben resultieren.

Anmeldung an: Int. Kulturzentrum Achberg, c/o Wolfgang Müller, 8991 Achberg, Tel.: 08380/3 35

Selbsthilfe

Das Ende der Bescheidenheit
Ist Selbsthilfe mehr als nur eine Hilfe zur Selbsthilfe????
20. bis 23. Mai 1986
CVJM Tagungshaus Dassel, Solling
Kosten: DM 100,– bzw. DM 60,– für Geringverdiener incl. Übernachtung und Verpflegung.
Verursacht und entwickelt durch die inzwischen bundesweit mehr als 15.000 Projekte und Betriebe in Selbstverwaltung/Selbsthilfe, hat sich inzwischen eine Diskussion über das Selbstverständnis und die Perspektiven entfacht, die immer häufiger ohne jeglichen authentischen Bezug verläuft. Der Selbstverwaltungsbereich ist von den Etablierten immer noch nicht als gesellschaftliche Normalität anerkannt. Wir verstecken uns selbst häufig als Nischenwirtschaftler und Rückzügler. Die gesellschaftlichen Innovationsleistungen müssen endlich auch von uns mehr in den Vordergrund gestellt werden.

Die Tagung soll Entwürfe von Zukunftsgesellschaften diskutieren und aktuelle, heute wirksame Handlungsmöglichkeiten für alle Beteiligten aufzeigen. Geladen sind natürlich auch Fachrepräsentanten christlich sozialen und sozialdemokratischer Orientierung sowie Fachreferenten aus den kommunalen und Landesverwaltungen.

Programm, Vorbereitungsreader und Anmeldungen können angefordert werden bei: NIPBIS, Heinrichstraße 21, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/32 38 07
Anmeldeschluß ist der 12. Mai 1986!

AG SPAK

Erwachsenenbildung
Seminar im Rahmen des Bildungstages Frankfurt
Termin: 11. bis 13.4.86
Ort: FHS, Frankfurt
Information:
AG SPAK
Bundesgeschäftstelle
Heinz Schulze
Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 691 78 21

Psychiatrie & Gesellschaft

Finanzierungsprobleme Therapeutischer Wohngemeinschaften
11. bis 13. April 1986 in München
Anmeldung und Information:
Heinrich Berger
Berghamer Str. 14a
8000 München 83

Mannheimer Kreis:
„Utopien und Alltagspraxis – Von der Anstalt in den ambulanten Bereich – von der Institution in die Gemeinde – Arbeitsgruppe: Strategien und Aspekte der Deinstitutionalisierung
8. bis 11. Mai 1986
Anmeldung und Information:
Karl-Ernst Brill
Petrikirchstr. 14
3400 Göttingen-Weende

Stadtteilarbeit / AK Wohnen und Umwelt

Medien im Stadtteil – Leid und Lust der Kommunikation im Gemeinwesen
April
Information und Anmeldung:
Burkhart Luner
Fürstenwall 72
4000 Düsseldorf 1

Selbstverwaltete Jugendzentren

Regionale Zusammenschlüsse & Landesweite Zusammenarbeit in BaWü
19. April im JZ Etzelstr., Stuttgart
Anmeldung und Information:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Behindertenarbeit

Konzepte autonomen Lebens
18. bis 20. April 1986 in Mannheim
Anmeldung und Information:
AG SPAK
Bundesgeschäftsstelle
Anneliese Mayer
Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel. (089) 691 78 21

Koordinierungsstelle für Wohngemeinschaften (KOST)

Fachtagung: Pädagogische Wende im Wendezeitalter
8. bis 19. April 1986 in Frille
Anmeldung und Information:
KOST
Postfach 15 05 48
2800 Bremen 15

Lieber **Rudolf Pausenberger**, uns ist ein schlimmes Mißgeschick passiert – wir haben Deine Adresse verschlampt. Bitte melde Dich noch einmal bei der Gesellschaft für ökologische Forschung und Entwicklung e.V., Kuhlenstraße 9 - 11, 2082 Uetersen, Tel.: 04122/3156.

Veranstaltung

Netzwerk Dreyeckland
Situation und Bewegung der selbstverwalteten Betriebe/Projekte in Freiburg
Peter Zoche war Lehrbeauftragter am Institut für Soziologie in Freiburg und hat Alternativprojekte über ihre Situation befragt.
Freitag, 18. April 1986, 20 Uhr in der Fabrik, Habsburger Str. 9, Freiburg

Selbstverwaltungsforum

Vom 7. bis 9. November 1986 findet im Rahmen des Arbeitskreises Alternative Ökonomie der AG SPAK ein Treffen von Vertretern von Branchen- und Regionalverbänden statt. Es sollen Informationen und Erfahrungen ausgetauscht werden und die Chancen und Risiken einer bundesweiten Vernetzung ausgelotet werden.

Alle interessierten Verbände, Verbünde und Zusammenschlüsse sollten sich daher bei STATTwerke melden und Informationen über Aktivitäten und Mitglieder rüberschicken, um das Novembertreffen entsprechend gut vorzubereiten.
STATTwerke, Paul-Linke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36.

Selbstverwaltungsfestival

Am 5. Juli 1986 findet in Berlin-Kreuzberg ein Selbstverwaltungsfestival statt, eine regionale Projektemesse. Ausstellung, Informationen, Verkauf – Berliner selbstverwaltete Betriebe stellen sich vor.

Trotz des regionalen Bezugs sind auch bundesweit Betriebe eingeladen, die Interesse an Geschäfts- oder sonstigen Beziehungen nach Berlin haben oder auch mal wissen wollen, was in der „Szenehauptstadt" so läuft. Wir wollen dazu eine „Kontaktbörse" für auswärtige Kollektive einrichten.

Infos gibts bei STATTwerke, Paul-Linke–Ufer 44a, 1000 Berlin 36.

Schreiner-Treffen

Einladung zum 5. überregionalen Schreinertreffen nach München. Zeitpunkt: 11., 12. und 13. April 1986. Bitte baldmöglichst anmelden! Ihr bekommt von uns dann das Programm sowie eine Wegebeschreibung zugeschickt. Haidhauser Kistler GmbH, Schreinerei in Selbstverwaltung, Pariser Str. 25 (Rgb.), 8000 München 80, Tel.: 089/448 46 10

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

NEUES VOM ENERGIE- UND UMWELTZENTRUM

Wir sind jetzt genau FÜNF Jahre alt! Und ab sofort gibt's unser Seminarprogrammheft mit Wochenenden und Bildungsurlauben für 1986 – wieder eine bunte Mischung. Ganz neu erschienen ist ebenfalls unser informativer Prospekt „Solaranlagen im Selbstbau", mit vielen Tips und Hinweisen plus Preisliste. Einzeln gegen DM 1,30 in Briefmarken (für beide zusammen reichen DM 2,00).

Wer uns mal so zum Angucken und Reinriechen besuchen will, kann das an jedem ersten Samstag im Monat tun: da machen wir immer Tag der Offenen Tür. Führungen gibts um 11 und 14 Uhr.

Und wer sich anmelden will, eine Beratung im Bereich Bauen/Heizen/Dämmen/Solar/Wasser/Biogas braucht, wer ein ökologisch orientiertes Tagungshaus sucht oder einen Referenten, der ruft an: Tel.: 05044/3 80 (Handel und Beratung) oder Tel.: 05044/18 80 (Bildung/Tagungshaus) Postanschrift: Am Elmschenbruch, 3257 Springe 3. Übrigens: wir haben seit 1. April ein komplettes neues Wasserlabor!